



KOMMUNAL

GEMEINDEN . GESTALTEN . ÖSTERREICH .

VRV 2015

Wie Bürger-
meister die
Umstellung sehen

Seite 22

WOHNBAU

Hintergrund:
Gibt es eine
Wohnungsnot?

Seite 46

Wie teuer ist Sicherheit?

Katastrophenschutz in den Gemeinden im Zeichen des
Klimawandels unter der KOMMUNAL-Lupe:
Was Österreichs Gemeinden für den Schutz vor Natur-
gefahren tun. Und was sie dafür ausgeben.

ab Seiten 14 & 46



VERGABERECHT BRAUCHT SCHUTZ

Schiefer Rechtsanwälte – wir denken Vergaberecht neu.
Kontaktieren Sie uns unter office@schiefer.at!

schiefer.at



2020 BRINGT NEUE HERAUSFORDERUNGEN

„WIR MÜSSEN LERNEN, NEIN ZU SAGEN“



Ich hoffe Sie konnten über die Weihnachtsfeiertage viel Kraft für Ihre Arbeit in den Gemeinden tanken. Das Jahr 2020 ist erst wenige Tage jung und wir wissen, dass es für unsere Kommunen viele Herausforderungen bringen wird. Ob Klimaschutz, Pflegereform oder Steuerentlastungen: als Gemeinden müssen wir uns intensiv einbringen. Wir sind die Praktiker vor Ort, die wissen, was die Menschen brauchen und haben dabei auch wichtige Vorbildfunktion.

Die Koalitionsverhandler ÖVP und Grüne befinden sich in der Endphase ihrer Verhandlungen. Wir haben in den letzten Monaten auch so gut wie möglich unsere Expertise eingebracht und die Erwartungen der Gemeinden an die künftige Regierung formuliert. Ich gehe davon aus, dass viele unserer Ideen auch im Programm berücksichtigt werden. Wir werden nach Vorliegen des endgültigen Regierungsprogramms den Plan der Regierung bewerten.

Im Dezember haben wir den Gemeindefinanzbericht präsentiert. Dabei hat sich gezeigt, dass wir 2018 ordentlich gewirtschaftet haben, aber der Druck steigt. Wir sind zwar nach wie vor die größten öffentlichen regionalen Investoren, haben aber immer stärker mit einem Ausgabendruck zu kämpfen, den wir bald nicht mehr stemmen können. Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) hat eine stabile Finanzierung der Gemeinden unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen eingemahnt. Für uns Gemeindevertreterinnen und -vertreter heißt das auch, dass wir lernen müssen, Nein zu sagen. Wir können nicht mehr die Wünsche von Bund und Ländern finanzieren ohne ausreichend budgetäre Mittel. Es ist auch nicht die Aufgabe der Gemeinden, Hausärzte mitzufinanzieren. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn sich Ärztekammer und Sozialversicherungen zurücklehnen, wenn Gemeinden und Länder zigtausende Euro investieren, um einen Hausarzt in den ländlichen Raum zu locken. Ich verstehe zwar den Druck, dem einige Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ausgesetzt sind, wir müssen uns aber dennoch noch stärker auf die Beine stellen, damit wir am Ende nicht als Ausfallshafter übrigbleiben.

Das Jahr 2020 ist auch das Jahr der Gemeinderatswahlen. Am 26. Jänner werden in Niederösterreich neue Gemeinderäte gewählt. Steiermark und Vorarlberg folgen dann im März. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie herausfordernd eine Wahl in der Gemeinde sein kann, geht es doch darum, Bestätigung für die Arbeit in den Gemeinden von den Bürgerinnen und Bürgern einzuholen und um Unterstützung für seine Ideen zu werben. Ich wünsche allen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern viel Erfolg bei den Wahlen.

Zu Beginn des Jahres wünsche ich Ihnen viel Freude und Erfolg für Ihre kommunalpolitische Arbeit und bedanke mich herzlich für Ihr großartiges politisches und gesellschaftliches Engagement.

ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes



**ES IST NICHT DIE
AUFGABE DER
GEMEINDEN,
HAUSÄRZTE MIT-
ZUFINANZIEREN.
WIR DÜRFEN UNS
NICHT WUNDERN,
WENN SICH
ÄRZTEKAMMER
UND SOZIAL-
VERSICHERUNGEN
ZURÜCKLEHNEN,
WENN WIR NICHT
NEIN SAGEN.“**

Feedback, Anmerkungen oder
Kommentar bitte an

leserbriefe@kommunal.at

Liebe Leserin,
lieber Leser,



als Magazin des Österreichischen Gemeindebundes beschäftigt sich KOMMUNAL schon immer mit Daten aus den Gemein-

den. Dank einer Kooperation mit Statistik Austria können wir seit Kurzem in der Analyse dieser Daten einen Schritt weitergehen. Mit detaillierten Untersuchungen wollen wir den Gemeinden die Möglichkeit geben, sich miteinander zu vergleichen und zu erkennen, wo es Möglichkeiten zum Sparen gibt, aber auch, wo ungenutzte Potenziale schlummern. Bereits im letzten Heft haben wir uns angesehen, wie die österreichischen Gemeinden die Wirtschaft fördern und wohin das Geld wandert. Dabei wurden einige interessante Zusammenhänge deutlich.

In dieser Ausgabe analysieren wir, was die Gemeinden für Katastrophenschutz ausgeben müssen. Dabei wird ersichtlich, dass die durch den Klimawandel bedingten zunehmenden Extremwetterereignisse es notwendig machen, mehr Geld für den Schutz vor Hochwasser und Vermurungen in die Hand zu nehmen. Alleine werden die Kommunen das nicht stemmen können, Länder und Bund – die nächste Regierung wird sich ja das Thema Klimaschutz besonders auf die Fahnen schreiben – sind gefordert, den Gemeinden hier unterstützend unter die Arme zu greifen.

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunalverlag



/122

Vergleichbarkeit? Nie und nimmer!

Die VRV und die Bewertung von Gemeindevermögen



/128

Gibt es eine Wohnungsnot?

Wie „leistbares Wohnen“ und „Bodenverbrauch“ Gemeinden zusetzen



/46

Teurer Schutz

Katastrophenschutz für Gemeinden wird immer teurer



/66

Heimatliebe weitergeben

Wolfgang Bammer, Bürgermeister von Grünau im Almtal

FOTOS: shutterstock.com/Karin Brier/Gemeinde Grünau//TTTEL/shutterstock.com

KOMMUNAL 01/2020

THEMA

Das Klima und die Katastrophen ¹⁴

Starkregen ist immer öfter der Grund für Katastrophen

Gerüstet für den Ernstfall ¹⁸

Wie man sich als Gemeinde auf etwas Unvorhergesehenes vorbereitet

POLITIK & RECHT

Erfolgsmodell erhalten ²⁷

2020 wird entscheidend für die Siedlungswasserwirtschaft

Es braucht Mut zu neuen Lösungen ³²

So geht Gemeindekommunikation im 21. Jahrhundert

Der „European Way of Life“ und der Grüne Deal ³⁵

Daniela Fraiss über die neue EU-Kommission

Die Zukunft der Europäischen Union ³⁶

25 Jahren AdR zeigen, dass Gemeinden und Regionen Garanten für die EU sind

Herzensangelegenheit schriftlich fixiert ³⁹

Ein Kooperationsvertrag verbindet zwei Gemeindebünde

GESTALTEN & ARBEITEN

Wie sich meine Gemeinde besser schützen kann ⁵⁰

Schutzmaßnahmen, die das Leben sicherer machen

Auf dem Weg zu nachhaltigem Schutz ⁵²

Vom Hochwasserschutz hin zum Hochwasserrisikomanagement

Wirtschaftsmotor Immobilienmanagement ⁶⁰

Der 12. IFM-Kongress an der TU Wien zeigt, wie krisensicher die Branche ist

LAND & LEUTE

Für nachhaltigere Kommunen weltweit ⁷⁰

An der UFGC werden rund 3000 „City Changer“ teilnehmen

Strafraahmen bis zu 22.000 Euro ⁷²

Neue EU-Verordnung reguliert Drohnen staatenübergreifend

Familienfreundlichkeit ⁷⁴

Damit's den Kindern gut geht

Impressum ⁸²

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

BBG Bundesbeschaffung GmbH	56	Klima- und Energiefonds	54
Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus	44	Österreichische Notariatskammer	42
		UFGC GmbH	63

KOMMENTAR

DIE BÜRGERMEISTER SIND AN ALLEM SCHULD



OB EIN HAUS ALS ZWEITWOHNSITZ ODER ALS HAUPTWOHNSITZ GENUTZT WIRD, STEHT ZUM ZEITPUNKT DER BAUBEWILLIGUNG NICHT FEST UND DAVON KANN AUCH NICHT DIE ERTEILUNG DER BAUBEWILLIGUNG ABHÄNGIG GEMACHT WERDEN.“

Steigender Bodenverbrauch durch willkürliche und unkoordinierte Planung, die Probleme mit den Zweitwohnsitzern, Leerstand in den Ortszentren, nicht leistbarer Wohnraum für die Einheimischen: alles Probleme, für die die Bürgermeister die alleinige Schuld tragen. So wird es immer wieder medial getrommelt und schön langsam glauben das auch die Bürger und Bürgerinnen. Wir sind „Europameister im Zubetonieren“ titelte jüngst der „Kurier“.

Kann man sich Genehmigungen kaufen, fragen Bürger in der TV-Sendung „Am Schauplatz“. Wieso können Ausländer Wohnungen, Häuser oder Chalets kaufen, die sich Einheimische nicht leisten können? Wieso steigen die Wohnungskosten, werden Shoppingcenter errichtet – wo zwar viele einkaufen –, die aber so verteuert werden, und wieso gibt es Leerstand und veröden die Ortszentren?

Richtig mag wohl sein, dass wir im europäischen Vergleich pro Kopf hohe Verkaufsflächen und Verkehrsflächen haben und dass viele wohlhabende EU-Bürger gerne in Österreich Grundstücke, Häuser oder Wohnungen erwerben, aber sind dafür die Bürgermeister verantwortlich? Die Gemeinden sind zwar für die Flächenwidmung und die Baugenehmigungen zuständig, aber die Entscheidungen fallen ja nicht willkürlich, sondern es gibt Gesetze, die vollzogen werden müssen. Zuständig für die Flächenwidmung ist der Gemeinderat, und diese Verordnung bedarf der Genehmigung durch die Landesregierung. Keine Flächenwidmung der

„ Der Bürgermeister als Baubehörde hat eine Genehmigung zu erteilen, wenn das Vorhaben dem Gesetz entspricht.

Würde er sie nicht erteilen, würde er sich des Amtsmissbrauchs schuldig machen.“

vergangenen 50 Jahre ist ohne Genehmigung und Einbindung der Länder erfolgt. Hier waren jeweils Raumplaner eingebunden, die damals offensichtlich nichts dagegen einzuwenden hatten. Jetzt ist ein Wandel in der Beurteilung eingetreten, die Gesetze und die Meinungen haben sich geändert.

Aber die Flächenwidmung lässt sich nicht so leicht zurückdrehen wie vielleicht andere Planungsmaßnahmen. Straßen, die vor 30 Jahren verbreitert wurden, werden jetzt wieder zurückgebaut. Flüsse, die begradigt und reguliert wurden, werden jetzt wieder renaturiert. Dies lässt sich in der Flächenwidmung nicht so leicht bewerkstelligen. Grundstücke die, verbaut wurden, kann man nicht wieder in Grünland umwidmen. Und Baugenehmigungen sind zu erteilen, wenn die eingereichten Unterlagen den Baugesetzen entsprechen. Und wenn Grenzen z. B. für UVP-Pflichten nicht überschritten werden, sind derartigen Verfahren nicht durchzuführen. Dass Bauwerber sich an den Gesetzen orientieren und Planungen so verfassen, dass bestimmte Grenzen nicht überschritten werden, kann man ihnen nicht zum Vorwurf machen. Das macht jeder Bauwerber auch, wenn es um die optimale Nutzung eines Bauplatzes geht. Und der Bürgermeister als Baubehörde hat eine Genehmigung zu erteilen, wenn das Vorhaben dem Gesetz entspricht. Würde er sie nicht erteilen, was viele Anrainer vielleicht wünschen, würde er sich des Amtsmissbrauchs schuldig machen.

In der schon zitierten Sendung „Am Schauplatz“ vor einigen Wochen hat der Bürgermeister

zutreffend auf die gestellten Fragen geantwortet, dass er heute eine Umwidmung in Bauland für ein geplantes Chalet-Dorf am Pass Thurn nicht mehr unterstützen würde. Aber die Widmung erfolgte vor zwanzig Jahren zu einer Zeit, als für den Oberpinzgau Investoren dringend gesucht wurden. Und dass die Bebauung erst zwanzig Jahre später erfolgt, ist nicht Schuld des Bürgermeisters. Über Instrumente zur Baulandmobilisierung wird zwar viel geredet, umgesetzt sind sie noch nicht.

Für Neuwidmungen gibt es die Möglichkeiten, im Rahmen der Vertragsraumordnung eine Bebauungspflicht zu vereinbaren, aber sie hat keinen Einfluss auf die Grundstückspreise. Das reduziert zwar nicht den Verbrauch von Boden, aber sichert zumindest, dass gewidmetes Bauland auch genutzt wird.

Mit jeder Umwidmung von Grünland in Bauland erfolgt eine enorme Wertsteigerung. Im Westen, wo Bauland besonders knapp ist, oder in den Städten ist die Wertsteigerung natürlich viel höher, als im Osten oder den Flächenbundesländern, besonders in den sogenannten Ungunstlagen. Ob Bauland zehn Euro oder 800 bis 1000 Euro kostet, macht einen Unterschied. Von der durch Umwidmung erfolgten Wertsteigerung hat die Gemeinde jedoch nichts, auch wenn das Gegenteil indirekt ausgesprochen und dunkle Geschäfte vermutet werden. Wenn dann diese Grundstücke von Investoren aufgekauft, bebaut und weiterveräußert werden, entzieht sich das dem Einfluss des Bürgermeisters und der Gemeinde. Ob ein Haus als Zweitwohnsitz

oder als Hauptwohnsitz genutzt wird, steht zum Zeitpunkt der Baubewilligung nicht fest und davon kann auch nicht die Erteilung der Baubewilligung abhängig gemacht werden. Ebenso wenig ist vorhersehbar ob ein Inländer oder ein EU-Ausländer die Liegenschaft oder ein Haus erwirbt. Verkaufen kann ja in der Regel nicht die Gemeinde, sondern der private Liegenschaftseigentümer.

Steuernd kann man vielleicht bei Zweitwohnsitzern eingreifen, aber wenn sich ein EU-Bürger ein Haus oder eine Wohnung kauft und hier seinen Hauptwohnsitz begründet, greifen die Regeln nicht mehr. Will man hier steuernd eingreifen, so gäbe es nur die Möglichkeit, dass Widmungen nur dann erfolgen, wenn vorher das Grundstückseigentum an die Gemeinde übertragen wird. Die Gemeinde könnte die Grundstücke zu vertretbaren Preisen an die von ihr gewünschten Personen verkaufen. Die Umwidmungsgewinne würden dadurch sozialisiert. Ob derartige Eingriffe gewünscht und durchsetzbar wären, steht auf einem anderen Blatt. Ebenso ist zu bezweifeln, ob dadurch Wohnen tatsächlich leistbarer werden würde. Denn nicht nur der Boden hat seinen Preis, sondern auch die Gebäude kosten eine Menge Geld. Dem Stand der Technik entsprechend, gut isoliert, mit einer ökologischen Heizung ausgestattet und gerüstet für das Smart-Home: all das kostet, auch im verdichteten Wohnbau, egal, ob er auf dem Land oder in der Stadt errichtet wird.

Die Preisbildung wird in einer Marktwirtschaft immer vom Markt bestimmt. Und der Markt wird wesentlich von der Finanz- und Wirtschaftspolitik beeinflusst, und daran sind die Bürgermeister weder beteiligt noch schuld. Und wie der Bürgermeister aus Mittersill schon richtig ausgeführt hat, wird es nicht gelingen, mit der Raum- und Bauordnung die Finanzpolitik der EZB zu verändern.

HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

Feedback, Anmerkungen oder
Kommentar bitte an
leserbriefe@kommunal.at

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...



THEMA

„E-SCOOTER“

Um ein Chaos wie in anderen Städten zu verhindern, haben der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl und sein Stellvertreter Mario Eustacchio einem kommerziellen E-Scooter-Verleihsystem in Graz eine Absage erteilt. Privat angeschaffte E-Scooter dürften „natürlich“ weiter auf Radwegen benutzt werden.

» Es zeigt sich, dass damit in erster Linie nicht der motorisierte Individualverkehr, sondern

Fuß- und Öffi-Wege ersetzt werden.“



Siegfried Nagl,
Bürgermeister von
Graz

» Achtlos herumliegende E-Scooter stellen nicht nur eine unvermeidbare Hürde im öffentlichen Raum dar, bei einer durchschnittlichen Einsatzdauer von nur wenigen Monaten stellt sich zusätzlich die Frage der Entsorgung von Akkus.“

Mario Eustacchio,
Vizebürgermeister von
Graz



QUELLEN // ORF-Steiermark / Der Standard / Kronen Zeitung

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN



Deutschland: Pflichtfeuerwehr schon in vier Gemeinden umgesetzt

Freiwillige Feuerwehren in Deutschland sind teils so unterbesetzt, dass der Brandschutz nicht mehr gewährleistet ist. Vor einer Pflichtfeuerwehr schrecken viele Kommunen trotzdem zurück. In Grömitz im Kreis Ostholstein in Schleswig-Holstein ist man nun den Schritt gegangen – die Erfahrungen bringen Hoffnung, aber auch weitere Sorgen mit sich.

Die Pflichtfeuerwehr ist sehr umstritten. In Schleswig-Holstein dagegen gibt es schon vier Kommunen, die eine Pflichtfeuerwehr eingerichtet haben. Das Ostseebad Grömitz kam in diesem Jahr unter großer medialer Aufmerk-

samkeit als letzte hinzu. In den Medien äußerten Betroffene Unmut über ihren Pflichtdienst und Experten warnten vor Feuerwehrlern mit wenig Einsatzbereitschaft. Doch welche Alternative blieb der Gemeinde Grömitz? „Bei meinem Amtsantritt 2011 hatten wir unter 150 Feuerwehrlern. Der Feuerwehrbedarfsplan sah mindestens 208 vor“, erzählt Grömitz' Bürgermeister Mark Burmeister. „Eine Ortswehr lag bei weniger als der Hälfte der vorgeschriebenen Truppenstärke.“

kommunal.de/pflichtfeuerwehrgroemitz

LONDON ENTZIEHT ÜBER DIE LIZENZ

Der Fahrdienstvermittler Uber hat seine Lizenz für London zum zweiten Mal in etwas mehr als zwei Jahren verloren. Nach mehreren Verstößen, die die Sicherheit der Passagiere gefährdet hätten, werde die Lizenz nicht verlängert, teilte die Nahverkehrsbehörde

Transport for London (TfL) Ende November 2019 mit. Der Londoner Bürgermeister Sadiq Khan unterstützte die Entscheidung, weil viele Fahrer die Profile fälschen würden. Er wisse, dass viele Uber-Nutzerinnen und -Nutzer mit dieser Entscheidung unzufrieden

seien. „Aber ihre Sicherheit ist das wichtigste Anliegen“, sagte Khan. Zu häufig seien Passagiere unwissentlich zu suspendierten Fahrern ins Auto gestiegen.

<https://orf.at/stories/3145401/>

Mexiko: Bürgermeister bestellt 15 Tesla Cybertrucks

Wie viele tausend andere Menschen in aller Welt hat sich auch der Bürgermeister der Stadt Ciudad Valles im Osten Mexikos von der Vorstellung des Tesla Cybertruck überzeugen lassen und kurz darauf von der Möglichkeit zur Vorbestellung Gebrauch

gemacht. Allerdings reservierte er den Cybertruck nicht für sich selbst, sondern für die Polizei der Stadt, und nicht nur einen der futuristisch aussehenden Stahl-Pickups, sondern gleich



fünfzehn davon. Das berichtet die Online-Publikation Business Insider unter Berufung auf mexikanische Medien. Laut dem Bericht leistete der Bürgermeister die Anzahlung von fünfzehnmals 100 Dollar von seinem Privatkonto; die 1500 Dollar würden ungefähr einem Monatsgehalt entsprechen. Er habe zehn Cybertrucks mit zwei Motoren und fünf mit drei Motoren bestellt, sagte der Bürgermeister.

futurezone.at

HENDL STATT HANDY: STADT VERSCHENKT GEFLÜGEL

In der indonesischen Großstadt Bandung verschenkten die Behörden 2000 Kücken an Schülerinnen und Schüler, um die Kinder von ihren Handys wegzubekommen. Der Bürgermeister sagte der Zeitung „Kompas“, es gehe auch darum, den Kindern Verantwortungsgefühl zu vermitteln. „Unser Ziel ist nicht nur, die Kinder von den Handys wegzubekommen. Sie sollen auch lernen, Tiere zu lieben und Verantwortung zu übernehmen.“ Die Schüler sollen die Kücken in der Früh füttern, bevor sie in die Schule gehen, und abends wieder. „Sie werden Disziplin lernen“, so der Bürgermeister. Die ersten Tiere saßen bei der Übergabe in kleinen Käfigen, an denen ein Schild mit der Bitte „Pass gut auf mich auf“ hing.

<https://orf.at/stories/3145110/>



Dr. Christian Koch, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

**FÜR IHRE GEMEINDE
NUR DAS BESTE.
ICH BIN FÜR SIE DA.**

■ FINANZIEREN
■ ALL-INCLUSIVE LEASING
■ PORTFOLIOSTEUERUNG



HYPO NOE

Mit Sicherheit unsere Bank.

christian.koch@hyponoe.at
www.hyponoe.at

Diese Marketingmitteilung wurde von der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, Hypogasse 1, 3100 St. Pölten, erstellt und dient ausschließlich der unverbindlichen Information. Die Produktbeschreibung erfolgt stichwortartig. Irrtum und Druckfehler vorbehalten. Stand 11/2019. Werbung

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER.



Schutzmaßnahmen der Gemeinden unerlässlich

Die aktuelle Ausgabe des KOMMUNAL-Magazins widmet sich dem Thema Katastrophenschutz. Dieser Aufgabenbereich ist in Österreich traditionell auf viele Schultern verteilt: Die Gesamtkoordination von Einsätzen sowie die Aus- und Fortbildung unterliegen dem Innenministerium. Die Abwehr und Beseitigung der Folgen von Katastrophen obliegen wiederum den Ländern, welche ihrerseits Aufgaben an die Bezirke und Gemeinden delegieren. Dabei werden im Gesetz als zentrale Bestandteile die Erfassung der Situation sowie die behördliche Einsatzleitung genannt.

Beispiele für Naturkatastrophen in Österreich sind vielfältig: Muren- und Lawinenabgänge, Überflutungen sowie lokale Wetterkapriolen (etwa Hagel oder Trockenheit) sind alljährlich zu bewältigen. Hinzu kommen diverse Szenarien im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr, die von den zuständigen Einsatzkräften laufend geübt werden, um im Ernstfall bestmöglich reagieren zu können. Glücklicherweise sind

technische (etwa Hackerangriffe oder großflächige Stromausfälle) und terroristische Einsatzfälle im Vergleich zu anderen Weltregionen nach wie vor selten.

Kommunale Schutzmaßnahmen sind unerlässlich, wenn es etwa um lokale Katastrophenszenarien geht, nichtsdestotrotz ist es Aufgabe der gesamten Bevölkerung, entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Dazu zählt es beispielsweise, die wichtigsten Zivilschutz- und Alarmsignale zu kennen oder Nahrungsmittelreserven anzulegen. Der aktuelle Pitters® KOMMUNALTrend zeigt in diesem Zusammenhang, dass sich viele BürgerInnen regelmäßig und insbesondere freiwillig bei einer Einsatzorganisation einbringen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Abwehr und Beseitigung der Folgen von Katastrophen leisten. Dieses so wichtige Engagement gilt es insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels beizubehalten.

office@pitters.at
www.pitters.at

GEMEINDEFINANZEN

PRESSEKONFERENZ:
BILANZ UND AUSBLICK



„Wir müssen lernen, Nein zu sagen!“

Die Gemeinden blicken zwar auf ein recht erfolgreiches Finanzjahr 2018 zurück, allerdings sind die Herausforderungen massiv gewachsen. Deshalb kündigte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl einmal mehr an, dass man Gemeinden betreffende Aufgaben künftig nicht mehr vorfinanzieren werde. Vor allem missfällt den Gemeinden, dass trotz vieler und teils langjähriger Forderungen den Kommunen immer wieder vom Bund Herausforderungen gestellt werden, ohne diese entsprechend budgetär zu bedecken. So sei etwa der Hausarztmangel von Bundesstellen verantwortlich, zuzahlen für neue Praxen müssten jetzt aber die Länder und vor allem die Gemeinden. Riedl: „Wir müssen lernen, Nein zu sagen!“

Die Forderungen des Gemeindebundes: Erhöhung des Gemeindeanteils an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben von derzeit 11,849 Prozent und eine Zweckbindung der Mehreinnahmen für den ländlichen Raum; Reform der Grundsteuer mit einem moderaten Mehraufkommen und zur Steuerung des Bodenverbrauchs (für ein durchschnittliches Einfamilienhaus liegt die Grundsteuer aktuell bei 8 bis 12 Euro pro Monat); eine punktuelle 15a-Vertragsfähigkeit, damit die Gemeinden auch bei den Bereichen mitreden können, die sie finanzieren müssen; mehr Mittel für den öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum, denn die FAG-Mittel gehen bisher fast zur Gänze in die Ballungszentren; Reformen im Schulbereich mit dem Ziel „Alles Personal in eine Hand“ und ein zentrales Haushaltsregister für mehr Transparenz und weniger Bürokratie. Der Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), Christoph Badelt, ergänzt, dass von einer abgeschwächten Dynamik beim Einnahmewachstum für alle Gebietskörperschaften auszugehen ist: „Dort, wo die Gemeinden unsere Zukunft gestalten, ist eine stabile Finanzierung aber von besonderer Bedeutung.“

Mehr auf gemeindebund.at



FOTO // Schuller

Ihre Gemeinde.
Einfach sicher.

TÜV
AUSTRIA



Foto: Shutterstock (© Boris Stroujko)

**Mehr
drin.**

Sicherheit. Qualität. Innovation.
In Entwicklung, Realisierung und Nutzung.

Aus- & Weiterbildung | Biogas & -masse | Bühnen- & Freizeittechnik | Cyber Security | E-Ladeinfrastruktur | Gebäudesicherheit | Gewerbeordnung §82b | Facility Management | Industrie | Inspection Manager | Maschinen | Nicht Amtliche Sachverständige | Schadensabwicklung | Wasser | Windkraft | Zertifizierung

TÜV AUSTRIA. Immer in Ihrer Nähe.

tuv-austria.com/gemeinde

KOMMENTAR

KOMMT DER 5G-ANTENNENWALD?

Was haben 5G und Fußball hierzulande gemeinsam? Richtig! – Acht Millionen Experten, aber kaum einer versteht wirklich was davon.



FOTO // © Leitner

Der neue Mobilfunkstandard 5G ist in aller Munde. Das ist einerseits gut, weil die Qualität der Infrastruktur der Nährboden des Wirtschaftsstandorts Österreich ist, und andererseits schlecht, weil viele „Experten“ meinen, darüber reden zu müssen

So hört man – neben ganz offensichtlich Falschem wie beispielsweise den toten Vögeln von Den Haag* – vieles, das auch für Gemeinden beunruhigend klingt. Etwa dass an jeder Ecke eine Sendeanlage gebaut werden muss, damit 5G überhaupt funktioniert. Mehr noch – vor zwei Jahren erregte die RTR mit der Meldung, dass 10.000 neue Antennen notwendig seien, großes Aufsehen. Technisch gesehen stimmt das sogar, nur mit dem kleinen Unterschied, dass in der Öffentlichkeit angenommen wird, mit „Antennen“ seien ganze „Mobilfunkmasten“ gemeint.

Natürgemäß sind nun BürgermeisterInnen wegen der scheinbar zu erwartenden Flut an Bauverfahren wenig erfreut.

Dazu eine klare Antwort: NEIN, es wird nicht an jeder Ecke ein neuer 5G-Standort gebaut werden! Das wäre auch gar nicht notwendig, weil wir in Österreich schon heute über ein sehr gut funktionierendes Standorte-Netz verfügen. Der Großteil der bestehenden Standorte wird in den nächsten Monaten und Jahren mit 5G-Antennen bestückt. Nur in wenigen Ausnahmen,

„NEIN, es wird nicht an jeder Ecke ein neuer 5G-Standort gebaut werden!“

* Anfang des Jahres schockierte eine Horrormeldung die Internet-Community: in Den Haag sollen 300 Vögel wegen 5G-Tests tot vom Himmel gefallen sein. Die Meldung verbreitete sich wie ein Lauffeuer, unseriöse Medien berichteten ohne Hintergrundrecherche. Aber: zu diesem Zeitpunkt gab es weder 5G-Antennen vor Ort noch wurden 5G-Tests gemacht und heute weiß man auch, dass die Vögel am giftigen Sekret von frisch geschnittenen Eiben-Ästen starben.

wo beispielsweise aus statischen oder anderen Gründen dies nicht möglich ist, müssen neue Standorte errichtet werden.

Woher aber kommt diese Zahl? 5G kommt, so wie übrigens in dicht besiedelten Gebieten auch schon 4G, nicht ohne „Füllsender“ aus. Das sind so genannte Small-Cells in der Größe eines Schuhkartons, die dort zum Einsatz kommen, wo Makro-Mobilfunkstationen nicht ausreichen, um den Kundenbedarf abzudecken. Das können Tiefgaragen, Fußgängerzonen, Einkaufszentren genauso wie Verkehrsknotenpunkte sein. Die Small Cells werden also dort errichtet, wo der Bedarf es verlangt und damit die etwa 18.000 Makro-Mobilfunksender in Österreich „unterstützen“.

Übrigens: Wer erinnert sich noch an die ersten tragbaren Koffergeräte im C-Netz Ende der 1980er? Eine 5G-Small-Cell hat eine Sendeleistung wie Public-WLAN, was deutlich weniger ist als die Sendeleistung des guten alten C-Netz-Telefons damals. Es muss sich also auch niemand Sorgen wegen der Emissionen machen. 📶

MAG. MARGIT KROPIK ist Geschäftsführerin des Forum Mobilkommunikation. Im Rahmen der Gemeindebundvereinbarung übernimmt das FMK auch eine Vermittlerrolle zwischen Gemeinden und Mobilfunkbetreiber.

GESCHICHTE

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN – AUS UNSEREM ARCHIV



Kommunale Mitwirkung auf dem Prüfstand: Pflichtaufgaben der Gemeinden betreffen nur Hoheitsverwaltung

Eine jahrzehntealte Forderung des Gemeindebundes steht derzeit wieder auf dem Prüfstand. Zum Jahreswechsel 2019/2020 wurde wiederholt die kommende Bundesregierung aufgefordert, an die Gemeinden übertragene Aufgaben auch dementsprechend zu dotieren.

Zum Jahreswechsel 1994/1995 – auch damals erging diese Forderung an die neu zu bildende Bundesregierung (es sollte das die Regierung Vranitzky IV werden) – las sich das in einem Beitrag von Kommunaljurist Roman Häußl in der Ausgabe des Kommunal-Magazins 6 vom Dezember 1994 so: „Die gemäß

Art. 119 B-VG den Gemeinden zur Vollziehung übertragenen hoheitlichen Aufgaben sind den ‚Pflichtaufgaben‘ zuzurechnen. Das bedeutet, dass die übertragenen Gesetze die Aufgabenerfüllung nicht dem Belieben der Gemeinden überlassen, sondern eine diesbezügliche Verpflichtung der Gemeinden statuieren.“ Eine Mitwirkungspflicht der Gemeinden an der staatlichen Verwaltung ergäbe sich demnach aber nur für den Bereich der Hoheitsverwaltung, wie Häußl weiter ausführte.

Aber „was in dem Zusammenhang jedenfalls gefordert werden muss, ist,

dass den Gemeinden zur Besorgung dieser Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereichs im Finanzausgleich entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden!“ Häußl wies die neue Bundesregierung damals ausdrücklich darauf hin, dass „den Gemeinden ohne entsprechende Mittel keinerlei neue Aufgaben übertragen werden dürfen“. Zwar ist diese Forderung vermutlich schon so alt wie die 2. Republik selbst, aber die Hoffnung lebt, dass die neue Bundesregierung des Jahres 2020 die berechtigten Anliegen der Gemeinden anerkennt und neue Aufgaben ausreichend dotiert.

GmbH gründen? GANZ ENTSPANNT UND JETZT AUCH DIGITAL

- Ob allein oder mit Partner, ob kleines Unternehmen oder großer Betrieb: Die Gründung sollte gleich das erste Erfolgskapitel Ihrer Geschichte sein.
- Maßgeschneiderte Lösungen, die Bestand haben und damit spätere Streitigkeiten vermeiden.
- Der Notar schafft Ihnen unbürokratisch freie Bahn: Vom ersten Termin bis zur Eintragung ins Firmenbuch.



KATASTROPHENSCHUTZ IN GEMEINDEN

Klimakapriolen haben auch Österreich fest im Griff. Wie reagieren?

DAS KLIMA UND DIE KATASTROPHEN

Wieder einmal ist Österreich im November 2019 von Katastrophen heimgesucht worden. Hangrutschungen, Starkregen, Vermurungen, Überschwemmungen haben in manchen Orten Südösterreichs sogar Menschenleben gefordert.

TEXT//CARINA WURZ

Die Niederschläge werden extremer, Starkregen oder auch -schnee insgesamt häufiger. Aufgrund der Zunahme extremer Wetterereignisse sind immer öfter Regionen und Gemeinden von Katastrophen betroffen, die in den letzten Jahrzehnten verschont waren. Schlägt die Katastrophe unerwartet zu, sind die Folgen oft besonders fatal. Deshalb werden Anpassungsstrategien an den Klimawandel aktuell in den Katastrophenmanagementleitfaden des zuständigen Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus eingearbeitet.

87 Prozent der Ereignisse aufgrund von Starkregen. Starke Regenfälle sind der Hauptgrund für die Zunahme von Katastrophenereignissen im ganzen Land. Da sind sich nicht nur alle Experten aus der Arbeit in der täglichen Praxis einig, auch die Zahlen untermauern das. Von den österreichweit 520 Ereignissen, die 2018 im digitalen Wildbach- und Lawinenkataster (WLK) erfasst wurden, sind 87 Prozent auf Starkregen bzw. Gewitter zurückzuführen. Keine Frage also, dass sämtliche Maßnahmenpläne und Schulungen speziell auf dieses Thema Rücksicht nehmen. Denn tückisch an den starken Regenfällen ist, dass sie zumeist große Regenmengen auf geringer Fläche freisetzen und damit zu teils unerwarteten Folgen führen. „Die punktuellen und extrem starken Regenfälle haben oft lokale Überflutungen zur Folge. Für viele Gemeinden wird damit auch das Problem von Hangwasser größer, mit dem sie vielleicht bisher noch gar nichts zu tun hatten“, bestätigt auch Thomas Hauser vom Zivilschutzverband Niederösterreich. Auch im Westen, der aufgrund der alpinen Landschaft ohnehin besonders katastrophenerprobt ist, nehmen die Ereignisse weiter zu: „In den letzten Jahren hat tendenziell die Häufigkeit der Katastrophenereignisse zugenommen und auch unsere Schutzbauten kamen damit vermehrt zum Einsatz“, berichtet Gerald Jäger von der Wildbach- und Lawinenverbauung, Gebietsbauleitung Bregenz. Der Grund für die Zunahme starker Niederschläge darf zurecht im Wandel unseres Klimas gesucht werden. »



Von den österreichweit 520 Ereignissen, die 2018 im digitalen Wildbach- und Lawinenkataster (WLK) erfasst wurden, sind 87 Prozent auf Starkregen bzw. Gewitter zurückzuführen.



Spielt das Klima verrückt? Lange und extreme Hitzewellen, starke Niederschläge, häufige Temperaturschwankungen: Viele Menschen nehmen den Wetterablauf immer öfter als extrem wahr. So hat es z. B. den Anschein, dass intensive kalte und warme Phasen sehr rasch wechseln oder dass die Jahreszeiten fließend vom Winter in den Sommer bzw. umgekehrt übergehen. Diese Wahrnehmungen bestätigt die Zentralanstalt für Meteorologie nicht. Was die Wetterstatistik allerdings bestätigt ist: Es wird immer wärmer. In Europa ist die jährliche Mitteltemperatur ist von 1850 bis 2008 um 1,3° C gestiegen. Die neun wärmsten Jahre dieses Zeitraums waren innerhalb der letzten 12 Jahre zu beobachten. Außerdem nahmen dazu die warmen Nächte und heißen Tage deutlich zu. Laut Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) bedingt die höhere Lufttemperatur mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Zunahme von Hitzewellen.

Höhere Temperaturen = stärkere Niederschläge. Bei Untersuchungen der globalen Niederschlagsänderung der letzten 50 bis 100 Jahre wurde festgestellt, dass die Niederschlagssummen durchschnittlich um fünf Prozent zugenommen haben. Die Zahl der Niederschlagstage ist aber in etwa gleichgeblieben. Es zeigt sich somit eine Zunahme von starken Niederschlagsereignissen. Die Ursache der größeren Niederschlagsmengen lässt sich physikalisch erklären: Bei wärmeren Temperaturen speichert die Atmosphäre mehr Feuchtigkeit – dadurch steigt das verfügbare Niederschlagswasser. Eine aktuelle Prognose der Abteilung Klimaforschung

» Für viele Gemeinden wird das Problem von Hangwasser größer, mit dem sie vielleicht bisher noch gar nichts zu tun hatten

Thomas Hauser, Zivilschutzverband Niederösterreich



CARINA WURZ IST FREIE JOURNALISTIN.

der ZAMG rechnet mit einer Zunahme der Intensitäten 30-jähriger täglicher Niederschlagsmengen in Österreich um 17 bis 26 Prozent in den Sommerhalbjahr 2007–2051 (verglichen mit dem Zeitraum 1963–2006), eine noch stärkere Zunahme ist für den Südosten und Osten Österreichs während der Herbstmonate prognostiziert.

Anpassungen an den Klimawandel in der Praxis. Diese Zunahme der Regenmengen im Herbst nimmt Bürgermeisterin Anita Gössnitzer aus Obervellach schon heute wahr: „Unsere Sommer sind trocken, im Herbst fällt oft viel Regen in kurzer Zeit. Da ist jedenfalls eine Veränderung spürbar, die in der Bevölkerung auch Sorge auslöst, weil Ereignisse an Stellen stattfinden, wo noch nie zuvor etwas passiert ist“, so Gössnitzer. In den Leitfaden „Katastrophenmanagement“ des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus wurden seit 2012 zahlreiche Maßnahmen aus der „Strategie zur Anpassung an den Klimawandel“, die für Bund und Länder Gültigkeit hat, eingearbeitet. Im aktuellen Fortschrittsbericht ist unter anderem zu lesen, dass sich die extremen Wetterereignisse nicht nur auf den Katastrophenschutz und das Management auswirken, sondern auch auf die Folgeschäden und

deren Finanzierung. Zusätzlich zum Klimawandel sind dafür auch Faktoren wie Wertsteigerung und –konzentration, verletzlichere Infrastrukturen und steigende Ansprüche an Mobilität und Kommunikation verantwortlich.

44 Regionen passen sich an den Klimawandel an. Eine erste praxiswirksame Maßnahme ist das Projekt KLAR! des Klima- und Energiefonds. Er unterstützt 44 Klimawandel-Anpassungs-Modellregionen dabei, sich frühzeitig auf die Herausforderungen des Klimawandels einzustellen. So können Schäden vermindert und Chancen genutzt werden. Ardagger ist als eine der Gemeinden der Region „Amstetten Nord“ Teil des Projekts. Bürgermeister Hannes Pressl erwartet sich aus der regionalen Zusammenarbeit konkrete Ergebnisse: „Es geht darum, auf regionaler Ebene ausdiskutieren, was durch den Klimawandel passieren kann und wie sich das auf einzelne Gemeinden auswirkt. Unser Ziel ist eine gemeinsame Prognose, die nicht Angstszensarien bedient, sondern uns dabei hilft, Gefahrenpotenziale rechtzeitig zu erkennen“, so Pressl. Dabei gehe es nicht nur um Prävention von Katastrophen, sondern um eine Steigerung der Lebensqualität, die etwa durch zusätzliche Beschattung oder Begrünung in Zeiten größerer Hitzeperioden erreicht werden kann. „Es wäre falsch, als Bürgermeister die Augen zu verschließen vor der Veränderung und den davon ausgehenden Gefahren. Wir brauchen Wissen und Antworten, die wir innerhalb unserer Region jetzt gemeinsam finden wollen“, betont Pressl. ●

FOTOS/shutterstock.com/Russ

Schutzbauten als Vorsorge

Wo es mit der Flächenwidmung nicht getan ist, sind Schutzbauten oft der einzige Weg, um Schäden zu verhindern oder zu minimieren. In vielen Fällen übernimmt die Wildbach- und Lawinenverbauung das Projektmanagement – in enger Abstimmung mit den Gemeinden. „Im Idealfall wird ein Projekt der WLW in Zusammenarbeit mit den Gemeinden mit sämtlichen betroffenen Bürgern und den Sachverständigen der zuständigen Behörden entwickelt. Die Gemeinden bekommen von uns schlüsselfertige Bauwerke übergeben. Auch die gesamte

Finanzierung mit dem Bund und den Ländern wird durch die WLW abgewickelt“, erklärt Gerald Jäger von der Wildbach- und Lawinenverbauung Vorarlberg. Doch Kosten entstehen nicht nur beim Bau, sondern auch in der Wartung. Wenn die Ereignisse durch den Klimawandel heftiger und häufiger werden, müssen auch Schutzbauten regelmäßig überprüft und adaptiert werden. Die Gemeinden tragen auch dafür Mitverantwortung, neue Projekte zu initiieren oder Adaptierungen anzustreben.

Neue Aspekte im Katastrophenfonds

Sind Schäden nicht zu vermeiden gewesen, kommt der Katastrophenfonds ins Spiel. Er ist zur „Förderung der Behebung von Schäden nach Naturkatastrophen im Vermögen physischer und juristischer Personen“ geschaffen worden und fällt in die Zuständigkeit der Bundesländer. Der Bund ersetzt den Bundesländern 60% jener Hilfgelder, die an Geschädigte ausbezahlt werden. Die Zunahme extremer Wetterereignisse und dadurch ausgelöster Hochwässer, Überflutungen, Muren oder Rutschungen nimmt der Bund zum Anlass, den geltenden Finanzierungsmechanismus zu überprüfen. Die „Anpassung an den Klimawandel“ schlägt vor, neue Aspekte wie Maßnahmen der Risikokommunikation (z. B. Infokampagnen), den Ausbau und die Weiterentwicklung von

neuen Warn- und Alarmsystemen, die Bereitstellung von Spezialausrüstung für Einsatzorganisationen (z. B. Einsatz-, Kommunikations- und Transportmittel) sowie die Förderung von Maßnahmen der privaten Eigenvorsorge im Katastrophenfonds zur berücksichtigen. Denn wie überall gilt besonders in diesem Fall: Vorbeugen ist besser als heilen.

WAS DIE GEMEINDEN BRAUCHEN

- Schulung und Ausbildung
- Ansprechpartner und Unterstützung in der Katastrophenschutz-Planung
- Experten & Freiwillige vor Ort
- Zugang zu Daten und Prognosen
- Bewusstsein

KATASTROPHENSCHUTZ IN GEMEINDEN

GERÜSTET FÜR
DEN ERNSTFALL

Wie bereitet man sich als Gemeinde auf ein Ereignis vor, mit dem man nicht rechnen konnte? Eine Frage, mit der sich die Gemeinden heute auseinandersetzen müssen.

Die Katastrophen, die im November/Dezember zahlreiche Orte in der Steiermark und in Salzburg in Atem hielten, haben einmal mehr gezeigt: Der Klimawandel mit seinen extremen Niederschlägen und häufigen Starkregenereignissen sorgt dafür, dass die Gefahr von Überflutungen, Vermurungen, Hangrutschungen und anderen Naturkatastrophen auch an Stellen lauert, die Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte davor verschont geblieben sind. Vorbereitung gelingt nur durch eine umfassende Katastrophenschutzplanung auf Basis aller verfügbaren Daten. Eine Aufgabe, die in den Gemeinden immer stärkere Bedeutung gewinnt – und das im ganzen Bundesgebiet.

Jedes Risiko ernst nehmen: Gefahrenkataloge sind Grundlage. Jede Gemeinde ist gesetzlich verpflichtet, einen Katastrophenschutzplan zu erstellen und der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft vorzulegen. Wie genau dieser ausgestaltet und was darin enthalten sein muss, regeln Landesgesetze. In jedem Fall geht es darum, Gefahrenkataloge und Maßnahmenpläne für den Ernstfall zu erstellen. „Der Gefahrenkatalog ist der Grundstein der Katastrophenschutzplanung: Welche Bedrohungen gibt es für die jeweilige Gemeinde? Da ist vom Chemiebetrieb bis zum nahegelegenen Fluss alles zu bedenken. Und

heute vermehrt natürlich Starkregenereignisse und Unwetter – das gilt es überall zu beachten“, beschreibt Thomas Hauser vom Niederösterreichischen Zivilschutzverband. In Österreichs größtem Bundesland begleitet der Verband, der dazu mittels Bescheides beauftragt wurde, die Erstellung der Pläne und die Schulung der Einsatzstäbe. In anderen Bundesländern übernehmen diese Aufgabe die Behörden, also Bezirkshauptmannschaften, teils unterstützt von der Wildbach- und Lawinenverbauung, eine Dienststelle des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus. Sie liefern auch wertvolle Informationen, die zur Risikoeinschätzung ganz entscheidend sind.

Gute Datenbasis und treffsichere Prognosen. Denn Katastrophenschutzplanung ist immer szenariorientierte Planung. Das heißt, die Planung bezieht sich auf mögliche Bedrohungsszenarien für die einzelnen Gemeinden und beinhaltet Maßnahmen für vor, während und nach einer eintretenden Katastrophe. Die Gefahren und ihre Auswirkungen in der Theorie richtig einzuschätzen, ist entscheidendes Qualitätsmerkmal eines guten Katastrophenschutzplans. Die gute Nachricht: Dank moderner Technologien sind die Prognosen heute treffsicher und den Gemeinden stehen umfangreiche Daten zur Verfügung. Etwa die, die im Gefahrenzonenkatas-



„Das Wissen ist nicht nur beim Bürgermeister, sondern viele Profis wirken hier zusammen.“

Günter Novak, Bürgermeister von Mallnitz



„Ich halte es für entscheidend, dass man sich in Friedenszeiten gut vorbereitet.“

Erika Rogl, Bürgermeisterin von Kals am Großglockner

ter der Wildbach- und Lawinenverbauung sehr umfangreich digital verfügbar sind: Der Wildbach- und Lawinenkataster enthält alle Wildbach- und Lawineneinzugsgebiete, Gefahrenzonenpläne, alle 200.000 WLV-Schutzbauwerke, außerdem rund 112.000 Gutachten und derzeit 34.000 dokumentierte Schadenereignisse. „Diese Daten stehen allen Gemeinden zur Verfügung und fließen in die örtliche Risikoeinschätzung ein“, so Gebhard Walter von der Sektion Tirol der Wildbach- und Lawinenverbauung. Das kostenlose WLV-Gemeindeportal, in dem alle 2100 Gemeinden angelegt sind, ist ein praktisches Werkzeug im Naturgefahrenmanagement. Über die Plattform gemeindeportal.die-wildbach.at kann sich jede Gemeinde registrieren und dann auf die Daten zugreifen sowie direkt vor Ort den Zustand von Bauwerken eintragen und mit dem Handy aktuelle Fotos auf das Onlineportal hochladen.

Der Ernstfall als harte Schule. Gebhard Walter hat tagtäglich mit Naturgewalten und deren Folgen zu tun – und er weiß: „Die härteste Schule ist der Ernstfall. Denn jeder Fehler kann da fatale Folgen haben.“ Durch die hohe Frequenz an Ereignissen haben aber gerade die alpinen Regionen Österreichs große Routine im Katastrophenmanagement. „Wir haben eine bestehende Lawinenkommission, die tagt, sobald

sich ein Ereignis ankündigt. Das war auch jetzt im November so, wo die Unwetter das gesamte Mölltal ja stark betroffen haben“, berichtet etwa der Mallnitzer Bürgermeister Günter Novak. In der Lawinenkommission hat er zahlreiche Experten an der Hand, die entsprechend geschult sind und die Gegebenheiten gut kennen. „Das Wissen ist nicht nur beim Bürgermeister, sondern viele Profis wirken hier zusammen – neben den Freiwilligen Feuerwehr und anderen Helfern vor Ort ist auch die Zusammenarbeit mit dem Bundesheer und den Behörden erprobt“, betont er.

Nötiges Rüstzeug: Schulungen und Planspiele. Natürlich braucht aber auch der Bürgermeister Know-how. Dafür bietet das Land Kärnten seit 2016 ein neues Bürgermeisterseminar unter dem Titel, „Die Rolle des Bürgermeisters im Krisen- und Katastrophenfall einer Gemeinde“. Im Jahr 2020 wird mit den drei letzten Bezirken und der Stadt Villach diese Seminarreihe abgeschlossen, 2021 beginnt der neue Turnus. „Wir haben gerade in den Nachwahljahren einen verstärkten Bedarf an Schulungen, weil da natürlich viele Mandatare wechseln“, erklärt Thomas Hauser vom NÖ Zivilschutzverband. Denn auch im Flachland wird die Notwendigkeit der Vorbereitung auf Naturereignisse größer. Aktuell haben 95 Prozent der 573 Gemeinden die Grundschu-

FOTO // Bundesheer/Schrottner



Momentaufnahme: 2012 verwüstete eine Mure das steirische Dorf St. Lorenzen. Ähnliches ist Ende 2019 in vielen Gemeinden Kärntens und Tirols passiert.

lung des Zivilschutzverbandes durchlaufen. „Unser Ziel ist, dass bis Ende 2020 alle Gemeinden in Niederösterreich das Programm, das aus zwei Modulen besteht, durchlaufen haben“, so Hauser. Entscheidendes Element dieser Ausbildung: Ein Planspiel, in dem der Ernstfall vor Ort mit dem gesamten Einsatzstab durchgespielt wird. „Da zeigt sich dann eindrucksvoll, wenn in der Planung etwas übersehen wurde“, weiß Hauser. Für Bürgermeisterin Erika Rogl aus der Großglocknergemeinden Kals steht der Umgang mit Naturgewalten fast an der Tagesordnung – entsprechend souverän ist die Abwicklung. Dennoch freut sie sich über das Schulungsangebot, das die Bezirkshauptmannschaft Lienz in den vergangenen Jahren für alle Einsatzleitungsstufen anbietet: „Ich halte es für entscheidend, dass man sich ‚in Friedenszeiten‘ gut vorbereitet“, so Erika Rogl, deren Gemeinde vergangenes Jahr besonders hart von Sturmtief „VAIA“ getroffen wurde. Gerade in den alpinen Regionen ist auch die Wildbach- und Lawinerverbauung gemeinsam mit dem Land Tirol im Bereich der Schulung aktiv, wie Gebhard Walter berichtet: „Wir haben nach 2005, wo es extreme Hochwasser im Tiroler Oberland gab, ein landesweites Schulungsprogramm umgesetzt und in den vergangenen Jahren ergänzend Einsatzleiterschulungen und Einsatzstabsschulungen sowie Nachschulungen der Freiwilligen Feuerwehr angeboten. Gut vorbereitete und geschulte Einsatzleitungen und ein direkter Kontakt zu den einzelnen Fachexperten und Einsatzorganisationen erleichtern und verbessern die Ereignisbewältigung enorm“, so Walter.

Einschätzung und Information: Rezept für gutes Krisenmanagement. Bürgermeisterin Rogl kennt den Ernstfall, die Lawinengefahr ist über die Wintermonate ständiger Begleiter. „Auch wenn bei uns das Bewusstsein in der Bevölkerung natürlich groß ist und alle Haushalte vorbereitet sind, dass jederzeit sein kann, dass Ortsteile für einige Zeit abgeschnitten sind: Bei Katastrophenereignissen gehen natürlich die Emotionen hoch“, weiß sie. Darum sind vorausschauendes Handeln und rechtzeitige Information der Bevölkerung die entscheidenden Maßnahmen: „Natürlich haben wir auch keine Glaskugel, die uns vorhersagt, wie sich das Wetter genau entwickeln wird. Aber wenn ich zum Beispiel weiß, dass eine Schwangere kurz vor der Entbindung steht, dann informiere ich sie natürlich bewusst

rechtzeitig, wenn die Gefahr besteht, dass die Verbindungswege verschüttet werden könnten. Genauso schicken wir vorsorglich Schüler früher heim oder informieren Bürger, die außerhalb des Tals arbeiten“, so Rogl. Das zeigt, warum die Einsatzleitung auf Gemeindeebene gut aufgehoben ist: Die Bürgermeister und Gemeindevertreter sind durch Kenntnis der Gemeinde und der Bewohner die Richtigen, um Risiken richtig einschätzen zu können. Ihre Aufgabe ist auch, das Bewusstsein der Bürger zu schärfen: „Natürlich tragen die kürzeren Abstände zwischen den Ereignissen dazu bei, dass die Menschen sich von sich aus besser vorbereiten. Aber gerade wenn länger nichts passiert, ist es wichtig, an die Eigenverantwortung zu appellieren und über Risiken zu informieren“, so Anita Gössnitzer, Bürgermeisterin der Kärntner Gemeinde Obervellach, die im November stark von Überflutungen und Hangrutschungen betroffen war.

Entscheidend: Gemeinden müssen agieren. Sie zeigt sich zufrieden mit dem Katastrophenmanagement: „Die Umsetzung des Katastrophenschutzplans hat optimal geklappt. Aber wir werden den Plan weiter optimieren, etwa was die bewusste Kontrolle der Zuläufe, Gräben und Bäche betrifft, um in Zukunft noch rascher reagieren zu können“, so Gössnitzer. Genau diese präventiven Aufgaben seien ganz stark Verantwortung der Gemeinden, weiß auch Thomas Hauser vom NÖ Zivilschutzverband. Denn die Bürgermeister sind – gemeinsam mit den Einsatzorganisationen vor Ort – die ersten, die bei heranziehenden Katastrophen handeln müssen. Schon bevor die Bezirkshauptmannschaft die Katastrophe ausruft, müssen sie Entscheidungen treffen, informieren und Schutzmaßnahmen in die Wege leiten. „Die Gemeinden müssen hier selbstständig entscheiden, ob Handlungsbedarf besteht“, so Hauser. Natürlich ist jede Katastrophe eine Extremsituation; Fehlentscheidungen oder Entscheidungen, die sich im Nachhinein als falsch herausstellen, gibt es natürlich, aber: „Der einzige Fehler, der auch rechtlich problematisch für die Bürgermeister werden kann, ist nichts zu tun“, so der Zivilschutz-Experte. Ansonsten sei vor allem die lückenlose Dokumentation im Einsatz entscheidend: „Je genauer später nachvollziehbar ist, warum und auf Basis welches Wissensstandes Entscheidungen getroffen wurden und wer dabei eingebunden war, desto besser sind die Einsatzleitungen abgesichert –



Verkläunungen lösen ist Schwerstarbeit. Hier kommt dem Bundesheer eine oft entscheidende Rolle zu.



FOTO // Bundesheer/Wenzel Andy

„Gerade, wenn länger nichts passiert, ist es wichtig, an die Eigenverantwortung zu appellieren und über Risiken zu informieren.“

Anita Gössnitzer, Bürgermeisterin der Kärntner Gemeinde Obervellach

„Die härteste Schule ist der Ernstfall. Denn jeder Fehler kann da fatale Folgen haben.“

Gebhard Walter, Sektion Tirol der Wildbach- und Lawinerverbauung

selbst wenn es lange Zeit nach den Ereignissen zu Forderungen oder Klagen durch Betroffene kommt“, rät er.

Gebäude in Gefahrenzonen: Wo sich bei Widmungen „der Spaß aufhört“

Verantwortung tragen die Bürgermeister auch schon in der Prävention. Denn die Analyse der vergangenen katastrophalen Hochwässer und Wildbachereignisse in Österreich hat gezeigt: Immer mehr Gebäude und Infrastrukturanlagen liegen in exponierten und zum Teil auch als gefährlich ausgewiesenen Gebieten, wo sich die Folgekosten von Katastrophenereignissen massiv auswirken. Selbst dort, wo umfangreiche Schutzmaßnahmen durchgeführt wurden, konnten Schäden nicht vermieden werden. Denn Schutzbauten allein sind kein Garant – sondern eines von vielen Instrumenten – neben Gefahrenzonenplanung, Flächenwidmung, Eigenvorsorge und Bewusstseinsbildung. Gerade das Thema der Flächenwidmung wurde nach der neuesten Unwetterkatastrophe wieder Gegenstand der Diskussion: In der Faaker

See-Gemeinde Finkenstein wurden 50 Häuser beschädigt. Jetzt gäbe es in diesem Bereich keine Baubewilligung mehr und das sei auch gut so. „Denn es hat sich gezeigt, wie das mit den Überflutungen ist, wenn man an diesen Gräben und Bächen baut. Und wenn einmal Gefahr für Gesundheit und Leben besteht, dann hört sich der Spaß auf“, sagte der Bürgermeister Christian Poglitsch im ORF-Interview. Natürlich drängt sich die Frage auf, wie Dörfer besser zu schützen sind und wie Gemeinden künftig bei Flächenwidmungen vorgehen sollen.

Gefahrenprävention durch gezielte Steuerung des Flächenangebots. Dazu ist im Leitfaden des Bundes zu lesen, dass die Möglichkeit der direkten Gefahrenprävention durch die gezielte Steuerung des Flächenangebots für Siedlungs-, Gewerbe- und Infrastrukturzwecke ist eine der effektivsten und effizientesten Lösungen im Umgang mit Naturgefahren sei. Damit gemeint sind die Begrenzung der Flächenversiegelung und die Schaffung von naturnahen Freiräumen. Rechtlich ist die Verankerung der Gefahrenzonenplanung sowie allfälliger daraus resultierender Vorbehalts- und Freihalteflächen im Raumordnungsrecht und den Baugesetzen der Länder noch nicht vorgesehen. Bürgermeisterin Erika Rogl aus Kals hält das aus ihrer Erfahrung auch nicht für notwendig: „Bei uns wurden Widmungen schon in DER Vergangenheit immer mit Bedacht gemacht. Es liegt natürlich in der Verantwortung des Bürgermeisters, Begehrlichkeiten nicht nachzugeben, sondern mit Augenmaß zu handeln und mögliche Folgewirkungen zu bedenken“, ist sie überzeugt und damit einer Meinung mit dem niederösterreichischen Gemeindebund-Vizepräsidenten Hannes Pressl: „Wir müssen die Dinge auf der richtigen Ebene regeln und den Bürgermeistern dabei auch entsprechende Handlungsmöglichkeiten geben, um ihre Siedlungen sinnvoll zu gestalten“, betont er. Problematisch ist es dort, wo bei überregionalen Gefahrenbereichen einzelne Gemeinden sich nicht an der Freihaltung von Retentionsflächen oder anderen Schutzmaßnahmen beteiligen wollen und damit das Problem den Nachbarn zuschieben. Dort wäre die Einbeziehung der Ergebnisse der Gefahrenzonenplanung in die überörtliche und örtliche Raumplanung, wie es die Strategie des BNMT vorsieht, eine effektive Maßnahme, um die Möglichkeiten der Flächenvorsorge optimal auszuschöpfen. ●

ERFOLGSMODELL

2020 wird entscheidend für Wasserversorgung
Seite 27

NEUE LÖSUNGEN

Kommunikation im 21. Jahrhundert
Seite xx

WOHNBAU

Gibt es eine Wohnungsnot?
Seite xx

„VERGLEICHBARKEIT? NIE UND NIMMER!“

„Seit 1. Jänner 2020 ist die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) 2015 von allen Gemeinden anzuwenden.“ Soweit die Vorgabe. KOMMUNAL wollte wissen, wie es den Gemeinden dabei wirklich ergangen ist. Wir haben mit einigen Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen sowie mit Amtsleiterinnen und Amtsleitern gesprochen.

TEXT // HANS BRAUN / HELMUT REINDL / ANDREAS HUSSAK

Österreichs Gemeinden haben zur Vorbereitung auf den Start der neuen doppelten kommunalen Buchführung viel Zeit mit der Erfassung und Bewertung des bestehenden Gemeindevermögens sowie der dafür erhaltenen Investitionszuschüsse aufgewendet. „Dabei werden sie mit den unterschiedlichen Fragen konfrontiert – beginnend von verschiedenen Möglichkeiten der erstmaligen Bewertung über die Verwendung bereits vorhandener Werte aus den bestehenden Rechenwerken bis hin zu den zu ermittelten Daten für Rückstellungen oder Beteiligungen.“

So trocken begann Anfang Oktober 2018 ein Beitrag von Gemeindebund-Finanzexperte Christian Schleritzko über die Besonderheiten der neuen Buchführung der Gemeinden (kommunal.at/vrv-die-eroeffnungsbilanz-ist-erster-zweite-schritt).

Rechtliche Vorgaben in Hülle und Fülle. Die Vorgaben, die die Ortschefs und ihre Leute in

den Gemeinden zu beachten haben, haben es auch in sich. Einer der größten Haken liegt in der Bewertung von Gemeindevermögen, wie das Beispiel „Gemeindestraßen“ zeigt. Es stellte sich heraus, dass die Erhebung des Zustands der Straßen für die Gemeindemitarbeiter besonders aufwändig ist. Noch dazu sind die Vorgaben der Bewertung, wie beispielsweise die Nutzungsdauer, nicht überall gleich.

Wie bewertet man eine Straße? So genau wie möglich sollen die Straßen, am besten in kurzen Abschnitten, nach ihrem baulichen Zustand kategorisiert werden. Diese Kategorien sind in weiterer Folge entscheidend dafür, wie hoch die prognostizierte Restnutzungsdauer der Straße liegt und mit welchen prozentualen Abschlagsraten ihr Wert zu ermitteln ist. Die Nutzungsdauer einer nagelneuen befestigten Straße wird entsprechend der Anlage 7 zur VRV, Nutzungsdauertabelle, bundesweit mit 33 Jahren angenommen.

Und da beginnt es: Ein Bundesland hat sich auf eine „tatsächliche wirtschaftliche Nutzungsdauer“ von 50 Jahren festgelegt und beruft sich dabei auf Straßenbauexperten. Unbefestigte

Straßen, da sind sich wiederum alle einig, haben eine Nutzungsdauer von zehn Jahren.“ Schon allein diese Diskrepanz zeigt auf, wo die Probleme liegen.

Friedrich Klug, Leiter des Instituts für Kommunalwissenschaften und einer der prominentesten Kritiker der VRV für Gemeinden, formulierten es so: „Eine Bewertung öffentlich gewidmeten Gemeindevermögens ist mit vielfältigen Problemen verbunden, beruht auf vielen Annahmen, ist eigentlich gar nicht möglich, kostet viel, stiftet kaum Nutzen, divergiert von Bundesland zu Bundesland und Gemeinde zu Gemeinde, sodass keine Vergleichbarkeit gegeben ist.“

Die Stimmung in Sachen VRV ist unter den Kommunalpolitikern, den Amtsleitern und Mitarbeitern sehr unterschiedlich. Die Frage nach der Stimmungslage reicht von „einigermaßen gut“ über „mit gemischten Gefühlen“ bis hin zu „sehr schlecht“.

Während einige Verständnis für die Installation der VRV zeigen, halten andere dieses Instrument der Buchhaltung für einen „Versuch des Zentralismus, den Gemeinden die Eigenständigkeit zu nehmen“. Auch wird der Verdacht geäußert, dass durch die VRV mehr Zentralismus Einzug halten und den Gemeinden die Eigenständigkeit genommen wird. Soweit die Kurzfassung.

Ein Blick auf die Praxis. Herbert Schober, Bürgermeister und Leiter der Finanzverwaltung in Grödig (Salzburg), hat den Eindruck, „dass die Umstellung bei uns in Salzburg recht gut funktioniert, weil von den Gemeinden eine einheitliche Vermögensbewertung erarbeitet wurde“. In Salzburg haben sich fünf Gemeinden zusammengeschlossen und gemeinsam ein EDV-Tool erarbeitet. „Damit konnte die Erstbewertung sehr einfach und praxisnah gemacht werden. Über 80 Gemeinden haben das Tool genutzt und die Bewertung nach dem gleichen Schema gemacht. Als positiv habe ich empfunden, dass die Gemeinden einander dabei auch gegenseitig unterstützt haben und es einen reichen Erfahrungsaustausch gab“, so Schober.

Josef Liendl, Bürgermeister im Kärntner Köttmannsdorf, meint hingegen: „Es ist ein enormer und dauerhafter Mehraufwand für die Gemeinden – vor allem auch personell. Meine Kontakte mit den anderen Gemeinden sagen, dass alle überbelastet sind. Die finanzielle Darstellung ist ja vollkommen unwichtig und unlogisch,

weil die Gemeinde ja kein Betrieb ist, sondern Dienstleister. Wenn ich als Gemeinde einen Betrieb habe, muss ich ja sowieso eine Bilanz legen. Aber die VRV auf die Gemeinden anzuwenden, ist widersinnig und widerspricht der Praxis, wie wir arbeiten.“

Andreas Kozar, Bürgermeister und Amtsleiter im niederösterreichischen Reingers, geht mit gemischten Gefühlen in den Voranschlag hinein, „weil wir Neuland betreten. Vor allem für Gemeinderatsmitglieder, die sich weniger mit buchhalterischen Themen auseinandersetzen, wird es in der Übergangsphase noch schwieriger, die wesentlichen Informationen herauszulesen. Selbst für einen gelernten Buchhalter, der in der Doppik zuhause ist, wird es schwierig.“

Michael Leitner, Chef der Gemeinde Schwarzenberg in Oberösterreich, meint zur Umstellung: „Die Vorarbeiten dazu haben grundsätzlich gut funktioniert. Es gab Schulungen für die Leute, die operativ damit zu tun hatten, also die Gemeindebuchhalter. Bei uns hat es sehr gut funktioniert, aber ich kann nur für meine Gemeinde sprechen. Änderungen sind manchmal schwierig, und der Wechsel von der Kameralistik zu einer Drei-Komponenten-Buchhaltung ist schwer. Und es ist grundsätzlich eine Materie, die sehr von den Personen abhängt.“

Nicht nur von Personen, auch von Schulungen hängt viel ab. „Ich selbst bin gut zurecht gekommen, weil ich auch Leiter der Finanzverwaltung bin, aber für die Gemeindevertreter ist es sehr schwer, das System zu verstehen. Hier gibt es sicher noch großen Schulungsbedarf“, meinte Herbert Schober auf Nachfrage. Michael Leitner bestätigt seinen Kollegen: „Schulungen bei uns sind durchwegs von oberösterreichischen Gemeindebund und dem Rechenzentrum ausgegangen und waren sehr gut organisiert.“

Renate Gräf, Amtsleiterin in der Gemeinde Ottensheim bestätigt diese Sicht. „Die angebotenen Schulungen und auch der Leitfaden für die Bewertungen waren extrem gut und hilfreich, es gibt auch laufend Schulungen – wir sind mit der Aufgabe nicht allein gelassen worden. Dieses Drei-Komponenten-System für die Gemeinden ist teilweise recht kompliziert, und wenn man nicht dauern damit zu tun hat, ist es schwer, den Überblick zu behalten.“

Dass das aber nicht in allen Ländern so ist, dass teilweise sogar die Vortragenden überfordert waren, bestätigt unter anderem Josef Liendl: „Schulung? Für die Finanzverwalter hat es von

VRV

Diese Abkürzung steht für „Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung“. Durch die VRV 2015 müssen die Gemeinden, die bislang mit der Kameralistik, einer reinen Finanzrechnung, gearbeitet haben, auf doppelte Buchführung umstellen. Dadurch müssen alle Gemeinden spätestens ab 2020 ihre komplette Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage darstellen. Vor allem die Erfassung des Vermögens ist mit Schwierigkeiten verbunden. Und das Ziel der „Vergleichbarkeit der Gemeinden“ scheint in weiter Ferne zu liegen.

Meinungen aus den Gemeinden



„Es ist sehr aufwändig, sehr viel, es ist aber alles zu erlernen. Nur für mich muss ich feststellen, dass ich den Nutzen noch nicht erkannt habe.“

Renate Gräf,
Amtsleiterin von Ottensheim



„Ich selbst bin gut zurecht gekommen, aber für die Gemeindevertreter ist es sehr schwer, das System zu verstehen. Hier gibt es sicher noch großen Schulungsbedarf.“

Herbert Schober,
Bürgermeister von Grödig



„Natürlich wird's hier und da Abweichungen geben, wenn sich die Frage stellt, wie man das oder da sehr schlechte Stück Straße bewertet. Aber großartig aufregend war die Bewertungsthematik bei uns nicht.“

Michael Leitner,
Bürgermeister von Schwarzenberg am Böhmerwald



„Selbst für einen gelernten Buchhalter, der in der Doppik zuhause ist, wird es schwierig.“

Andreas Kozar,
Bürgermeister und Amtsleiter in Reingers



„Wegen der Eröffnungsbilanz haben wir noch keine Antwort bekommen, wann wir die legen sollen. Meine Vermutung: Die wissen's selber nicht.“

Josef Liendl,
Bürgermeister von Köttmannsdorf

der Verwaltungsakademie Seminare und Vorträge gegeben, aber auch da hat es keine konkreten Antworten gegeben, weil es die Vortragenden selber nicht gewusst haben.“

Was dieses Thema betrifft, hat es aber auch Stimmen gegeben wie „Ich fühl' mich vom Land im Stich gelassen.“ oder „Bei Schulungen kam die Aussage: Die Umstellung auf die Kameralistik hat 20 Jahre gedauert, bis es funktioniert hat. Also rechnet man ja sowieso mit so einer Umstellungsdauer. Aber so kann man keine Buchhaltung führen!“ (Name der Redaktion bekannt*).

Und was sagen diejenigen, die tatsächlich damit arbeiten müssen? Die Mandatäre müssen sich auskennen, keine Frage. Aber wirklich damit arbeiten und vor allem die Bewertungen müssen die Amtsleiter und die Mitarbeiter der Gemeinden machen. Wie sieht es also aus mit den Bewertungen des Gemeindevermögens und der Vergleichbarkeit der Gemeinden (eines der Hauptargumente für die VRV)?

„Eine Vergleichbarkeit der Darstellung der Gemeinden? Ich glaube, dass das überhaupt nicht funktioniert. Wir haben uns mit ande-



SCHON BEI DEN SCHULUNGEN HAT SICH GEZEIGT, DASS SICH ZU EINEM EINZIGEN BEISPIEL **FÜNF VERSCHIEDENE ANSÄTZE UND MEINUNGEN** ERGEBEN HABEN. DIE VERGLEICHBARKEIT IST NIE UND NIMMER GEGEBEN.“



ren Gemeinden und unserem EDV-Betreuern abgestimmt und diesbezüglich gewisse Dinge hinterfragt. Das erste Feedback, das wir erhalten haben, ging dahin, dass ‚andere Gemeinden das ja ganz anders machen‘. Die Vergleichbarkeit hängt primär an der Genauigkeit der Darstellung – und da gibt es sicher Unterschiede zwischen den Gemeinden. Die einen machen es auf Punkt und Beistrich genau nach dem Leitfaden, andere ‚Daumen mal Pi‘ und schätzen – und dann stimmen die Werte einfach nicht zusammen“, meint Amtsleiterin Renate Gräf.

Andere formulieren es bissiger: „Vergleichbarkeit der Darstellung? Nie und nimmer! Schon bei den Schulungen hat sich gezeigt, dass sich zu einem einzigen Beispiel fünf verschiedene Ansätze und Meinungen ergeben haben. Die Vergleichbarkeit ist nie und nimmer gegeben. Es kommt ja immer darauf an, wie es derjenige sieht, wie es ‚die Politik‘ sieht und wie weit die Politik dabei mitredet.“ (Namen der Redaktion bekannt).

Josef Liendl meint dazu: „Bewertungen? Das ist so eine Sache. Bei einer neuen Schule oder einem neuen Kindergarten hat man ja eine Bewertung, aber wie will man einen 30 Jahre alten Kindergarten bewerten? So zirka Daumen mal Pi? Oder man bestellt einen Sachverständigen, der Projekte mit Gutachten bewertet. Und dann: Es gab für die Straßen- und Wegebeurteilung vom Land Schablonen, aber es ist ja ein Wahnsinn. Die Wege meiner Gemeinde sind sieben Millionen Euro wert, wenn ich das aber durch 30 oder 50 Jahre dividieren, muss ich eine Abschreibung machen – das ist ja verrückt und entspricht überhaupt nicht der Wahrheit. Und wofür?“

* Einige unserer Gesprächspartner wollten ihren Namen nicht im Zusammenhang mit ‚Kritik auf dem Land oder der Politik‘ sehen. Diese Daten unterliegen daher der redaktionellen Verschwiegenheit.

Es gibt aber auch positive Stimmen. Herbert Schober: „Bei allen Bewertungen gab es Referenzwerte, etwa einen Kubikmeterpreis für Gebäude. Die Straßen haben wir nach einem Laufmeterpreis in verschiedenen Kategorien bewertet. Je nach Alter der Straße wurde der Wiederbeschaffungswert nach dem Baupreisindex berechnet, sodass wir einen fiktiven Anschaffungspreis ermitteln konnten.“

Was als Fazit stehenbleiben kann? „Ich persönlich messe dem Voranschlag 2020 nicht allzu große Bedeutung bei. Schon alleine deswegen, weil man Überschüsse bzw. Fehlbeträge EDV-technisch gar nicht einarbeiten kann. Daher wird das größere Augenmerk auf dem Rechnungsabschluss und dem daraus folgenden Nachtragsvoranschlag liegen“, meint Andreas Kozar, Bürgermeister und Amtsleiter in niederösterreichischen Reingers.

FOTO/shutterstock.com

SIEDLUNGSWASSERWIRTSCHAFT

ERFOLGSMODELL ERHALTEN

2019 war ein bewegtes Jahr für die österreichische Siedlungswasserwirtschaft. 2020 wird ein entscheidendes.

TEXT // TRISTAN PÖCHHACKER

Im Mai 2019 fand eine Enquete im Bundesrat mit dem Titel „Trinkwasser schützen und sichern“ statt, in der eine Vielzahl an Rednern, von politischen Entscheidungsträgern über Fachexperten bis hin zu den österreichischen Wasserversorgern einstimmig festgestellt haben, dass der Zugang zu sauberem und auch leistbarem Trinkwasser allen Österreichern offenstehen muss. Die Forscher konnten eindrucksvoll darlegen, dass bedingt durch den Klimawandel in Zukunft riesige Herausforderungen auf die österreichische Wasserversorgung zukommen werden. In einigen Teilen Österreichs ist bereits in naher Zukunft mit langen Trockenperioden zu rechnen, was in Kombination mit steigenden Temperaturen und daraus resultierend einer stärkeren Verdunstung zu einer eingeschränkten Grundwasserneubildung führen kann. Betroffene Regionen müssen in Ringschlüsse investieren oder Wasser über weite Strecken pumpen. Die Sicherung der Versorgung wird also auch in Zukunft große Investitionen in die Infrastruktur notwendig machen.

Im Juli kam es dann in Folge eines Initiativantrags im Parlament zu einer **verfassungsrechtlichen Absicherung der Trinkwasserversorgung in § 4 BVG** über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung.

Die Fakten liegen damit klar auf dem Tisch. Es gibt sowohl das Wissen um die Herausforderungen, mit denen die österreichische Siedlungswasserwirtschaft aktuell und auch in Zukunft konfrontiert ist, als auch das politische Bekenntnis, das gewohnt hohe Maß an Qualität zu erhalten.



DIE BESTIMMUNG DES § 4 BVG

„Die Republik Österreich (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich zur Wasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge und zu ihrer Verantwortung für die Sicherung deren Erbringung und Qualität, insbesondere dazu, das öffentliche Eigentum an der Trinkwasserversorgung und die Verfügungsgewalt darüber im Interesse von Wohl und Gesundheit der Bevölkerung in öffentlicher Hand zu erhalten.“

Trotz des verfassungsrechtlichen Bekenntnisses steht die gemeinschaftliche Finanzierung der Infrastruktur im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auf dem Prüfstand. Im Rahmen eines Spending-Reviews – ein Evaluierungsprozess, der 2017 gestartet wurde und demnächst abgeschlossen sein soll – in dem die Bundesförderung der Siedlungswasserwirtschaft auf ihre Notwendigkeit hin überprüft wird, setzt sich der Österreichische Gemeindebund intensiv für den Erhalt der gemeinsamen Finanzierung durch die Finanzausgleichspartner ein. Daher hat der Gemeindebund gemeinsam mit Wirtschaftskammer, ÖWAV, dem Städtebund, der Kammer der ZiviltechnikerInnen und dem ÖVGW ein gemeinsames Forderungspapier verfasst: „Wir fordern, ab 2022 für die UFG-Förderung einen jährlichen Zusagerahmen von € 150 Mio. vorzusehen, für den Abbau des Förderrückstaus von über 1700 offenen Förderanträge ist eine Sondertranche vorzusehen. Die Förderung ist mehr als eine bloße Finanzierung, sie ist Anreizsystem für Investitionen, ermöglicht einen sozialen Ausgleich und setzt Qualitätsstandards.“ Es darf nicht mehr bei Lippenbekenntnissen bleiben, die Finanzierung soll außer Frage gestellt werden. Klar ist, dass die Gemeinden vor diesem Hintergrund nicht mit den Herausforderungen allein gelassen werden dürfen!

Das Forderungspapier steht auf der Homepage des ÖWAV als Download zur Verfügung und wurde Bundesministerin Maria Patek (BMNT) übergeben.



MAG. TRISTAN PÖCHHACKER IST JURIST BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND

HUNTERGRUNDGESPRÄCH

DIE GEMEINDEN, DER WOHNBAU UND LEISTBARES WOHNEN

Das Thema Wohnen und Bauen ist in den Gemeinden immer sehr aktuell und vor allem zuletzt heiß diskutiert – man denke nur an die Reizthemen Raumordnung und Bauordnung und nicht zuletzt Bodenverbrauch. Aber wie sieht es tatsächlich mit der Wohnsituation in Österreichs Gemeinden aus?

TEXT // HANS BRAUN

Die Zahl der Hauptwohnsitzwohnungen lag im Jahresdurchschnitt 2018 laut Statistik Austria bei knapp vier Millionen*. Etwas weniger als die Hälfte der Haushalte wurde in Eigentum, weitere 43 Prozent in Mietverhältnissen bewohnt. Davon waren 17 Prozent Gemeinwohnungen, 40 Prozent entfielen auf von Genossenschaften bzw. gemeinnützigen Bau-trägern vermietete Wohnungen, die übrigen 43 Prozent sind andere, meist private Hauptmietwohnungen.

Rund 94 Prozent der Wohnungen zählen zu den bestausgestatteten mit Badezimmer oder Duschnische, WC und Zentralheizung (Ausstattungs-kategorie A) – gegenüber 87 Prozent im Jahr 2004. Wohneinheiten der Kategorie B (mit Einzelofenheizung) sind demgegenüber zurückgegangen, der Anteil sank auf fünf Prozent. Nahezu verschwunden sind Wohnungen der Kategorie C sowie Substandardwohnungen (Ausstattungs-kategorie D) mit weniger als 1,5 Prozent.

2018 betrug die durchschnittliche Miete inklusive Betriebskosten pro Hauptmietwohnung 518 Euro; auf den Quadratmeter Nutzfläche bezogen waren es 7,9 Euro; gegenüber 2017 lag die Miete inklusive Betriebskosten pro Wohnung um 2,3

* Dieser hochgerechnete Wert basiert auf der Mikrozensus-Wohnungserhebung und spiegelt auch die Zahl der österreichischen Privathaushalte wider – gegenüber dem Vorjahr ist diese um etwa 26.000 gestiegen. http://statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/wohnen/wohnsituation/index.html

Prozent höher, bei den Quadratmeterkosten gab es einen Anstieg von 2,8 Prozent – soweit die Zahlen der Statistik.

Wie ist die aktuelle Situation in Gemeinden?

„Die Herausforderungen fangen schon bei Grundstück an, weil es immer schwieriger wird, zu Grundstücken zu kommen. In den seltensten Fällen sind das Grundstücke, die ausschließlich fürs Wohnen gedacht sind. Für Gemeinden ist bei solchen Projekten meist eine Kinderbetreuungseinrichtung wichtig, manchmal beginnt es aber auch schon bei der Aufschließung“, meint Christian Struber, Geschäftsführer der Salzburg Wohnbau und Aufsichtsratsmitglied des Österreichischen Verbandes der Gemeinnützigen Wohnbauträger, bei einem Hintergrundgespräch bei KOMMUNAL. Der frühere Bürgermeister, Struber war von 1992 bis 2008 Bürgermeister von St. Koloman im Tennengau, sieht einige Ansatzpunkte, die Gemeinden bei diesem an sich schwierigen Thema zu entlasten. „Ein gemeinnütziger Wohnbauträger, der sich professionell mit der komplizierten Materie Wohnbau, Ausschreibung, Förderung und so weiter befasst, kann natürlich viel besser mit den Herausforderungen umgehen.“

Ein Punkt, bei dem er von Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, viel Zustimmung erntet. „Mit der Entscheidung von 2012 über die Auslagerung von hoheitlichen

„Kommunale Bauaufträge sollten immer im Zeichen der Nachhaltigkeit stehen, schließlich handelt es sich bei den Projekten um langfristige Investitionen.“

Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, zu den Vorteilen lokaler und regionaler Vergabeverfahren

Der Autor, Christian Struber und Gemeindebund-Chef Alfred Riedl beim Hintergrundgespräch bei KOMMUNAL.

FOTO/THOMAS MAX



„Wir können uns um Dinge wie Ausschreibungen oder Förderungen viel professioneller kümmern.“

Christian Struber, Aufsichtsrat des Verbandes der Gemeinnützigen Wohnbauträger, über Vorteile Gemeinnütziger Wohnbauträger

Aufgaben in Gemeinden hat sich definitiv was bei den Wohnbauten verändert. Beispielsweise war damit der gemeinnützige Bauträger nicht mehr steuerbegünstigt. Bis 2012 ist der Bau eines Gemeindeamts, einer Schule meist mit einem gemeinnützigen Bauträger oder mit einer Leasinggesellschaft abgewickelt worden, weil man sich damit die Mehrwertsteuer erspart hat. Das war sicher ein einschneidender Schritt.“

Das heiße Eisen „Zweitwohnsitzer“. Vor allem die Gemeinden im Westen Österreichs kämpfen mit dem Ausverkauf von Grund und Boden. Immer öfter hört man Berichte, dass reiche EU-Bürger in Österreich relativ günstig Wohnraum erwerben. Wie alles im Leben gibt's auch hier zwei Seiten einer Medaille. Früher sind Zweitwohnungsburgen gebaut worden. Damit ist begonnen worden, Menschen in unsere Gegenden zu bringen, die hier nicht ihren Hauptwohnsitz haben. Das wird heute zwar architektonisch besser mit den Chalet-Dörfern fortgesetzt, im Kern ist es aber das gleiche.

„Aber auf diesem Weg sind auch Menschen gekommen, die in der Region tatsächlich investiert haben, indem sie ihre Firma nach Österreich verlegt haben, indem sie ihren Hauptwohnsitz hierher verlegt haben – es gibt also auch eine positive Seite“, sind sich Struber und Riedl einig. Dennoch hat in der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung der negative Aspekt so

durchgeschlagen, dass es künftig wohl keine solche Entwicklung mehr geben wird. Vielleicht auch, weil mittlerweile die negativen Aspekte überwiegen. Und allzu oft werden die Bürgermeister unter Druck gesetzt, Widmungen zu ändern oder Käufe zu verhindern. Beides ist aus vielerlei rechtlichen Gründen oft nicht möglich. Vorgänge wie diese heizen die Debatten um „leistbares Wohnen“ an, die Gemeinden sitzen hier aber meist zwischen allen Stühlen.

Strubers Wunschzettel für leistbares Wohnen:

„Wir brauchen mehr Geld für Ankaufsfonds, damit die Ortskerne nicht weiter ausgedünnt werden“, sagt Struber. „Außerdem müssen wir uns mit der Raumordnung beim Thema Bebauungsdichte besser arrangieren, denn nur so können wir den steigenden Grundstückspreisen entgegenwirken. Da werden die Gemeinden viel Fingerspitzengefühl brauchen. Und die Sanierungsfonds müssen aufgestockt werden, sonst wird viel gute alte Bausubstanz verschwinden“, sagt Struber, dessen Gemeinnützige um rund 30 Prozent günstiger anbietet als der freie Markt.

Vorschau. Ab der kommenden Ausgabe bringt KOMMUNAL ein Interviews und Berichte zum Thema „Wohnbau in Gemeinden“, in dem es unter anderem um den Friedenszins sowie um zeitgerechten Zins geht.

BAUKULTUR IN ÖSTERREICH

RAUM GESTALTEN FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT

Wachsamkeit, Klugheit und Ausdauer. Diese Eigenschaften zeichnen Menschen aus, die sich für hochwertige Architektur und gebaute Umwelt für alle einsetzen.

Baukultur ist ein relativ junges Politikfeld. Eine wesentliche Rolle spielt der seit 2008 im Bundeskanzleramt eingerichtete Beirat für Baukultur. Diesem gehören Vertreterinnen und Vertreter aller Bundesministerien, der Bundesimmobiliengesellschaft, des Bundesdenkmalamts, des Österreichischen Städtebundes, des Österreichischen Gemeindebundes und eine gewisse Anzahl an weiteren Expertinnen und Experten aus dem Bereich Baukultur an. Seit 2009 sind die Länder an den Beratungen beteiligt. Aufgabe des Beirats ist die Beratung der im Beirat vertretenen Dienststellen auf Bundesebene, etwa zu Fragen der Verbesserung rechtlicher und fiskalischer Rahmenbedingungen, Maßnahmen zur Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für Baukultur und der Weiterführung des Baukulturreports.

Baukultur kompakt. Zwei Strategiedokumente prägen die aktuelle zweite Funktionsperiode des Beirats: die 2017 vom Ministerrat beschlossenen Baukulturellen Leitlinien des Bundes und der 2018 dem Parlament vorgelegte Dritte Österreichische Baukulturreport. Neben dem Versand der Druckwerke an alle Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger auf allen Ebenen und der laufenden Durchführung von Präsentations- und Diskussionsveranstaltungen in allen Bundesländern sowohl in den Ämtern der Landesregierungen als auch in den Architekturbüros gibt es seit Kurzem einen Informationsfolder, um in aller Kürze zu erklären, was

„**Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Rolle der Kultur auf lokaler Ebene und auf von der Kultur ausgehende soziale Innovation gelegt werden.**“

Baukultur ist, wie Baukultur und Lebensqualität zusammenhängen und was jede und jeder von uns für die zukünftige Entwicklung der Baukultur tun kann. Besonders möchte sich dieser Folder an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bzw. kommunale Top-Entscheidungssträgerinnen und Entscheidungsträger wenden.

Mit dankenswerter Unterstützung des Österreichischen Gemeindebundes finden Sie daher den Folder als Sonderbeilage zu dieser Ausgabe von KOMMUNAL.

Wir kümmern uns! Wenn es um Zusammenhalt und Wohlbefinden geht, dann sind wir gefragt, über alle Bereiche wie Bildung, Sozialfürsorge, Gesundheitsversorgung, Wissenschaft, Technologie sowie Regional- und Stadtentwicklung sektorenübergreifend und partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. „Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Rolle der Kultur auf lokaler Ebene, auf die Qualität der Architektur und des Lebensumfeldes und auf von der Kultur ausgehende soziale Innovation gelegt werden.“

FOTO: © Kurt Hörbst // shutterstock/rostphoto



Volksschule Edlach, Dornbirn, Vorarlberg, 2016, Architektur: Dietrich | Untertrifaller Architekten, ausgezeichnet mit dem Staatspreis Architektur und Nachhaltigkeit 2017.

Dies unmittelbar erfahrbar zu machen, war das Ziel zweier Veranstaltungstage Mitte September 2019 in Trofaiach in der Steiermark zum Abschluss der auf ÖROK-Ebene erarbeiteten Fachempfehlungen zur Stärkung der Orts- und Stadtkerne. Die Umsetzung der Empfehlungen, eine Städtebauförderung mit Anknüpfung an Orts- und Stadtkerne rechtlich zu verankern und eine Anlaufstelle für die Stärkung von Orts- und Stadtkernen einzurichten, wird jedenfalls auf Basis eines Beirats-Beschlusses als Baukultur-Thema vom zuständigen Bundesministerium weiterverfolgt.

LINKS

- www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/kunst-und-kultur/baukultur.html
- www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/kunst-und-kultur/europa-und-internationales/kulturpolitik-in-der-eu/eu-arbeitsplan-fuer-Kultur-2019-2022.html
- www.oerok.gv.at/raumregion/oesterreichisches-raumentwicklungskonzept/oerek-2011/oerek-partnerschaften/aktuelle-partnerschaften/staerking-der-orts-und-stadtkerne.html
- www.nonconform.io/ortskernkonferenz/wku2019/
- www.nonconform.at/sites/default/files/2015_07_30_werkstattprotokoll_web.pdf



GEMEINDEKOMMUNIKATION IM LÄNDLE

ES BRAUCHT MUT ZU NEUEN LÖSUNGEN

Gemeinden wollen mit ihren Bürgerinnen und Bürgern in gutem Kontakt stehen. Überdies müssen sie einer gesetzlichen Informationspflicht nachkommen. Wie das gut funktionieren könnte, zeigt ein Vorarlberger Projekt über „Gemeindekommunikation im 21. Jahrhundert“.

TEXT // ROLAND ALTON-SCHIEDL / MARKUS GÖTSCH / MARC ROGENMOSER

Das in Österreich traditionelle Gemeindeblatt dient diesem Kontakt in Pflicht und Kür und erreicht zwar in vielen Gemeinden nach wie vor die meisten Haushalte, aber längst nicht mehr alle Ziel- und Altersgruppen. Internetportale, Bürgermeister/innenbriefe, so genannte Soziale Medien, regionale Magazine oder weiterhin auch das persönliche Gespräch sind ergänzende Kanäle. Je nach Gemeindegröße sind mehr oder weniger Ressourcen vorhanden, um diese auch entsprechend zu bespielen. Hinzu kommen schnell wechselnde Anforderungen an gute Onlinekommunikation, betriebswirtschaftliche Vorgaben im privaten Mediensektor und sich ändernde Nutzungsgewohnheiten vor allem in der jungen Zielgruppe, die Gemeinden vor große Herausforderungen stellen, mit ihren Bewohnern und Bewohnerinnen im Dialog zu bleiben.

Die beiden Vorarlberger Regionalplanungsgemeinschaften Vorderland-Feldkirch und Walgau haben sich entschieden, auf diese neuen Herausforderungen reagieren zu wollen. Sie setzten dazu gemeinsam mit der Fachhochschule Vorarlberg ein Projekt auf, um unter anderem zu untersuchen, welche Medienkanäle zeitgemäß und effizient für die Gemeindekommunikation einsetzbar sind und wie eine Qualitätssicherung der Inhalte mit vertretbarem Aufwand realisiert werden kann. In einer Recherchephase wurden die meisten Gemeinden besucht, deren eigene Medien analysiert und die jeweils für die Öffentlichkeitsarbeit Zuständigen interviewt.

Obwohl es sich bei den 27 Gemeinden der beiden Regios meist um Kleingemeinden mit nebenberuflichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und beschränkten Ressourcen handelt, wird der Kommunikation mit den Bürgern und Bürgerinnen viel Aufmerksamkeit geschenkt. Beide Regionen kommunizieren gedruckt sowohl gemeinsam als auch eigenständig. Genau analysiert wurden auch die Abläufe im Hintergrund: Derzeit verfassen die Fachabteilungen der Gemeinden wöchentlich einen Großteil der Berichte und schicken sie per E-Mail an die zuständigen Personen oder Abteilungen, die das Gemeindeblatt schließlich zusammenstellen. In der Region Vorderland übernimmt diese Aufgabe deren größte Gemeinde Rankweil, in der Region Walgau übernimmt diese Aufgabe die Redaktion des kommerziell vom Regionalzeitungsverlag herausgegebenen Walgaublattes. Zusätzlich geben die einzelnen Gemeinden monatlich oder auch nur halbjährlich eigene Druckwerke heraus. Für jeden weiteren Verbreitungskanal müssen die Inhalte derzeit noch aufwändig neu aufbereitet werden.

Auch von Bürgerseite ist das Bedürfnis nach Informationen aus der Gemeinde hoch. Eine der Motivationen des Konsums von Gemeindemedien scheint unter anderem zu sein, sich selbst, Bekannte oder ein Familienmitglied dann und wann in der Gemeindezeitung wiederzufinden. Das Gemeindeleben mit den dort lebenden Menschen abzubilden wurde eine tragende Säule für die weitere Gestaltung.



Die beiden Vorarlberger Gemeinschaften Vorderland-Feldkirch und Walgau setzten ein Projekt auf, um unter anderem zu untersuchen, **welche Medienkanäle zeitgemäß und effizient für die Gemeindekommunikation einsetzbar sind.**



FOTO/shutterstock.com/FH Designforschung Vorarlberg



Schnell wechselnde Anforderungen an gute Onlinekommunikation, betriebswirtschaftliche Vorgaben im privaten Mediensektor und sich ändernde Nutzungsgewohnheiten vor allem in der jungen Zielgruppe stellen Gemeinden, die mit ihren Bewohnern und Bewohnerinnen im Dialog bleiben wollen, vor große Herausforderungen.

Eine der Motivationen des Konsums von Gemeindemedien scheint unter anderem zu sein, sich selbst, Bekannte oder ein Familienmitglied dann und wann in der Gemeindezeitung wiederzufinden.

Der Analyse der Medien und der dahinter liegenden Produktionsprozesse folgte eine Phase der Konzeption von Prototypen für die Region Vorderland bzw. von Schulungen zur Bildung von Redaktionsteams mit Bürgern und Bürgerinnen im Walgau. In der Umsetzungsphase werden sodann konkrete Varianten für den Um- und Ausbau von Medienkanälen erprobt.

Das traditionelle Gemeindeblatt wurde in den beiden untersuchten Regionen bereits ergänzt:

Es gibt jeweils einen gemeinsamen Webauftritt und jeweils ein gemeinsames Printprodukt der Region Vorderland-Feldkirch beziehungsweise Walgau. Auf Vorderland.com kommt online ein Content Management System zum Einsatz, das es auch zulässt, einzelne Artikel auf Homepages einzelner Gemeinden auszuspielen. Mit Im-Walgau.at hat die Region einen eigenen Webauftritt, jedoch ohne tagesaktuelle Berichte. Die nur sporadisch verschränkten Kommunikationskanäle Webseite und Printprodukt haben wir als „Gemeindeblatt 2.0“ bezeichnet. Wir gingen einen Schritt weiter und versuchten eine weitere Verzahnung bestehender und die Einbindung weiterer Kanäle als „Gemeindeblatt 3.0“: effizient, zukunftsfähig und für alle relevanten Zielgruppen tauglich.

In der Region Vorderland sollte das Gemeindeblatt ein neues Erscheinungsbild erhalten. In einem agilen Prozess mit den Kommunikationsverantwortlichen und an der Produktion beteiligten Personen wurde die inhaltliche Struktur

umgebaut, die Lesbarkeit verbessert und die Navigation im Blatt vereinfacht. Der Aufbau ist magazinartig und startet mit einem Leitartikel und Berichten aus diversen Lebensbereichen, gefolgt von einem Gastkommentar. In der Mitte lassen sich ein Veranstaltungskalender und ein Rezept- oder Wandertipp heraustrennen. Danach folgen Ankündigungen durch Vereine und Glaubensgemeinschaften, ein Amtlicher Teil, Spenderlisten, Kleinanzeigen und Inserate. Letztere haben in beiden Regionen einen hohen Stellenwert, dabei deren Einschaltungen die Druckkosten wesentlich mitgetragen werden. Nach einigen Experimenten mit Symbolen haben wir uns für eine Navigation im Blatt mit Hashtags entschieden, auch bei der Schriftwahl konnten wir Platz gewinnen und gleichzeitig die Lesefreundlichkeit erhöhen. Mit etwas mehr Weißraum auf einzelnen Seiten und achtsamer Papierwahl gelang eine werthaltige Anmutung.

In der Region Walgau eröffnete sich leider kein Spielraum für eine Neuausrichtung des Walgaublattes mit dem herausgebenden Regionalzeitungsverlag, dem wir einen Gestaltungsvorschlag unterbreiteten. Wir konzentrierten uns daher dort auf Maßnahmen, um qualitätsvolle Inhalte mit Bürgern und Bürgerinnen für Online-Medien zu generieren. In der Gemeinde Frastanz suchten und fanden wir eine Handvoll Personen, die gerne schreiben und fotografieren. Diese erhielten in mehreren Workshops eine Weiterbildung zur Textgestaltung, Fototechniken und Videoproduktion mit dem Smartphone. So entstanden attraktive Berichte über das Gemeindegeschehen, die über Homepages und Soziale Medien geteilt worden sind. Um nun auch Inhalte, die tagtäglich von Menschen in der Region gepostet werden, auch sichtbar zu machen, etablierten wir eine Hashtagkultur für die Gemeindekommunikation.

Quasi als Bewusstseinskampagne wurden in einzelnen Gemeinden mit Schablonen und Kreidespray die entsprechenden Hashtags auf den Gehsteigen angebracht. In begleitenden Artikeln empfahlen wir, den Namen der Region sowie der Gemeinde jeweils bei einem Posting in sozialen Medien per Hashtag mit anzugeben. Begleitend dazu fand in der Region Vorderland auch ein Workshop mit 50 Vertreterinnen und Vertretern aus ortsansässigen Vereinen statt. Auch hier wurde auf die Verwendung von Hashtags in Postings hingewiesen.

Über eine Social Media Wall sammelten wir



» Durch Schulungen und Workshops zur **Weiterbildung in Sachen Textgestaltung, Fototechniken und Videoproduktion mit dem Smartphone** entstanden attraktive Berichte über das Gemeindegeschehen.“

entsprechend gekennzeichnete Posts wieder ein und machten diese auf den Homepages der Regionen und einiger Gemeinden sichtbar. Wir waren von der hohen Qualität der Beiträge positiv überrascht. Der Moderationsaufwand beschränkt sich auf wenige Minuten pro Tag, um Highlights über Aktivitäten in den Gemeinden hervorzuheben und kommerzielle Postings auszublenden.

Die Projektergebnisse sind auf einer Webseite dokumentiert, wobei sich einige Überlegungen und Empfehlungen auch auf andere Regionen und Gemeinden übertragen lassen. Letztlich braucht es aber immer einen Prozess, um Vertrauen für eine Weiterentwicklung der Kommunikationsstrategie zunächst aufzubauen und Mut zu neuen Lösungen ausprobieren zu können. ☺

📄 **Link zur Projektseite mit Tutorials:**
<http://gemeindekommunikation.labs.fhv.at/>

DIE AUTOREN



DI DR. ROLAND ALTON-SCHIEDL (MITTE)

LEITET DIE DESIGNFORSCHUNG AN DER FH VORARLBERG UND LEHRT DORT U. A. ONLINE-KAMPAGNEN, ÖKONOMIE & DESIGN UND MEDIENETHIK.

MAG.(FH) MARKUS GÖTSCH, MA (RECHTS)

IST WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER IN DER DESIGNFORSCHUNG AN DER FH VORARLBERG. ER ENGAGIERT SICH FÜR MEDIALE UND MEDIATIVE BETEILIGUNGSPROZESSE IN ORGANISATIONEN UND KOMMUNEN.

MARC ROGEMOSER, MA

STUDIERT AN DER FH VORARLBERG UND ARBEITET ALS WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER IN DER DESIGNFORSCHUNG

FOTO/shutterstock.com

KOMMENTAR

EUROPEAN WAY OF LIFE UND GREEN DEAL?

Nicht einmal zwei Wochen nach Amtsantritt der neuen Kommission präsentierte Präsidentin von der Leyen ein Herzstück ihrer Leitlinien: Den „Grünen Deal“.



Europa muss bis 2050 klimaneutral werden und ein weltweiter Vorreiter im Klimaschutz sein. Es soll mit dem **Green Deal** gelingen, was bei der Digitalisierung verschlafen wurde. Die EU-Kommission will alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente einsetzen, um diese Zielvorgabe Wirklichkeit werden zu lassen. Die am 11. Dezember veröffentlichte Mitteilung spannt einen dementsprechend weiten Bogen über eine Vielzahl von Politikfeldern, versucht jedoch auch noch einen weiteren Spagat: nämlich, diesen absoluten Paradigmenwechsel der Wirtschaftspolitik – und darauf muss es hinauslaufen, wenn der Deal gelingen soll – mit der Sicherung des europäischen Lebensstils zu verbinden. Sprich, der Umbau zur grünen Wirtschaft soll sozial verträglich sein sowie „die Nachhaltigkeit und Wohlfahrt der Menschen ins Zentrum“ rücken – und einem zweiten Schlagwort aus von der Leyens Leitlinien dienen, dem europäischen Lebensstil oder European Way of Life.

Die lokale Ebene findet an mehreren Stellen Erwähnung und ist von vielen Vorschlägen direkt betroffen. Vor allem der moralischen Unterstützung von lokalen Behörden, Bürgern und Zivilgesellschaft wird große Bedeutung zukommen, denn auch Lebens- und Konsumgewohnheiten müssen sich ändern, bestimmte Verhaltensweisen teurer, andere günstiger werden. Luftreinhaltung, Nahverkehrspolitik, Gebäudesanierung (z. B. Schulgebäude und Sozialwohnungen), grüne Vergabe, Abfall- und Ressourcenmanagement, Biodiversitätsschutz etc. sind bereits jetzt kommunale Aufgaben, deren Bedeutung in den nächsten Jahren zunehmen wird. Sprich: Die EU-Kommission wird neue Vorschläge präsentieren.

Ob die Zeit für ein umfassendes Klimagesetz reif ist, wird sich zeigen. Der Europäische Rat begrüßte zwar den Grünen Deal, gestand aber gleichzeitig Polen, das mit Maximalforderungen in die Verhandlungen gegangen war, eine Ausnahme vom Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu. Und nicht nur der österreichische Entwurf des Nationalen Energie- und Klimaplanes ist zu vage, auch andere Mitgliedstaaten waren wenig ambitioniert und müssen nachbessern.

Die nächste Hürde bildet dann der mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027, der rasch verabschiedet werden muss. Ob die den EU-Haushalt betreffenden Vorschläge des Grünen Deals mehrheitlich unterstützt werden, bleibt abzuwarten. Bei Haushaltsverhandlungen ist Beharrungsvermögen meist erfolgreicher als Umbruch und Innovation.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Mitteilung viele bekannte Probleme und Herausforderungen beim Namen nennt und Lösungen vorschlägt. Die Richtung stimmt, wird aber nicht einfach zu halten sein, gerade weil der Green Deal viel mit dem „European Way of Life“ zu tun hat. Neue Regularien für Unternehmen und Industrie, die gleichzeitige Berücksichtigung der europäischen Säule der sozialen Rechte, eine klimafreundliche Steuerpolitik und der potenzielle Konflikt mit großen Handelspartnern erfordern Mut. Der Green Deal wird ein Lehrbeispiel für Lobbying und politische Einflussnahme werden, das steht jetzt schon fest. ☺

MAG. DANIELA FRAISS

ist Leiterin des Bressler Büros des Österreichischen Gemeindebundes

DER LINK ZUM
„GRÜNEN DEAL“

https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de



Feedback, Anmerkungen
oder Kommentar bitte an
leserbriefe@kommunal.at

EUROPAS GEMEINDEN UND REGIONEN

DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION

Gleich mehrere Gründe haben KOMMUNAL Anfang Dezember 2019 nach Brüssel geführt. Zum einen standen auf der Agenda der 137. AdR-Plenartagung (Ausschuss der Regionen) gleich einige Stellungnahmen, die gerade kleine und mittlere Gemeinden betreffen. Und zum zweiten feierte der AdR sein 25-jähriges Bestehen.

TEXT // HANS BRAUN

Eines wird mir immer unverständlich bleiben. Noch bei jedem Besuch im AdR war bei den Debatten der Mandatäre – es sind dies ja die lokalen und regionalen Vertreter – fast greifbar, mit welcher Energie und mit welchem Enthusiasmus sie sich für diese Ebene der EU einbringen. Die Stellungnahmen und Analysen, die der AdR erstellt, diskutiert und dann verabschiedet, werden anschließend den Organen der EU übermittelt. Diesen Organen wird dadurch ein Blick auf die Sicht der lokalen Mandatsträger ermöglicht. Jene Leute also, die den direkten Draht zu den Menschen haben – das ist eine Tatsache, die quer durch alle politischen Ebenen Europas anerkannt und bestätigt wird. Man sollte meinen, dass dieser „direkte Draht“ noch viel mehr Gehör in der Union und in den Staaten findet, weil er in den allermeisten Fällen die Standpunkte der Menschen Europas wiedergibt. Und dennoch bleibt das Gefühl, dass die Vorschläge der kommunalen Mandatäre auf dem weiteren Weg durch die Bürokratie Europas (und die braucht es auch, denn ohne kann man keinen Kontinent mit rund 500 Millionen Menschen verwalten) dann verwässert und verschleppt werden. Sei es durch kurzfristige national-politische Widerstände oder die Einflussnahmen der vielen Lobbys, die ausschließlich von Profitdenken geleitet werden – es bleibt zu vieles auf dem Weg liegen und geht verloren.

Wie dem auch sei, erfreulich ist, dass die Mandatarinnen und Mandatäre des AdR in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, wie die folgenden zwei Beispiele zeigen sollen.

Die Herausforderungen für Metropolregionen und ihre Position in der künftigen Kohäsionspolitik nach 2020. Was auf den ersten Blick ein Stadt-Thema ist, hat massive Auswirkungen auf die eine Stadt umgebende Gemeinden. Die zunehmende Verstädterung ist nicht nur ein österreichisches, sondern auch ein globales Phänomen. Sie bietet zwar Chancen, zwingt aber auch dazu, sich neuen Herausforderungen zu stellen, die durch die Zusammenarbeit der Einrichtungen und Akteure in den Metropolregionen bewältigt werden müssen.

Berichterstatter Juraj Droba, Vorsitzender des Bezirks Bratislava, meinte, dass „die EU für die Probleme der Metropolregionen sensibilisiert werden muss“. Die zunehmende Verstädterung bereitet diesen Regionen Schwierigkeiten. „Ich denke an die wachsende Nachfrage nach guten öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen, den knappen Wohnraum, die Umweltprobleme und die soziale Marginalisierung. Und bei all dem sind die Haushaltsmittel knapp“, führte der Slowake aus. Dennoch hätten diese Regionen ein großes Potenzial. Wohltdosierte Unterstützung könnte eine Entwicklung nicht nur in den Metropolregionen in Gang setzen, sondern auch zu einer gerechten Verteilung des Nutzens für die entlegenen Regionen und zu engeren »



Christian Illedits, Präsident des burgenländischen Landtags, Peter Kaiser, Landeshauptmann von Kärnten, und Sonja Ledl-Rossmann, Präsidentin des Tiroler Landtags, sind drei der österreichischen Vertreter im AdR. Für den Gemeindebund sitzen Bürgermeister Hans-Peter Wagner aus Tirol, Hannes Weninger aus Niederösterreich und Carmen Kiefer aus Salzburg in dem Gremium.



Volles Haus im EU-Parlament in Brüssel. Trotz der Feierlichkeiten wurde ein sehr ambitioniertes Programm durchgezogen.

JAHRE ADR

1992 Im Vertrag von Maastricht wurde die Gründung eines Ausschusses der Regionen als beratende Einrichtung beschlossen

1994 Die erste Plenartagung des AdR findet in Brüssel statt

1995 Mit den Beitritten Österreichs, Finnlands und Schwedens steigt die Mitgliederzahl des AdR auf 222

2001 Im Vertrag von Nizza wird die Obergrenze der Mitgliederzahl auf 350 festgelegt

2002 Der Konvent zur Zukunft Europas formuliert eine EU-Verfassung, in dem die Rolle und die Befugnisse der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften anerkannt wird

2007 Im Vertrag von Lissabon wird dem AdR ein Klagerecht vor dem EuGH eingeräumt

QUELLE/cor.europa.eu / Wikipedia



AdR-Präsident Karl-Heinz Lambertz (Ire) begrüßt EU-Parlamentspräsident David Maria Sassoli.



Der burgenländische Landtagspräsident Christian Illedits stellte sich mit einem Geschenk für Lambertz ein.

25 JAHRE ADR

In einer Feierstunde beging der AdR seinen 25. Geburtstag. Präsident Karl-Heinz Lambertz begrüßte zahlreiche Mitstreiter früherer Tage sowie Vertreter aller europäischen Institutionen.

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) ist die Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der Europäischen Union, die den subnationalen Gebietskörperschaften – Regionen, Bezirken, Provinzen, Städten und Gemeinden – im institutionellen Gefüge der EU unmittelbar Gehör verschafft. Durch ihn soll gewährleistet werden, dass diese ihren Standpunkt zur Politik der EU einbringen können und regionale und lokale Identitäten und Vorrechte respektiert werden. Im April 2009 hat der Ausschuss seine Rolle im politischen System der Europäischen Union in einer Grundsatzklärung dargestellt.

Der AdR wurde 1994 aus zwei Erwägungen heraus errichtet: Erstens werden etwa drei Viertel der EU-Rechtsvorschriften auf lokaler oder regionaler Ebene umgesetzt, sodass es durchaus sinnvoll ist, wenn Vertreter der lokalen und regionalen Ebene bei der Entwicklung neuer EU-Gesetze ein Mitspracherecht haben. Zweitens sorgte man sich darum, dass sich zwischen der Öffentlichkeit und dem Prozess der europäischen Integration eine zunehmende Kluft auftun könnte; die Einbeziehung der gewählten Vertreter derjenigen Regierungs- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, war eine Möglichkeit, diese Kluft zu überwinden.

Auf cor.europa.eu/de finden Sie ein kurzes Imagevideo über die 25 Jahre AdR.



Banden zwischen Stadt und Land führen, was ein spürbarer Beitrag zur Überwindung regionaler Unterschiede wäre.

Makroregionale Strategie für die Karpaten.

Von den Metropolregionen zu den kleinen und dezentral liegenden Gemeinden Europas. Dabei geht es weniger um die Umsetzung besserer Bedingungen für die Menschen, sondern schlicht um die Erhaltung des Naturreichtums und des multikulturellen Erbes Europas.

Falls Sie sich fragen, was die Karpaten mit Österreich zu tun haben: Die Ausläufer beginnen im Weinviertel und ziehen sich als mehr als 1300 Kilometer langer Bogen über die Slowakei, Ungarn, Südpolen, Rumänien und enden in Serbien und sind damit nach den Alpen das bestimmende Gebirgssystem in Europa. Gerade hier ist jede Menge kleiner Gemeinden zu finden, deren durchschnittliches BIP 50 Prozent des EU-Durchschnitts beträgt. Sie kämpfen noch mehr als andere mit den Problemen Abwanderung und fehlender Infrastruktur. Darum ist der Inhalt der Stellungnahme Władysław Ortyl's, Marschall der Woiwodschaft Podkarpackie (polnisches Karpatenvorland), bedeutend für kleine und mittlere Gemeinden. „Sowohl in den bereits bestehenden makroregionalen Strategien als auch im Zuge der Konzipierung neuer kommt den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine Schlüsselrolle bei der Förderung von Demokratie, Dezentralisierung sowie lokaler und regionaler Selbstverwaltung zu.“ Die Strategien würden zu einem Bottom-up-Instrument für die territoriale Zusammenarbeit führen und beruhen auf dem Engagement regionaler und lokaler Akteure sowie der Zivilgesellschaft. Für Regionen, deren Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt sind, weil sie sich im Verhältnis zu den Zentren der Entwicklung in Europa in einer Randlage befinden oder „aufgrund ihres Reliefs und der historisch bedingten Barrieren in Form von Grenzen verkehrs- und kommunikationstechnisch nur schwach angebunden sind, ist die Multi-Level-Governance noch wichtiger“, so Ortyl.

„Im Übrigen ist die Initiative für die erfolgreiche Alpenstrategie seinerzeit ebenfalls vom Europäischen Ausschuss der Regionen ausgegangen“, betonte der Berichterstatter.

Der „Green Deal“ – Industrie, Energie, Verkehr, Heizen und Landwirtschaft müssen umgekrempelt werden. Einen großen Auftritt hatte Frans Timmermans, Vizepräsident der Europäischen Kommission. Mit dem „Green Deal für ein klimaneutrales Europa“ würden auf die Menschen jede Menge Veränderungen zurollen. Ziel sei, dass Europa keine neuen Treibhausgase mehr in die Atmosphäre entlässt – sie also entweder vermeidet oder in Wäldern speichert. Aber dazu, so Timmermans, müssten nicht nur Produktion und Energieversorgung komplett umgebaut werden, sondern sich auch in den Bereichen Verkehr, Heizen und Kühlen oder auch bei der Landwirtschaft die Dinge massiv ändern. Timmermans meinte, dass entscheidend sein wird, die Menschen mitzunehmen. Viele könnten sich 15.000 oder 20.000 Euro für bessere Isolierung oder eine neue, umweltfreundliche Heizung einfach nicht leisten. „Wir müssen das für diese Menschen organisieren“, so Timmermans, der vorschlug, dass ein Vertragspartner den Umbau übernehmen könnten, den der Hausbesitzer dann über einige Jahre abzahlen könnte.

Auch das geplante „massive Programm zur Wiederaufforstung“ müsse genauer formuliert werden. Darin gehe es nicht nur um die Wälder, die bereits heute unter dem Klimawandel leiden, sondern auch um Grünflächen im innerstädtischen Bereich, die auf natürliche Weise für etwas mehr Kühlung sorgen könnten. Timmermans formulierte auch Ziele des „Green Deal“: Bis 2030 sollen die europäischen Treibhausgase „in verantwortlicher Weise“ um bis zu 55 Prozent unter den Wert von 1990 gesenkt werden. Wie das gehen soll, will die EU-Kommission bis Oktober 2020 in einem umfassenden Plan aufzeigen. Und bereits im März 2020 soll eine neue Industriestrategie und ein neuer „Aktionsplan“ für die Kreislaufwirtschaft vorliegen. Die Initiative für die von Timmermans angesprochene „Renovierungswelle“ soll in der ersten Hälfte 2021 folgen. Timmermans rechnet damit, dass „wenn wir die Gesetze binnen fünf Jahren fertig bekommen, wir noch 25 Jahre für die Umsetzung“ haben.

☞ **Mehr Infos auf den Seiten des AdR unter cor.europa.eu/de**



„Die zunehmende **Verstädterung bereitet allen Regionen Schwierigkeiten.**“

Juraj Droba, Vorsitzender des Bezirks Bratislava



„Den lokalen und regionalen **Gebietskörperschaften kommt eine Schlüsselrolle bei der Förderung von Demokratie, Dezentralisierung sowie lokaler und regionaler Selbstverwaltung zu.**“

Władysław Ortyl, Marschall der Woiwodschaft Podkarpackie

ALLE Fotos // © European Union / John Thys / Philippe Buisin

FOTO // © Gemeindebund

KOMMUNALE BEZIEHUNGEN ÖSTERREICH – KROATIEN

HERZENSANGELEGENHEIT SCHRIFTLICH FIXIERT

Die kroatischen Gemeindevertreter bauen auf die kommunalen Erfahrungen der österreichischen Gemeinden. Eine enge Kooperationsvereinbarung soll die Zusammenarbeit unterstreichen.

Der Austausch mit europäischen Gemeindeverbänden ist für den Gemeindebund eine Kernaufgabe. Dabei geht es vor allem darum, von anderen zu lernen und den Blick über den eigenen Tellerrand zu werfen. Zweimal jährlich besuchen Vorstandsmitglieder des Gemeindebundes die jeweiligen EU-Ratsvorsitzländer, um mehr über die Unterschiede in den kommunalen Verwaltungen zu erfahren. Zwischen dem kroatischen Gemeindeverband rund um den Präsidenten Martin Baricevic und dem Chef des Österreichischen Gemeindebundes, Alfred Riedl, entstand in den letzten Monaten ein reger Austausch.

Ende November wurde im Zuge eines Treffens in Wien ein Kooperationsvertrag zwischen den beiden Gemeindebünden unterzeichnet. „Die kroatischen Kolleginnen und Kollegen sind wissbegierig, was unser System der kommunalen Selbstverwaltung betrifft, das übrigens in dieser Form einzigartig in ganz Europa ist. Sie wollen uns als enge Partner, weil sie mehr über Verwaltung, Abfallwirtschaft, Trinkwasserversorgung, Pflege und generell alle Bereiche der Daseinsvorsorge erfahren wollen“, erläutert Riedl den Grund der Vereinbarung.

Im Anschluss an die Vertragsunterzeichnung lud er die Delegation in seine Heimatgemeinde Grafenwörth ein, um ihnen bei der Besichtigung des lokalen Recycling-Hofes und der Pflegeeinrichtung mehr Einblick in die lokalen Prozesse und Strukturen zu geben.

Martin Baricevic, Präsident des kroatischen Gemeindeverbandes, zeigte sich überaus dankbar für die österreichisch-kroatische Partner-



Die Präsidenten Alfred Riedl und Martin Baricevic unterzeichnen den österreichisch-kroatischen Kooperationsvertrag für eine länderübergreifende Zusammenarbeit.

„Was uns fehlt, ist die **Stärkung der kleinen, dezentralen Einheiten.**“

Martin Baricevic, Präsident des kroatischen Gemeindeverbandes

schaft: „Wir haben in Kroatien 426 Gemeinden, 124 Städte und 20 Regionen und leider sehr zentralistische Strukturen mit wenig Gestaltungsfreiräumen für die Kommunen. Was uns fehlt – und da setzen wir auf die Unterstützung und Erfahrung unserer österreichischen Freunde – ist die Stärkung der kleinen, dezentralen Einheiten.“

☞ **Mehr auf gemeindebund.gv.at**

JUNGE EUROPÄER/INNEN IN DER GEMEINDE BESCHÄFTIGEN

EU-FÖRDERUNGEN UNTERSTÜTZEN

Die Gemeinde und ihre sozialen Einrichtungen mit EU-Förderungen stärken – das ermöglicht das EU-Jugendförderprogramm „Europäisches Solidaritätskorps“ (ESK).

Das Förderprogramm bietet zum Beispiel Gemeinden und lokal tätigen Organisationen die Möglichkeit, motivierte junge Europäer*innen zwischen 18 und 30 Jahren zu beschäftigen und dafür Förderung zu erhalten. Das Programm will junge Menschen dabei unterstützen, Solidarität zu zeigen und sich in Europa zu engagieren. Dafür gibt es in Österreich ein jährliches Budget von rund 2,5 Millionen Euro.

Ein Sammelantrag für verschiedene Einrichtungen. Für Gemeinden ist die Förderschiene „Jobs und Praktika“ besonders interessant. Dabei können diese einen Antrag stellen, in den verschiedene Einrichtungen einbezogen sind. „So werden Gemeinden zur Drehscheibe und unterstützen sie soziale Organisationen in ihrer Gegend. Gleichzeitig werten sie die Region auf und fördern europäischen Austausch“, erklärt Melanie Jacobs, stellvertretende Direktorin der Österreichischen Nationalagentur für die EU-Jugendprogramme. Zunächst beantragt eine Gemeinde ein Qualitätssiegel bei der Nationalagentur. Dann hat sie zu drei Terminen im Jahr – im Februar, April und Oktober – die Chance, solche Sammelanträge einzureichen.

Mehrwert für Organisationen in der Region. Soziale Einrichtungen und Unternehmen in

» So werden Gemeinden zur Drehscheibe und unterstützen soziale Organisationen in ihrer Gegend.“

der Gemeinde profitieren: „Ich würde es auch anderen Unternehmen empfehlen, jemanden über die Schiene ‚Jobs und Praktika‘ zu beschäftigen“, sagt Kathrin Traumüller, die 2019 ein derartiges Projekt für das Europäische Jugendforum Neumarkt koordiniert hat. „Ein Vorteil ist sicher, dass das Projekt gefördert ist. Man kriegt zum Beispiel Umzugskosten erstattet.“ Über eine Online-Plattform können Organisationen im Vorfeld gezielt junge Menschen finden, die ihren Kriterien entsprechen.

Auch kostenlose Weiterbildungen stehen ihnen durch das ESK offen. „Voraussetzung ist, dass die angebotene Stelle etwas mit Solidarität zu tun hat“, erklärt Jacobs. „Deswegen ist die Förderung besonders geeignet für soziale Einrichtungen, Jugendzentren, Umweltorganisationen oder die Gemeinde selbst.“

Noch mehr EU-Förderungen für Gemeinden. Gemeinden können die EU-Jugendförderungen noch auf andere Art nutzen: Das ESK fördert auch Freiwilligeneinsätze und sogenannte „Solidaritätsprojekte“, Initiativen junger Menschen auf lokaler Ebene. Das Partnerprogramm „Erasmus+ Jugend in Aktion“ stellt rund 3,5 Millionen Euro pro Jahr in Österreich zur Verfügung und unterstützt damit Jugendaustausch, politische Beteiligung von jungen Menschen und Weiterbildung von Fachkräften der Jugendarbeit. So



FOTOS // shutterstock.com/IZ Vielfalt, Dialog, Bildung



Ena D. aus Slowenien hält im Rahmen ihres durch das Europäische Solidaritätskorps geförderten Jobs einen Workshop über Vorurteile bei einer Jugendveranstaltung des Vereins „Europäisches Jugendforum Neumarkt“.

können Gemeinden zum Beispiel Austausch mit Partnergemeinden fördern oder Angebote für Jugendliche in ihrer Gemeinde schaffen.

📄 **Mehr Infos zu Jobs & Praktika und Kontakt zu den regionalen Beratungsstellen unter www.solidaritaetskorps.at/jp**
 📄 **Allgemeine Infos zu den EU-Jugendförderungen auf www.iz.or.at/nationalagentur**



Europäische Jugendförderprogramme

Die Europäische Kommission hat in jedem EU-Land eine Nationalagentur eingesetzt, die die beiden EU-Jugendförderprogramme im entsprechenden Land umsetzen soll. In Österreich ist das der Verein „IZ – Vielfalt, Dialog, Bildung“. Es gibt derzeit zwei EU-Jugendförderprogramme: „Erasmus+ Jugend in Aktion“ und „Europäisches Solidaritätskorps“.

Erasmus+ Jugend in Aktion fördert folgende Aktivitäten:

- **Mobilität für Einzelpersonen** (Key Action 1): Sowohl Weiterbildungsmaßnahmen für Fachkräfte der Jugendarbeit als auch Jugendaustauschprojekte, die sogenannten „Jugendbegegnungen“.
- **Zusammenarbeit** (Key Action 2): Projekte zur Innovation und zum Austausch bewährter Verfahren in der Jugendarbeit werden gefördert – sogenannte Strategische Partnerschaften und der Sonderfall der Transnationalen Jugendinitiativen.
- **Beteiligung** (Key Action 3): Projekte werden unterstützt, die die Teilnahme von jungen Menschen am politischen Leben fördern – der sogenannte EU-Jugenddialog.

Das **Europäische Solidaritätskorps (ESK)** fördert folgende Aktivitäten:

- **Freiwilligeneinsätze** für Einzelpersonen und Teams
- **Jobs & Praktika mit Solidaritätsbezug**
- **Solidaritätsprojekte**, bei denen junge Menschen eigenständig Ideen auf lokaler Ebene umsetzen

Mehr Infos und Kontakt

IZ – Vielfalt, Dialog, Bildung
 Österreichische Nationalagentur
 für die EU-Jugendförderprogramme
 E: office@iz.or.at
 T: 01 / 586 75 44

BUKO: NOTARINNEN UND NOTARE

ZUVERLÄSSIGE RECHTSBERATER AN DER SEITE DER GEMEINDEN

Notarinnen und Notare sind Ansprechpartner in den Bereichen Gesellschafts-, Familien-, Erb- und Liegenschaftsrecht. In Österreich sind 521 Notarinnen und Notare sowie 584 Notariatskandidatinnen und -kandidaten mit ihren 2500 MitarbeiterInnen tätig.

Die Vorsorge für das eigene Leben oder das eigene Unternehmen und auch für ihre Nachkommen stellt die Menschen angesichts der vielen zu regelnden Bereiche und der Möglichkeiten vor viele Fragen. Hier braucht es einen rechtskundigen Partner, dem die Menschen vertrauen: den Notar. Die Notarinnen und Notare in Österreich verstehen sich als unparteiische Berater, als Helfer und Gestalter. Denn die Beratung durch den Notar schafft Sicherheit im Dschungel der Chancen.

Dafür hören die Notarinnen und Notare zu. Ganz genau. Denn sie wollen in einer immer anonymen und komplizierter werdenden Zeit wissen, wie die Menschen in Österreich wirklich leben. Was sie im Alltag konkret beschäftigt, was ihnen Sorgen macht und welche Anliegen sie haben. Sie schauen sich auch die Märkte und speziellen Herausforderungen der Business-Klientinnen und -Klienten genau an, beschäftigen sich mit neuen Geschäftsmodellen, sind am Puls

„Der Anspruch der Notarinnen und Notare ist es, die Anliegen der Klientinnen und Klienten ‚mitzuleben‘. Erst so können sie **die individuellen Bedürfnisse und Erwartungen der Klientinnen und Klienten herausarbeiten.**“

der Zeit, was Innovationen und internationale Entwicklungen im Zuge der Digitalisierung betrifft. Denn ihr Anspruch ist es, die Anliegen der Klientinnen und Klienten „mitzuleben“. Erst so können die Notarinnen und Notare in Kombination mit der langjährigen Erfahrung und topaktuellen Rechtsexpertise die ganz individuellen Bedürfnisse und Erwartungen der Klientinnen und Klienten herausarbeiten, auf spezielle Herausforderungen und Themenstellungen eingehen und maßgeschneiderte Lösungen vorschlagen, die gemeinsam umgesetzt werden.

Wir erleben eine Zeitenwende, in der die Technik unser Leben vereinfacht und beschleunigt. Das ist ein Segen und eine Herausforderung zugleich. Die Notarinnen und Notare in Österreich stellen sich dieser Herausforderung schon lange Zeit.

Sie verstehen sich als Entwickler, Nutzer und Förderer von technischen Neuerungen im Rechtsleben genau dort, wo es Sinn für die Menschen macht und wo die Rechtssicherheit auch

weiterhin in einem Maß gewährleistet sein muss, wie wir das in Österreich gewohnt sind. Vor dem Hintergrund all dieser technischen Entwicklungen steigt bei den Menschen neben dem Wunsch nach der Vereinfachung auch der Wunsch nach Sicherheit und Stabilität.

Sie wollen einfach die Sicherheit haben, ihr Leben in ihrem Sinne planen und entsprechend vorsorgen zu können.

Digitale GmbH-Gründung mit dem Notar. Die Schaffung der rechtlichen Möglichkeit der digitalen GmbH-Gründung ist ein Meilenstein im Bestreben der österreichischen Notarinnen und Notare, den Klienten Rechtsdienstleistungen am Stand der Technik anzubieten. Die Digitalisierung ist dabei ein Instrument, das gemeinsam mit dem Know-how und der unparteiischen Beratung eine Verbesserung für die Gründer bedeutet. Die sichere Form des Notariatsaktes bleibt dabei erhalten. Seit Oktober 2019 ist die digitale GmbH-Gründung mit dem Notar und der Notarin möglich.

FOTOS // GÖZIN/ Dr. Michael Umfahrer



Die Notare verstehen sich als Entwickler, Nutzer und Förderer von technischen Neuerungen im Rechtsleben genau dort, wo es Sinn für die Menschen macht.

KOMMENTAR

MICHAEL UMFÄHRER ÜBER
DAS NOTARIAT VON HEUTE

Das Notariat wächst mit den Herausforderungen der Menschen mit

Es liegt in der DNA und langjährigen Tradition des Notariats, mit den Herausforderungen der Klientinnen und Klienten „mitzuwachsen“, Entwicklungen für sie zu antizipieren und zukunftsorientierte Lösungsansätze zu konzipieren. Wir sind uns unserer Verantwortung als kompetente Rechtsdienstleister und unparteiische Berater sowie des in uns gesetzten Vertrauens als öffentliche Amtsträger bewusst.

Daher verstehen wir uns gerade in einer Zeit der Veränderung als wesentliche Konstante. Um den Klientinnen und Klienten das zu geben, was sie wirklich brauchen: eine zukunftsichere und tragfähige Rechtsvorsorge, die beruhigt. Für uns ist es heute mehr denn je der Anspruch, den Menschen und Unternehmen dieses Landes in existenziellen Bereichen Sicherheit zu geben.

Sie bei einer zeitgemäßen und vorausschauenden Rechtsvorsorge zu unterstützen. Gemeinsam mit ihnen individuelle Lösungen zu finden und umzusetzen. Sie dabei zu unterstützen, die Kontrolle über ihr Leben zu behalten und ihr wirtschaftliches Fortkommen auf eine solide rechtliche Basis zu stellen.

Dr. Michael Umfahrer ist Präsident der Österreichischen Notariatskammer

KONTAKT

Österreichische Notariatskammer
Landesgerichtsstraße 20
1010 Wien
Telefon: +43-1-402 45 090
Mail: kammer@notar.or.at
Web: notar.at



DIE KAMMER

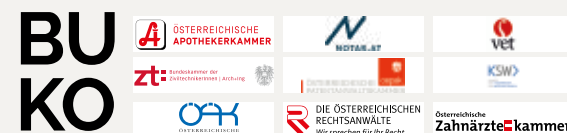
- Erfüllung der gesetzlich zugewiesenen Aufgaben von Notariatskammern und ÖNK
- Interessensvertretung (in Österreich, in Europa und in der Welt)
- Information und Unterstützung der Notare
- Kommunikation
- Aus- und Fortbildung
- Soziale Sicherheit

RECHTSGRUNDLAGE

Das Ziel der Notarinnen und Notare ist es, den Menschen und Unternehmen in Österreich flächendeckend eine bestmögliche Rechtsvorsorge zu bieten und ihnen die Sicherheit zu geben, die es braucht, damit sie sich auf ihr privates und wirtschaftliches Fortkommen konzentrieren können.

WIRTSCHAFTSFAKTOR
NOTAR/INNEN

521 Notarinnen und Notare
570 Notariatskandidatinnen und Notariatskandidaten
2500 juristische und Kanzlei-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



**Bundeskonferenz
der Freien Berufe
Österreichs**

LADESTELLENVERZEICHNIS

E-TANKSTELLE MELDEN UND FINDEN LASSEN

Das Ladestellenverzeichnis des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus ist online. Auf www.ladestellen.at müssen öffentlich zugängliche E-Ladestellen in Österreich eingemeldet werden.

Die CO₂-Reduktion im Verkehrsbereich gehört zu den Schlüsselsektoren für die Erreichung der Klimaziele. Dazu ist es wichtig, die Akzeptanz für Elektromobilität weiter zu erhöhen. Genügend Reichweite, Ladezeit und ausreichende Lademöglichkeiten sind entscheidende Themen. Transparente Information, wo und wieviele öffentlich zugängliche Ladepunkte installiert sind, entkräftet viele Bedenken. Auf Initiative des BMNT führt die E-Control ab sofort ein Onlineverzeichnis der öffentlich zugänglichen Ladestellen in Österreich.

Meldepflicht für alle Betreiber. Wer eine öffentlich zugängliche Ladestelle betreibt, ist gesetzlich verpflichtet, diese selbstständig in dieses Verzeichnis zu melden. Im Gegensatz zu bereits bestehenden Websites wird www.ladestellen.at damit alle öffentlichen Ladestellen umfassen und kann auch privaten Anbieterinnen und Anbietern als Referenz dienen. Betroffen von der Meldepflicht sind alle Betreiberinnen und Betreiber von öffentlich zugänglichen Ladestellen, also auch Gemeinden, Gastronomie- und Hotel-

betriebe. Zu melden sind die Ortsangaben der Ladestelle, die einzelnen Ladepunkte mit den verfügbaren Steckertypen und Ladeleistung. Zudem können Infos zu den Öffnungszeiten, Verfügbarkeit von Roaming und Kontaktdaten eingetragen werden. Ob Ladestellen als öffentlich zugänglich gelten,

ist abhängig von den Bezahlungsmöglichkeiten (ad-hoc Laden), den vorhandenen Steckertypen sowie der Zugänglichkeit des Standortes. Details dazu werden im Zuge des Registrierungsprozesses geklärt. Alle notwendigen Informationen und Kontakte finden Sie unter: admin.ladestellen.at.



Im neuen E-Ladestellenverzeichnis kann man schnell und einfach den nächsten Standort, die Leistung und die Stecker-Art aller öffentlich zugänglichen Ladepunkte einsehen.

Wer eine öffentlich zugängliche Ladestelle betreibt, ist gesetzlich verpflichtet, diese ins Ladestellenverzeichnis zu melden.

Unter www.ladestellen.at werden für einen gewählten Standort die zehn nächstgelegenen E-Ladestellen angezeigt. Diese Standorte stehen sowohl auf einer Liste als auch auf einer Karte zur Verfügung, auf der man durch Scrollen nach weiteren Ladestellen in seiner Umgebung suchen kann. Besonders praktisch: Häufiger genutzte Abfragen lassen sich

als Favoriten abspeichern und in der Folge mit nur noch einem Klick neu aufrufen.

Das Ladestellenverzeichnis ist derzeit als Betaversion online, bis möglichst alle Ladestellenbetreiberinnen und -betreiber ihre Stationen gemeldet haben. Zudem arbeitet die E-Control weiter an der Steigerung der Datenqualität sowie an neuen Features für noch mehr Nutzerkomfort. Rückmeldungen sind daher willkommen.

Hierzu steht auf www.ladestellen.at unter „Sprechen Sie mit uns“ ein Onlineformular bereit sowie die E-Mail-Adresse support@ladestellen.at

MASTERPLAN UMWELTECHNOLOGIE

Rot-weiß-rote Umwelttechnologie auf dem Weg in die Zukunft

In vielen Bereichen der Umwelttechnologie wie etwa der Abwasserbehandlung sind Gemeinden Anlaufstellen, die innovativen Technologien und Lösungen zum Durchbruch verhelfen. Mit dem Masterplan Umwelttechnologie wird die Entwicklung, Implementierung und weltweite Verbreitung österreichischer Umwelttechnologien weiter forciert und ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise geleistet. Innovative Umwelt- und Energietechnologien sind grundsätzlich unverzichtbar für die Bewältigung der Herausforderungen im Umwelt- und Klimaschutz, insbesondere für die Erreichung der mit dem Pariser Übereinkommen vereinbarten Klimaziele.

Der Masterplan Umwelttechno-

logie definiert 30 prioritäre Maßnahmen in den Handlungsfeldern „Marktdurchdringung national“, „Markterschließung global“, „Innovation“, „Digitalisierung“, „Qualifizierung, Bildung, Arbeitsmarkt“ sowie „Unternehmensgründung und -finanzierung“. Mit dem MUT



so soll das Ziel erreicht werden, dass Österreich innerhalb der Europäischen Union eine Spitzenstellung bei Umwelttechnik und Umweltdienstleistungen einnimmt und damit ein Innovationsmotor im Umwelt- und Klimaschutz ist. So können bestehende Technologie- und Marktführerschaften wie z. B. in den Bereichen erneuerbare Energie und Energieeffizienz ausgebaut, aber auch die klassischen Umwelttechnologien in den Bereichen Kreislaufwirtschaft, Abfall- und Abwasserbehandlung sowie Luftreinhaltung weiterentwickelt werden.

Weitere Infos und Download: www.masterplan-umwelttechnologie.at



Bundesministerium
Nachhaltigkeit und
Tourismus

Steigen Sie jetzt mit Strom aus erneuerbarer Energie auf ein Elektro-Auto, Elektro-Moped oder Elektro-Transportrad um und holen Sie sich Ihren E-Mobilitätsbonus für Ihr neues Fahrzeug! Unter www.bmnt.gv.at/foerderungen finden Sie alle Details zur Förderung. Darüber hinaus bekommen Sie auf www.nachhaltigkeit.at nützliche Alltagstipps rund um einen nachhaltigen Lebensstil. **Denn wer bewusst lebt, lebt besser. Nachhaltig besser.**

**GESTALTEN
& ARBEITEN****NATURGEFAHREN**

Wie sich meine
Gemeinde besser
schützen kann
Seite 50

**NACHHALTIGER
SCHUTZ**

Der Klimawandel im
Alpenraum
Seite 52

IMMOBILIEN

Wirtschaftsmotor jetzt
und in Zukunft
Seite 60

GEMEINDEFINANZEN IM DETAIL

SCHUTZ VOR KATASTROPHEN WIRD TEURER

Vorbeugende Maßnahmen gegen Naturkatastrophen können ganz schön ins Geld gehen. Trotz Förderungen und Beteiligungen von Bund und Ländern belasten sie das Budget betroffener Gemeinden – **KOMMUNAL** hat sich angesehen, in welchem Ausmaß.

TEXT // ELIAS LANBACH, ANDREAS HUSSAK

Hochwasser, Muren, Lawinen. Umweltereignisse führten in den letzten zwei Jahrzehnten den Menschen in Österreich vor Augen, wie verletzlich wir im Falle einer Naturkatastrophe wirklich sind. Zur Eindämmung der Schäden werden von den Gemeinden laufend Präventivmaßnahmen ergriffen. Doch Wildbachverbauungen, Schleusen und Warndienste müssen finanziert werden, und es zeichnet sich ab, dass diese Kosten in den nächsten Jahren weiter steigen werden.

Die Bilder von Hütttau im Pongau aus dem Jahr 2013 oder dem Lawinenunglück 1999 in Galtür zählen für viele Menschen in Österreich wahrscheinlich zu den prägendsten Eindrücken der letzten Zeit. Für die betroffenen Gemeinden bedeuten diese nicht nur einen immensen organisatorischen Aufwand, sondern auch einen finanziellen. Um schnelle Hilfe in kürzester Zeit bereitstellen zu können, müssen Szenarien mit Feuerwehren, Warn- und Rettungsdiensten abgesprochen, Informationsveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger organisiert und Präventivmaßnahmen, wie mobile Hochwasserschutzwände, Stützverbauungen zum Lawinenschutz und waldbauliche Maßnahmen, ergriffen werden. All dies kostet nicht nur Zeit, sondern auch Geld, und der Trend zeigt: Es wird immer mehr.

Und mit diesem „mehr“ ist nicht, wie so oft medial wirksam diskutiert, die Häufigkeit von Umweltereignissen gemeint, sondern schlicht die Ausgaben der Gemeinden für Katastrophenhilfe und -prävention. Die Bruttoausgaben

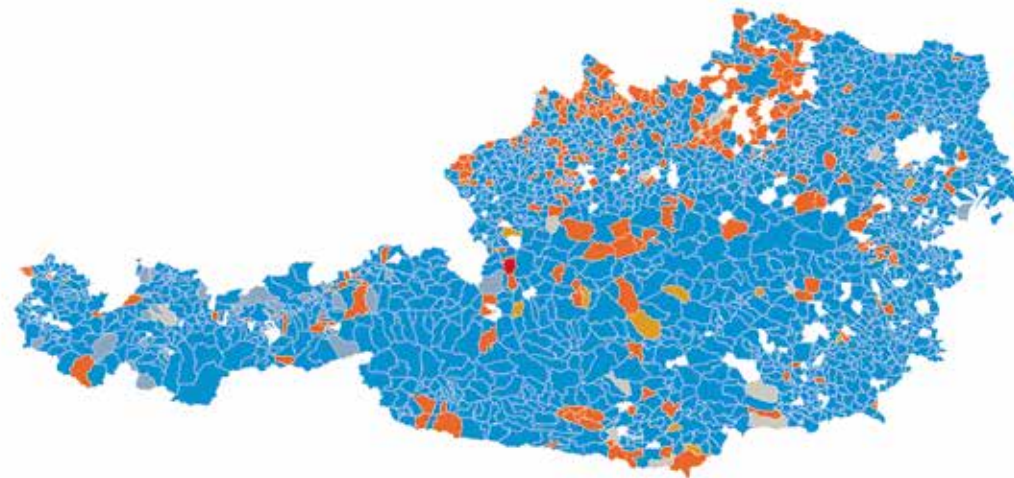
der Gemeinden (ohne Wien) für Warndienste, Schutzwasserbau und Katastrophendienste stiegen zwischen 2001 und 2018 von 50 Millionen auf 185 Millionen Euro an (siehe Grafik nächste Seite). Dies entspricht einer Steigerung von knapp 300 Prozent in 18 Jahren! Hauptsächlich müssen die Gemeinden Geld für den Schutzwasserbau und den Katastrophendienst ausgeben. Notstandsmaßnahmen für Land- und Forstwirtschaft werden oft nur in sehr spezifischen Regionen und Fällen benötigt.

Der größte Kostenpunkt für Gemeinden blieb von 2001 bis 2018 unverändert der Schutzwasserbau. Hierzu zählen unter anderem Wildbachverbauungen, Lawinenschutzbauten und laufende Wartungen, welche durch die Bauhöfe durchgeführt werden. Die Ausgaben der Gemeinden (ohne Wien) für Schutzwasserbau verzeichneten seit 2001 einen Anstieg um 116 Millionen auf insgesamt 159 Millionen Euro im Jahr 2018. Dies entspricht knapp einer Vervielfachung der Ausgaben.

Hier bietet es sich folglich an, mehr ins Detail zu gehen. Der Anteil der Geschäftsfälle im Schutzwasserbau, die im außerordentlichen Haushalt gebucht wurden, nimmt nämlich mit den Jahren zu. Im Jahr 2001 waren noch knapp 60 Prozent der Ausgaben für Schutzwasserbau im ordentlichen Haushalt, während 2018 60 Prozent der Geschäftsfälle im außerordentlichen Haushalt zu finden sind. Auch stiegen die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts auf das mehr als Fünffache, von 17 Millionen Euro im Jahr 2001 auf 91 Millionen Euro im Jahr 2018. Zieht man die Definition der VRV1997 für Aus- »

Wohin fließt das Geld für den Katastrophenschutz?

Höchste Bruttousgabe im Bereich Katastrophenschutz pro Gemeinde (2018)



Zuschüsse nach dem Katastrophenfondsgesetz
 Katastrophendienst
 Rettungs- und Warndienste
 Schutzdammanlagen
 Schutzwasserbau
 Notstandsmaßnahmen (Land- u. Forstwirtschaft)

Datenquelle: Statistik Austria



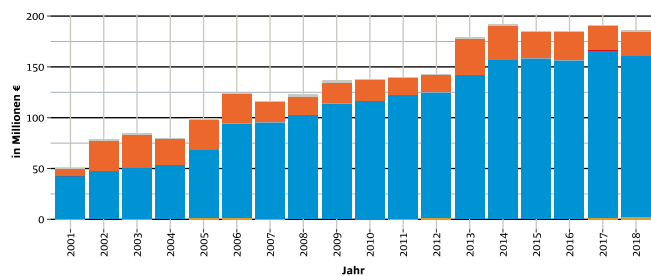
Die Gemeinden haben einen immer größer werdenden Teil der Katastrophenschutz-Ausgaben selbst zu tragen.“

Anmerkung zu den vorliegenden Daten:

Es wird angenommen, dass die Geschäftsfälle gemäß den Empfehlungen des jeweiligen Kontierungsleitfadens für Gemeinden und Gemeindeverbände zu der geltenden Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung verbucht und damit grundsätzlich vergleichbar sind. Die Grafiken beruhen auf folgenden Ansätzen (VRV1997): Katastrophendienst (Abschnitt 17), Warndienste (Unterabschnitt 531), Schutzwasserbau (Abschnitt 63), Schutzdammanlagen (Unterabschnitt 662), Notstandsmaßnahmen (Unterabschnitt 748) und Zuschüsse nach dem Katastrophenfondsgesetz (Unterabschnitt 944).

GRAFIKEN // Kommunal/Lambach

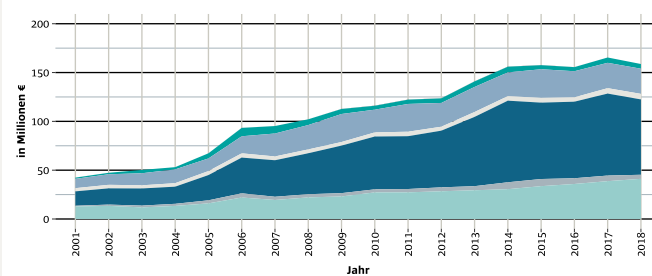
Bruttoausgaben für Katastrophenschutz der Gemeinden (ohne Wien)



Zuschüsse nach dem Katastrophenfondsgesetz
 Katastrophendienst
 Rettungs- und Warndienste
 Schutzdammanlagen
 Schutzwasserbau
 Notstandsmaßnahmen (Land- und Forstwirtschaft)

Datenquelle: Statistik Austria

Bruttoausgaben für Schutzwasserbau der Gemeinden (ohne Wien)



Bauhöfe
 Bundesflüsse
 Konkurrenzgewässer
 Lawinenschutzbauten
 Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen
 Wasserwehre und Schleusen
 Wildbachverbauung

Datenquelle: Statistik Austria

gaben im außerordentlichen Haushalt zu Rate, in der solche dann vorliegen, wenn diese „lediglich vereinzelt vorkommen oder der Höhe nach den normalen Rahmen erheblich überschreiten“, sollte diese Verschiebung des Hauptanteils der Ausgaben vom ordentlichen in den außerordentlichen Haushalt, gleichwohl wie der konstante Anstieg dieser Ausgaben zumindest ein Denkanstoß sein. Aber ein Denkanstoß wofür? Vielleicht als Teilantwort auf die so oft medial diskutierte Frage nach der Häufigkeit von Umweltereignissen?

Der Schutzwasserbau ist nicht nur der größte Kostenpunkt insgesamt, er betrifft auch nahezu jede Gemeinde in Österreich und ist in seinen Ausprägungen so divers, wie die Landschaft und die Gemeinden Österreichs selbst. Während Gemeinden entlang des Alpenhauptkamms vornehmlich in Wildbachverbauungen und Lawinenschutzbauten investieren, zeigt sich in den östlichen Bundesländern Österreichs eine Verschiebung der Prioritäten auf Konkurrenzgewässer, Instandhaltung und Maßnahmen gegen Hochwasser. Dies ist wahrscheinlich schlicht dem Terrain zuzuschreiben. Für Gemeinden wie Ybbsitz in Niederösterreich, das unter wiederkehrenden Überschwemmungen zu leiden hatte, stellt der Schutz vor Lawinen weniger einen Grund zur Investition dar als für Prägraten am Großvenediger.

Dies zeigt neben der Finanzierung eine weitere Variable in dem komplexen System der Katastrophenschutzprävention auf: Know-how. Jede Wildbachverbauung muss individuell betrachtet werden, da kein Gewässer dem anderen gleicht und jeder Berghang vorab von lokalen Experten für die Erbauung von Lawinengalerien gesichtet wird. Präventivmaßnahmen müssen den örtlichen Gegebenheiten angepasst werden, und diese sind in Österreich bekanntermaßen sehr unterschiedlich.

Unterstützung erhalten Gemeinden hierbei aus dem Katastrophenfonds. In einer Kundmachung vom 8. Februar 2012 wird erwähnt, dass drei Viertel der Gelder aus dem Katastrophenfond für Wildbach- und Lawinerverbauungen bereitgestellt werden und darüber hinaus vorbeugende Maßnahmen einen hohen Stellenwert genießen. Für diese Vorbeugungsmaßnahmen wurden im Jahr 2018 laut Finanzministerium 257,5 Millionen Euro vom Katastrophenfonds

bereitgestellt. Auch wird in dieser Kundmachung die Zusammenarbeit zwischen Bund, Länder und Gemeinden explizit hervorgehoben.

Es lässt sich aber auch ein etwas differenzierteres Bild für die Gemeinden zeichnen, wenn man etwas genauer in die Datenlage der Gemeindegebarung blickt. Zwischen 2001 und 2018 wurden im Schnitt noch 80 Prozent der Ausgaben der Gemeinden durch Einnahmen bzw. Zuschüsse in den betreffenden Ansätzen gedeckt. Dieser Anteil ist seit 2006 allerdings rückläufig. Das bedeutet, dass die Gemeinden einen immer höher werdenden Teil der Ausgaben selbst zu tragen haben. Dabei handelt es sich aber auch gleichzeitig um Kosten, die nicht zu vermeiden sind, da diese dem direkten Schutz der Menschen in den Gemeinden dienen.

Und nun stellt sich doch noch die Frage nach der Häufigkeit von Umweltereignissen. Wird die Situation dadurch nochmals verschärft, dass Österreich aufgrund der Art der hierzulande auftretenden Naturkatastrophen in Zukunft mit einer Zunahme an Ereignissen zu rechnen hat? Österreich hat sozusagen Unglück im Glück.

Glück deshalb, weil es eine ganze Reihe von Naturkatastrophen gibt, die uns in Österreich de facto gar nicht betreffen. Von Erdbeben angefangen, über Vulkanausbrüche, bis hin zu Tsunamis bleibt unsere Heimat von zahlreichen Katastrophen-Szenarien verschont. Die hierzulande häufigsten, zerstörerischsten und folgenreichsten Naturkatastrophen sind Hochwasser, Muren und Lawinen. In weiterer Folge kann man weiters noch Bergabbrüche, Felsstürze, Hangrutschungen und in jüngster Zeit auch regional Dürren und Frost nennen. Wenn man jetzt genauer hinsieht – und das ist das Unglück – werden sämtliche hierzulande auftretende Naturkatastrophen durch Extremwetterereignisse ausgelöst. Und gerade bei diesen Katastrophen, die durch Wetter und Klimawandel ausgelöst werden, ist in Zukunft mit einer zunehmenden Häufung zu rechnen.

Kurz gesagt, die Gemeinden müssen einen immer größeren Anteil der Präventionsmaßnahmen selbst finanzieren, bei einem gleichzeitig stetig wachsenden Bedarf an Schutzvorkehrungen. Setzt sich diese Entwicklung fort, wird in Zukunft noch ein weiteres Desaster hinzukommen, das ist dann allerdings finanzieller Natur. ●

LEBEN MIT NATURGEFAHREN

WIE SICH MEINE GEMEINDE BESSER SCHÜTZEN KANN

Die Unwetter im November 2019 haben uns vor allem im Süden und Südwesten Österreichs verdeutlicht, wie schnell unsere Siedlungen, Betriebe, Gemeinden und Städte innerhalb kürzester Zeit enorm geschädigt werden können.

Erstaunlich dabei war auch, in welchen unterschiedlichen Formen es zu verheerenden Sachschäden, aber leider auch eines Todesopfers kommen kann. Diese Ereignisse waren von Vermurungen, Lawinenabgängen, Rutschungen, Hochwasser und Oberflächenabfluss geprägt. Berücksichtigt man die Prognosen zukünftiger Klimaszenarien, muss man davon ausgehen, dass solche Ereignisse in Anzahl und Intensität zunehmen werden.

Es waren also mehrere unterschiedliche Prozesse dafür verantwortlich, dass die Katastrophe ausgerufen werden musste. Im Zusammenhang mit dieser relativ frischen Erinnerung stellt sich nun – nicht nur in unmittelbar betroffenen Gemeinden – die Frage, wie man diesen oder ähnlichen Naturgefahren begegnen und Schäden im Ereignisfall in Zukunft besser begegnen kann. Der Schutz vor Naturgefahren hat im Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, gemeinsam mit den Bundesländern und Gemeinde eine hohe Priorität. Ziel ist sichere Lebens- und Wirtschaftsräume in Österreich zu schaffen. Dazu werden jährlich zahlreiche Projekte zum Schutz der Bevölkerung umgesetzt. Wichtige Aspekte dabei sind Vorbeugung, ausgezeichnete Zusammenarbeit und Aufklärung der Bevölkerung, Stichwort Eigenvorsorge.

Einen hundertprozentigen Schutz vor Naturgefahren gibt es nicht und wird es nie geben. Ein Restrisiko wird immer verbleiben. Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus fördert im Rahmen des vorbeugenden Risikomanagements unterschiedliche Maßnahmen, die auf Basis von umfassenden Planungen

umgesetzt werden. Durchschnittlich kann man von jährlichen Investitionskosten in der Höhe von rund 300 bis 400 Millionen Euro ausgehen. Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus alleine hat im Jahr 2018 in rund 1400 Projekten mehr als 194 Millionen Euro in den Schutz vor Naturgefahren in Österreich investiert.

Der Weg zur Schutzmaßnahme. In der Regel geht das Interesse an Schutzmaßnahmen, und somit der erste Schritt zur Maßnahme, von einer Gemeinde, einem Wasserverband, einer Wassergenossenschaft oder einem ähnlichen Zusammenschluss aus. Im Regelfall soll basierend auf einem Gefahrenzonenplan, nicht erst nach einem Katastrophenereignis, bestehendes Schadenspotenzial erkannt und ersichtlich gemacht werden. Voraussetzung für die Umsetzung von Schutzmaßnahmen ist das Vorhandensein einer übergeordneten Planung, beispielsweise eines Gewässerentwicklungs- und Risikomanagementkonzepts für das Einzugsgebiet oder aber auch in kleinen bzw. alpinen Einzugsgebieten dem Gefahrenzonenplan selbst. So sollen Wechselwirkungen mit anderen Sektoren und Interessen abgeschätzt werden können.

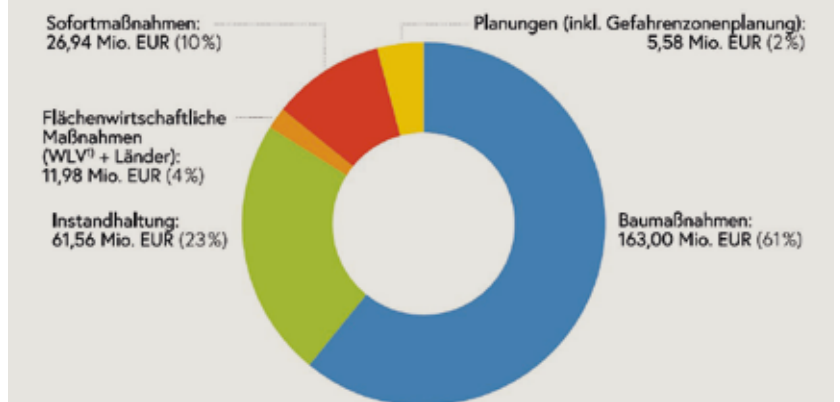
FOTOS // shutterstock.com



Links: Schutzbautren retten Leben
Rechts: Lawinenschutz in Warth/Arllberg

269 MIO. EURO FÜR DEN SCHUTZ VOR NATURGEFAHREN

GESAMTMITTEL 2018



1) WLV – Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinerverbauung
Quelle: BMNT 2019

KLIMAWANDEL IM ALPENRAUM

AUF DEM WEG ZU NACHHALTIGEREM SCHUTZ VOR NATURGEFAHREN

Hochwasser, Muren, Lawinen: Der Klimawandel macht sich im Alpenraum besonders bemerkbar. Ziviltechnikerinnen und Ziviltechniker arbeiten interdisziplinär daran, seine Folgen einzudämmen.

TEXT // RUDOLF KOLBE

Während der Osten des Landes vermehrt unter Hitzewellen und Dürren zu leiden hat, stellen im Alpenraum niederschlagsbedingte Naturgefahren das Hauptproblem dar. Berggebiete reagieren auf sich ändernde Umweltparameter besonders sensibel. Von Bedeutung sind vor allem die durch den Klimawandel hervorgerufene Verschiebung des Temperaturregimes und der Niederschlagsverteilung.

Die großräumigen Starkniederschlagsereignisse haben im Trend der letzten Jahre deutlich zugelegt, wie vergangenen November im Süden Österreichs – in der ersten Monatshälfte gab es hier stellenweise zwei- bis dreimal so viel Niederschlag wie in einem durchschnittlichen gesamten November. Häufige Folge des Starkniederschlags sind lokale Hochwasserereignisse und Massenbewegungen (Hangrutschungen, Muren, Schlammlawinen oder Felsstürze).

Bauen in Gefährdungsbereichen. Die Zunahme der Schadensereignisse der letzten Jahre kann allerdings nicht nur durch Folgen der Klimaänderungen begründet werden. Der anhaltende Siedlungsdruck hat in den letzten Jahrzehnten zu beträchtlichen Baumaßnahmen in potenziellen Gefährdungsbereichen geführt und damit das Schadenspotenzial erhöht. Durch Bebauung



» Aufgrund der gravierenden Hochwasserereignisse der letzten 20 Jahre hat sich in Österreich ein Paradigmenwechsel vollzogen.«

Klaus Thürriedl, Zivilingenieur für Kulturtechnik und Wasserwirtschaft

gen abseits der eigentlichen Siedlungskerne und intensive landwirtschaftliche Nutzung haben sich natürliche Retentionsräume verringert. Dadurch werden Niederschläge unmittelbar in Fließgewässer abgeleitet; massive Belastungen stromabwärts resultieren daraus.

Klaus Thürriedl, Zivilingenieur für Kulturtechnik und Wasserwirtschaft sowie Vorsitzender der Bundessektion Zivilingenieure der Bundeskammer der ZiviltechnikerInnen, hat langjährige Erfahrung mit Projekten zum Hochwasserschutz: „Aufgrund der gravierenden Hochwasserereignisse der letzten 20 Jahre hat sich in Österreich ein Paradigmenwechsel vollzogen: vom Hochwasserschutz hin zu einem umfassenden Hochwasserrisikomanagement. Dieses umfasst alle rechtlichen Rahmenbedingungen, technische Möglichkeiten, ökologisch und planerische Erfordernisse sowie gesellschaftspolitische Wünsche. Das gilt auch für kleinräumige Extremereignisse.“

Multifunktionale Lösungsansätze und die Integration von Gefahrenschutz in die Landschafts- und Freiraumplanung werden in Österreich inzwischen immer häufiger diskutiert und umgesetzt. So ist die Wiener Donauinsel ein Musterbeispiel für multifunktionalen Hochwasserschutz. Sie wurde zuerst als technisches Projekt entworfen und in der Planungs- und



Von Bedeutung sind vor allem die durch den Klimawandel hervorgerufene Verschiebung des Temperaturregimes und der Niederschlagsverteilung.



Insbesondere ZiviltechnikerInnen für Geologie, Wasserbau und Umwelt ermitteln die Gefahren von Hangrutschungen und Erdfällen. Ihre Bewertungen liefern die Grundlage für raumplanerische Entscheidungen.

Bauphase zum Erholungs- und Naturschutzgebiet erweitert. Dies hat zu breiter Akzeptanz in der Bevölkerung geführt.

Grundlagen für raumplanerische Entscheidungen. Lokale Extremniederschläge und großräumige lange Regenperioden können nicht nur Hochwasser, sondern auch Massenbewegungen, wie etwa Hangrutschungen, auslösen. Sie bilden daher ein zunehmendes Gefahrenpotenzial für die Siedlungsräume in den Berg- und Hügellagen Österreichs. Insbesondere ZiviltechnikerInnen für Geologie, Wasserbau und Umwelt ermitteln die Gefahren von Hangrutschungen und Erdfällen. Ihre Bewertungen liefern die Grundla-

ge für raumplanerische Entscheidungen. Mittels modellgestützter Simulationen können sie die Auswirkungen von Naturereignissen abwägen.

Grundsätzlich gilt es, eine Bebauung in Gefahrenzonen, auch wenn diese noch nicht als solche ausgewiesen sind, zu vermeiden. Falls dies nicht möglich ist, sollten bei Neubau und Sanierung Maßnahmen zum Objektschutz, wie etwa Drainagegräben, Schutzwaldpflanzungen und Ähnliches, vorgesehen werden. Da die globale Erwärmung nur begrenzt, in absehbarer Zeit jedoch nicht rückgängig gemacht werden kann, ist es notwendig, sich auf den fortschreitenden Klimawandel einzustellen. Durch entsprechende Planung und Ausführung von Gebäuden und Infrastruktur ist es möglich, sowohl zum Klimaschutz als auch zur Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen beizutragen. Gefordert sind insbesondere Akteure aus Raumplanung, Architektur und Bauwirtschaft, da diese langfristige Entscheidungen treffen und langlebige Objekte planen und errichten.



BR H.C. DI RUDOLF KOLBE IST PRÄSIDENT DER BUNDESKAMMER DER ZIVILTECHNIKER/INNEN

FOTOS // Zimmer/shutterstock.com

KLIMA- UND ENERGIEFONDS

FAKTEN ZUM NACHHALTIGEN BAUEN

Der Klima- und Energiefonds hat in Kooperation mit dem Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus den Faktencheck „Nachhaltiges Bauen“ herausgegeben. Gängige Vorurteile – und teilweise auch Irrtümer – werden sachlich fundiert und zugleich verständlich aufbereitet. Vier von acht Fakten haben wir für Sie ausgewählt und präsentieren sie Ihnen hier:

02 Thermisch sanieren:
Je früher wir beginnen, desto günstiger wird es

MYTHOS
Die thermische Sanierung kostet viel Geld und bringt nichts.

Immer noch wird zu viel Energie im Gebäudebereich verschwendet. Die Hälfte des Endenergieeinsatzes geht durch geringe Qualität der Gebäudehülle verloren. Thermische Sanierungen sind nachgewiesenermaßen sehr effektiv. Sie führen sofort und direkt zu einer Reduktion des Treibhausgasausstoßes. Knapp drei Viertel der Wohnnutzfläche in Österreich befinden sich in Gebäuden, die vor 1991 errichtet wurden und zu einem großen Teil energetisch sanierungsbedürftig sind. Der Energieverlust ist in diesen Gebäuden besonders hoch. Mit Ende der 70er-Jahre wurden erste Schritte in Richtung Effizienzverbesserung bei Neubauten gesetzt, ab 1990 und insbesondere ab 2000 kam es durch Bauvorschriften zu einer deutlichen Verbesserung der Energiestandards.

Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft; Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft in Österreich. Zahlen, Daten und Fakten. Wien, 2015; Austrian Panel on Climate Change; Österreichischer Sachstandsbericht Klimawandel 2014 (AAR14). Wien, 2014

Je früher damit begonnen wird, den Gebäudebestand energetisch zu sanieren und mit erneuerbaren Energien zu versorgen, desto günstiger wird es – für uns und für

das Klima. Hierbei sind vor allem die Lebensdauer eines Gebäudes sowie die Entwicklung der Energiekosten in Betracht zu ziehen. Die Preise für Öl und Gas sind instabil und kaum prognostizierbar. Daher bedeutet die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern auch Unabhängigkeit von den stark schwankenden Öl- und Gas-Preisen. Auch aus sozialen Gründen sind daher Investitionen in besseren Wärmeschutz sinnvoll.

Bei der derzeitigen Sanierungsrate von knapp 1% bräuchte es jedoch 100 Jahre bis der gesamte Gebäudebestand einmal saniert wäre. Die klimapolitische Zielsetzung liegt dagegen bei 3%. Einen wichtigen Schwerpunkt bilden dabei aufgrund ihres höheren Energieverbrauchs, insbesondere bei älteren Bauten, Eigenheime bzw. Einfamilienhäuser. 1,43 Millionen Eigenheime (nur Hauptwohnsitze) machen 39% des Gebäudebestands aus. Rund 46% aller Wohnungen befinden sich in Ein- bzw. Zweifamilienhäusern.

Sanierungsmaßnahmen bringen zahlreiche positive Effekte – etwa für die Wohnqualität, die Werterhaltung der Immobilie, die Gesundheit der Bewohner –, schaffen heimische Wertschöpfung und reduzieren die Betriebskosten der Haushalte.

115–250 kWh/m²a

Heizwärmebedarf im durchschnittlichen Altbestand

26–60 kWh/m²a

im Niedrigenergiehaus (aktueller Baustandard)

<10 kWh/m²a

im Passivhaus nach OIB-RL 6



3/4 aller Wohnungen in Österreich wurden vor 1991 errichtet

04 Investitionsimpulse für die heimische Wirtschaft und international großes Marktpotenzial

MYTHOS
Wir können uns in schwachen Konjunkturzeiten weitere Investitionen nicht leisten.

Gerade jetzt ist es wichtig zu investieren. Aufgrund des hohen Treibhausgaspotenzials des Gebäudesektors ist der globale Trend Richtung energieeffizientem Bauen nach dem Pariser Klimaabkommen nicht mehr aufzuhalten. Die weltweiten Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen in Gebäuden betragen laut Kalkulation der Internationalen Energieagentur für 2014 rund 90 Mrd. US\$. Sie sind stark im Wachsen und sollen bis zum Jahr 2020 – unabhängig von neuen klimapolitischen Weichenstellungen – 125 Mrd. US\$ jährlich ausmachen. Bei Orientierung am Zwei-Grad-Ziel sind jährlich rund 200 Mrd. US\$ zu erwarten.

Internationale Energieagentur: Energy Efficiency Market Report 2015. Paris, 2015; D. Kletzan-Slamnig, A. Köppl (WIFO)/H. Artner, A. Karner, T. Pfeiffer (IKWI): Energieeffiziente Gebäude: Potenziale und Effekte von emissionsreduzierenden Maßnahmen. Wien, 2008

Immer mehr (auch nicht-industrialisierte) Staaten setzen weltweit auf Energieeffizienzstandards beim Bauen. Jene Staaten und Regionen, die bei nachhaltigem Bauen bereits über Erfahrungen und Know-how aus ihren Heimmärkten verfügen,

haben im internationalen Wettbewerb einen Startvorteil. Österreich bietet hier Kompetenz, Technologie und Pionier-Erfahrung.

Auch der Effekt für die heimische Wertschöpfung und Beschäftigung ist beträchtlich. Durch Investitionen in thermische Sanierung würden laut Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) in Österreich knapp 30.000 Vollzeitbeschäftigungen geschaffen bzw. gesichert. Dass finanzielle Anreize zur Gebäudesanierung in Form von Förderprogrammen darüber hinaus deutliche Multiplikator-Effekte aufweisen, zeigt eine Analyse des Sanierungsschecks des Bundes: 2013 konnten mit 132,2 Mio. Euro an Fördermitteln nachhaltige Investitionen im Wert von 847 Mio. Euro unterstützt werden. Insgesamt wurden allein dadurch 12.715 Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen und 3,6 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen (auf die Lebensdauer bezogen) eingespart.

Stark schwankende fossile Energiepreise verunsichern die Energiemärkte und damit auch die Konsumenten. Ein Aufschub von Investitionen, die den Energiebedarf reduzieren und den Umstieg auf CO₂-arme bzw. CO₂-neutrale Energieträger ermöglichen, ist daher auch aus ökonomischer Sicht mit Risiko behaftet.



Steigende weltweite Investitionen in Energieeffizienz-Maßnahmen im Gebäudebereich laut IEA in Mrd. US\$

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

FOTOS // Eva Kern / Andreas Scheiblecker

05 Nachhaltiges Bauen verbessert die Energiebilanz in allen Belangen

MYTHOS
Die Einspareffekte von Energieeffizienzmaßnahmen sind gering; die Gesamtenergiebilanz von Dämmmaterialien ist schlecht. Viele Gebäude können gar nicht saniert werden.

Eine Reihe internationaler und österreichischer Untersuchungen belegt: Energieeffizienzmaßnahmen bringen auch tatsächliche Einsparungen. So zeigt eine Studie der Deutschen Energieagentur dena, dass die tatsächliche Energieeinsparung in sanierten Gebäuden bei 76% liegt, also nahe der angestrebten 80%. Auch das Passivhaus-

Deutsche Energieagentur (dena). Auswertung von Verbrauchskennwerten energieeffizienter sanierter Wohngebäude. Berlin, 2013; Klima- und Energiefonds: Musterrisparung 2015. Wien, 2015; R. Lechner: Ökologische Amortisation von Dämmung bei hocheffizienten Gebäuden. Kommentar vom 16.10.2015 (http://www.nachhaltiges-bauen.jetzt/ökologische-amortisation-von-daemmung-bei-hoch-effizienten-gebäuden)

Konzept führt nachweislich zu sehr hoher Heizenergieeinsparung, die gegenüber dem alten Gebäudebestand etwa 90% beträgt. Wichtige Voraussetzung für das Funktionieren von energieeffizienten Maßnahmen bei Neubau wie bei Sanierung ist eine fachlich korrekte Planung und Umsetzung.

Die Erfahrungen aus den vom Klima- und Energiefonds geförderten Mustersanierungen

und vielen Best-Practice-Beispielen in Österreich zeigen die Machbarkeit von Energieeffizienzmaßnahmen bei sehr unterschiedlichen Gebäudetypen. Selbst denkmalgeschützte bzw. weniger kompakte Gebäude erzielen noch hohe Endenergieeinsparungen und eine entsprechende Verringerung der Treibhausgasemissionen.

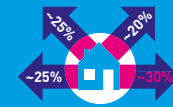
Auch bei Berücksichtigung der sogenannten „grauen Energie“, also jener Energiemenge, die für Herstellung, Transport, Lagerung, Verkauf und Entsorgung eines Produktes benötigt wird, ist die Bilanz positiv. Nach weniger als zwei Jahren hat der Dämmstoff in der Regel mehr Energie eingespart, als insgesamt zu seiner Fertigung verbraucht wurde. Oft lässt sich diese „energetische Amortisationszeit“ durch die Wahl geeigneter Baumaterialien sogar auf wenige Monate verkürzen.

Auch das Argument, es würde bei der Herstellung von Wärmedämmung aus Polystyrol primär Erdöl genutzt, muss relativiert werden: Zwar sind Wärmedämmverbundsysteme wie EPS-Platten tatsächlich Erdölprodukte, allerdings bestehen sie zu 98% aus Luft. Der Öleinsatz in Dämmungen amortisiert sich daher deutlich, da ein Vielfaches an Heizöl bzw. CO₂-Emissionen eingespart wird.

76%

laut Studie durchschnittliche nachgewiesene Heizenergie-Einsparung in umfassend sanierten Gebäuden

Bei Sanierung auf Passivhaus-Standard 90% Einsparung



Heizkosteneinsparung bei Sanierung: Dach/Decke: 10–25% Außenwände: 20–30% Fenstertausch: 10–30% Heizung: 10–25%

07 Nachhaltiges Bauen mindert Gesundheitsrisiken

MYTHOS
Energieeffiziente Gebäude führen zu Schimmel und gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Energieeffiziente Gebäude bieten – nach fachgerechter Planung und Ausführung – hohen Komfort, Behaglichkeit und angenehmes Raumklima bei minimalem Energieaufwand. Guter Wärmeschutz verringert das Schimmelrisiko und mögliche gesundheitliche Gefahrenquellen – insbesondere im Vergleich zu sanierungsbedürftigen Gebäuden. Moderne, energieeffiziente Häuser sind wesentlich seltener von Schimmelproblematik betroffen als ältere, schlecht gedämmte Häuser. Die Schimmelpilzbildung ist nicht nur von Feuchtigkeit, sondern auch von der Höhe der Temperatur abhängig. Eine äußere Wärmedämmung verringert die Wärmeverluste nach außen deutlich und erhöht so die Oberflächentemperaturen der inneren Wände. Zur Schimmelpilzbildung tragen insbesondere Wärmebrücken bei, also jene Bauteile – wie etwa Balkone, Deckenanschlüsse oder ungedämmte Fenster-Wand-

Anschlüsse nach einem Fenstertausch –, an denen die Raumwärme schneller nach außen transportiert wird als andernorts. Aktuellen Studien zufolge können Schimmelbefall, vermehrtes Auftreten von gesundheitlichen Beschwerden oder verstärkter Luftzug durch Wohnraumlüftungsanlagen nicht bestätigt werden. Sowohl CO₂-Werte als auch die gemessene Konzentration an flüchtigen organischen Verbindungen (VOC) sind in Wohnungen mit Wohnraumlüftungsanlagen signifikant geringer als dort, wo nur durch Öffnen der Fenster gelüftet wird.

Auch häufig diskutierte gesundheitliche Bedenken rund um das Brandschutzmittel HBCD (Hexabromcyclododecan), das u.a. in Dämmstoffen verwendet wurde, können entkräftet werden. Sowohl die Gesetzgebung als auch die Branche haben auf Bedenken wie geringe Abbaubarkeit und neue Erkenntnisse reagiert. So ist HBCD im Sinne der Vorsorge seit 2015 (mit einer Übergangsfrist bis 2018) verboten und die meisten heimischen EPS-Produkte sind seit 2014 HBCD-frei. Für Mineral- und Glaswolle wurden bereits Mitte der 90er-Jahre strenge Vorgaben etabliert. Im Übrigen gilt seit dem Jahr 2005 ein EU-weites Verbot der Produktion und des Inverkehrbringens von Produkten mit künstlichen Mineralfasern, die hinsichtlich ihrer physischen oder chemischen Beschaffenheit bedenklich sind.

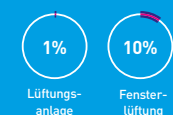
Oberflächentemperatur der Wand innen, bei Außentemperatur -10°C und Raumtemperatur 20°C

14,4°C

bei 24 cm Außenwand ohne Dämmung U-Wert: 1,4 W/m²K

19,3°C

bei 16 cm Dämmung einer 24 cm Außenwand U-Wert: 0,2 W/m²K



Anteil der Wohnobjekte mit Konzentrationen flüchtiger organischer Verbindungen über dem Richtwert von 1.000 µg/m³



„Ökologische Dämmstoffe sind ein wichtiger Faktor für erfolgreiche nachhaltige Sanierung. Daher gibt’s für deren Verwendung auch zusätzliche Förderungen. Dass es funktioniert, zeigen zahlreiche Beispiele unserer 87 Mustersanierungen!“

Ingmar Höbarth, Geschäftsführer Klima- und Energiefonds



„Die Steigerung der Modernisierungsrate von Gebäuden ist in jedem Fall eine langfristige Erfolgsstory. Die Wertschöpfung bleibt vor Ort, da es in allen Regionen hoch qualifizierte Unternehmen im Baugewerbe und Baunebengewerbe gibt.“

Robert Korab, Geschäftsführer raum & kommunikation GmbH

INNOVATION VORANBRINGEN

DIE FÖRDERUNG FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRAGGEBER

Das Förderungsprogramm „aws IÖB-Toolbox“ aus Mitteln des Österreichfonds möchte öffentlichen Auftraggebern die Marktrecherche, Planung und Umsetzung von innovativen Beschaffungen ermöglichen.

Der öffentliche Sektor in Österreich gibt jährlich über 40 Milliarden Euro für Beschaffungen aus. Würden wir zwei Prozent hiervon für innovative Produkte und Dienstleistungen ausgeben, wäre das ein massiver Impuls in Richtung einer effizienteren, bürgernäheren und moderneren Verwaltung.

Die IÖB-Servicestelle hat gemeinsam mit der aws ein neues Förderungsprogramm für öffentliche Auftraggeber entwickelt. Das Ziel ist klar: Innovation in der öffentlichen Beschaffung vorantreiben.

Im Rahmen von zwei Modulen sollen öffentliche Auftraggeber von der Marktrecherche bis hin zur Beschaffung künftig finanziell unterstützt werden:

q IÖB-Prepare setzt hier bereits bei der Marktrecherche an. Angesprochen werden hier vor allem öffentliche Auftraggeber, die vor einer Herausforderung stehen, jedoch noch keine geeignete Lösung identifizieren konnten. Gefördert werden hier die Beratungskosten zur Planung und Durchführung einer IÖB-Challenge

auf www.ioeb-innovationsplattform.at. Was ist eine IÖB-Challenge? Eine öffentliche Organisation ruft Ihre Problemstellung aus – innovative Unternehmen reichen ihre Lösungsansätze ein.

q IÖB-Transfer fördert direkt die Beschaffung von innovativen Produkten oder Dienstleistungen und bietet so einen finanziellen Anreiz, potenzielle Projekte auf den Boden zu bringen.

Die aws IÖB-Toolbox wird durch die aws abgewickelt. Die Finanzierung stammt aus Mitteln des Österreichfonds.

Wer wird gefördert? Öffentliche Auftraggeber gemäß österreichischem Bundesvergabegesetz mit Sitz in Österreich, die außerhalb der Bundesverwaltung stehen. Förderbar sind Projekte, die außerhalb des hoheitlichen Tätigkeitsbereichs des Einreichers stehen.

Wer steht hinter der Förderung? Die IÖB-Servicestelle (eine Initiative von BMDW und BMVIT, in Kooperation mit der BBG) unterstützt öffentliche



FOTO // © Adobe Stock

Durchstarten statt abwarten: Neue Förderung für öffentliche Auftraggeber.



MEHR INFOS
Informationen zu Förderkriterien, Einreichdaten sowie zur weiteren Abwicklung der Förderung finden Sie auf unserer Homepage: www.ioeb.at/toolbox. Sie haben weitere Fragen? Kontaktieren Sie uns unter **+43 1 245 70 817**.

Auftraggeber bei der Planung und Umsetzung von innovativen Beschaffungsprojekten. Die Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) ist die Förderbank des Bundes. Durch die Vergabe von zinsgünstigen Krediten, Garantien, Zuschüssen sowie Eigenkapital unterstützt sie Unternehmen bei der Umsetzung ihrer innovativen Projekte. Die aws berät und unterstützt auch in Bezug auf den Schutz und die Verwertung von geistigem Eigentum. Ergänzend werden spezifische Informations-, Beratungs-, Service- und Dienstleistungen für angehende, bestehende und expandierende Unternehmen angeboten.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



DER ONLINE MARKTPLATZ FÜR GEMEINDEN

KOMMUNALBEDARF.AT

**GESTALTUNG
BEGINNT BEIM
EINKAUF.**

**- 10% RABATT
AUF IHRE ERSTE
BESTELLUNG**

Der Beschaffungsprozess für Gemeinden kann auch ganz einfach funktionieren.

Durch die unkomplizierte Bestellung aus unserem umfangreichen Sortiment und dem sicheren Kauf auf Rechnung. **KOMMUNALBEDARF.AT** ist der Online Marktplatz mit über 500.000 Artikeln für den kommunalen Bedarf. Erstellen Sie ein kostenloses Kundenkonto und sichern Sie sich mit dem Code **WILLKOMMEN2020** einen Rabatt von 10 % auf Ihre erste Bestellung.

40 JAHRE HELMI

GEMEINSAM FÜR UNSERE KINDER



- ★ Erstellt von Experten des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KFV)
- ★ Empfohlen vom Österreichischen Gemeindebund
- ★ Kindgerecht aufbereitete Inhalte zum Thema Verkehrssicherheit
- ★ Für die VS-Schulstufen 1 - 4
- ★ Mit Bürgermeister-Foto ohne Mehrkosten
- ★ Zum Stück-Preis von € 1,80 zzgl. 10% MwSt.

Es gelten die AGB der Österreichischen Kommunal-Verlag GmbH, siehe www.kommunalbedarf.at

Setzen Sie ein Zeichen als Bürgermeister gegenüber den Familien Ihrer Gemeinde!

Herausgegeben von Kommunal, dem offiziellen Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Bestellungen und Information:
info@kommunalbedarf.at
 oder Tel.: 01/532 23 88-540

ÖSTERREICHISCHER
KOMMUNALVERLAG

Integrationsgipfel 2019

Rund 800 Personen, davon mehr als 450 VertreterInnen von Organisationen aus ganz Österreich, trafen Anfang Dezember 2019 in der Wiener Hofburg ein, um sich den drei Themen Migration, Integration und Teilhabe zuzuwenden.

„Es geht nicht nur um Integration, es geht vor allem um gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Das betrifft uns alle. Zentrale Aufgabe ist es, die Menschenwürde aller hier Lebenden zu achten und einander in Respekt zu begegnen. Den Dialog zu stärken. Das gegenseitige Interesse zu wecken. Einander zusammenzubringen. In Österreich heißt es auch: ‚Durchs Reden kommen d’Leut zam.‘ Der erste Integrationsgipfel bringt heute viele, viele Akteurinnen und Akteure ‚zam‘“, so Bundespräsident Alexander van der Bellen in einer Videobotschaft.

➤ Mehr Information auf www.integrationsgipfel.at

Große Nachfrage nach Regenwasserlösungen

Das vor drei Jahren in Asten bei Linz eröffnete Produktionswerk der Mall GmbH Austria stößt an seine Kapazitätsgrenzen: Mit einem Umsatz von voraussichtlich 6,5 Millionen Euro für 2019 verzeichnet der Anbieter von Lösungen zum Gewässer- und Umweltschutz eine so gute Geschäftsentwicklung, dass jetzt ein weiterer Produktionsstandort gesucht wird.

➤ Mehr Infos unter: www.mall-umweltsysteme.at

BEST PRACTISE IN ALLER KÜRZE

Neue Klimaschulen werden gesucht

Ab sofort können sich Schulen, die in den 95 Klima- und Energie-Modellregionen oder den 44 Klimawandel-Anpassungsmodellregionen des Klima- und Energiefonds zuhause sind, für das Förderprogramm „Klimaschulen“ bewerben. Gesucht werden vor allem Ideen und Umsetzungen aus den Bereichen Klimawandelanpassung, erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Mobilität und Konsum-Lebensstil-Ernährung. Pro Projekt winken bis zu 23.000 Euro Unterstützung. In Summe stehen für die **Aktion, die bis 26.03.2020** läuft, 600.000 Euro zur Verfügung.

➤ www.klimaschulen.at

UNFÄLLE MIT KINDERN IM STRASSENVERKEHR

11%

Die Anzahl der verunfallten Kinder im Straßenverkehr ist seit 2015 um 11 Prozent angestiegen. Oft ist das Queren von Straßen für Kinder gefährlich.

100.000

Mindestens 100.000 Kinder pro Tag können einen Schutzweg nicht sicher queren. In 19.000 Fällen täglich kommt es zu einer Konfliktsituation.

QUELLE: kfV.at



Wie Politiker zu einer guten Pensionsvorsorge kommen

Jetzt an die Zukunft denken und Vorteile sichern

- für Politikerinnen und Politiker (Landtagsabgeordnete, Bürgermeister, etc.)
- Innerhalb der ersten **drei Monate nach Angelobung** kann 1/11 des Bezugs in eine freiwillige Pensionsvorsorge umgewandelt werden
- **Brutto für netto ansparen:** der umgewandelte Beitrag wird steuer- und abgabenfrei angespart
- Die **Veranlagung** der eingezahlten Beiträge **erfolgt steuerfrei**
- Aufbau einer **lebenslangen Alters- und Hinterbliebenenpension** sowie Berufsunfähigkeitspension

Die VBV-Pensionskasse ist Marktführerin im Bereich betrieblicher Altersvorsorge. Zahlreiche nationale und internationale Unternehmen, aber auch Länder, Gemeinden und Kommunalbetriebe haben die betriebliche Vorsorge für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VBV-Pensionskasse anvertraut. Sollen wir auch für Sie vorsorgen?

Unser Pensionsexperte für Politiker und kommunale Einrichtungen Manfred Sirny informiert Sie gerne über die Vorteile einer VBV-Zusatzpension. Kontaktieren Sie uns!

Pensionskasse

Manfred Sirny

VBV-Pensionsexperte
 Tel.: +43 1 240 10-124
 E-Mail: m.sirny@vbv.at
www.vbv.at



IMMOBILIENWIRTSCHAFT

WIRTSCHAFTSMOTOR JETZT UND IN DER ZUKUNFT

Die Branche rund um den Betrieb von Immobilien ist sehr krisensicher. Das zeigten die Vorträge am 12. International Facility Management-Kongress, kurz IFM, Anfang November an der TU Wien, deutlich.

Das die Branche krisensicher ist, zeigen unter anderem auch die Daten der EuroStat. Eva Stopajnik nutzte die EU-Daten, um zu veranschaulichen, dass die Facility Service (FS) Industrie immer schon ein Treiber der Wirtschaft war. In den Jahren rund um 2009, der letzten großen Wirtschaftskrise, ist der FS-Bereich im Gegensatz zu fast allen anderen Sphären stabil geblieben oder sogar leicht gewachsen. Die Services rund um Immobilien unterstützten auch den Aufschwung nach der Krise, indem sie stets stärker wuchsen als das gesamte BIP. Und dieser Bedarf an FS wird auch nicht sinken, sondern im Gegenteil sogar zunehmen, da die Anforderungen an Büroimmobilien und die Services wie Wartung und Instandhaltung und Reinigung immer mehr steigen.

Neue Arbeitswelten bei PwC. Die Gründe für neue Arbeitswelten erläuterten die beiden

Keynotes des IFM-Kongresses. Der CFO und COO von PwC-Österreich, Mag. Jürgen Schauer, zeigte, dass sich der Umzug für PwC in den DC Tower aus mehreren Gründen gerechnet hat. Es wurde Activity Based Working auf Basis ausgewählter Best Practise-Ansätze der PwC Europe eingeführt. Die neue Arbeitswelt setzt sowohl die Strategie von PwC-Österreich als auch die Unternehmenskultur um. Ziele des Projekts waren, den Wissensaustausch und die Zusammenarbeit sowie digitales und zukunftsorientiertes Arbeiten zu fördern. All dies schafft Flexibilität und trägt damit auch zu einer besseren Work-Life Balance bei. Die Umsetzung erfolgte mit starker Einbindung der Mitarbeiter. Der Prozess wurde durch ein gezieltes Change Management und Kommunikationsmaßnahmen unterstützt.

Durch das neue Arbeitsumfeld wird den Mitarbeitern ein modernes, innovationsförderndes Arbeitsumfeld geboten. Es gibt den optimalen

Oben: der Kuppelsaal der TU Wien war gut gefüllt.

Rechts: Prof. Alexander Redlein (hier rechts bei Vorabendevent des Kongresses) ist der Mastermind hinter der IFM; seit September 2019 ist er im Global Teaching Team ME310 der Stanford Universität.

Mix aus Homebase für die Bereiche, Projekte, aber auch Fokusräume für die Teamarbeit sowie großzügig angelegte Kommunikationszonen, um die Kommunikation auch zwischen den Kompetenzbereichen zu fördern. „Wichtig für uns war es insbesondere, starre Konzepte aufzuheben, Raum für informelle Kommunikation zu schaffen und inspirierende Kreativzonen zur Verfügung zu stellen.“, so Schauer. Allein durch eine wesentlich reduzierte Wechselrate der Mitarbeiter haben sich die Investitionen schon im ersten Jahr gerechnet. Der Umstand, dass das Wiener Gebäude sogar höher ist als der PwC-Tower in Frankfurt, hat zu erhöhtem Selbstgefühl und damit zu einer höheren Mitarbeiterbindung geführt. PwC hat den 2. Platz beim Office of the Year errungen und damit auch einen Vorteil beim Recruiting. Diese Arbeitswelten erfordern aber auch einen erhöhten Service-Level im Bereich der Ausstattung und des Betriebes.

Innovatives Development – der Cube von CA IMMO. Matthias Schmidt, Leiter Development Deutschland von CA IMMO, zeigte, wie sich ein

Developer auf diese neuen Herausforderungen vorbereiten kann. CA IMMO als zweitgrößter Büroentwickler in deutschen Städten hat in Berlin den Cube entwickelt. Großzügige Lobby und Gastroangebote und Verbindungstreppe zwischen den Geschossen zusätzlich zu den Aufzügen fördern die Kommunikation und Interaktion. Eine Heiz- und Kühldecke und flexible Trennwände unterstützen die Flexibilität und zweckentsprechende „Konfiguration“ der Räume. Das eigene Mobiltelefon dient zur Steuerung, Kommunikation, Vernetzung mit der Community, Navigation, unterstützt Sharing von Infrastruktur und das Buchen von Räumen. Es ermöglicht den Zutritt und liefert Daten für die Abrechnung im Retail und Gastronomiebereich von Energieverbräuchen. „Wir sehen über Sensoren, wie viele Mieter sich im Gebäude befinden, und können dementsprechend die Anlagen energieeffizient steuern. Wenn wir sehen, dass sich Mitarbeiter in einem Bereich bündeln, können wir Lüftung, Heizung etc. daran anpassen“, erklärt Matthias Schmidt. Im Cube wird über IoT Sensoren die aktuelle Nutzung, Belegung, der Energiebedarf etc. erfasst und in einem Management-Cockpit gesteuert. Predictive Maintenance ist hier kein Schlagwort mehr, sondern wird gezielt eingesetzt, um die Nutzerzufriedenheit zu steigern und die Betriebskosten zu senken.

Kosteneffizient und dennoch qualitativ – wie geht das? Damit sind wir auch beim zweiten großen Themenblock des IFM Kongresses. Wie kann man qualitativ betreiben und Gesetze einhalten und dennoch niedrige Betriebskosten erzielen? Jeder spricht über den Klimawandel, aber nur wenige bedenken, dass Unwetter wie Starkregen und Stürme unwillkürlich die Prämien von Versicherungen erhöhen, Doris Wendler, Vorstandsdirektorin bei der Vienna Insurance Group, zeigte, dass Klimawandel eine Tatsache ist und die Schäden aus Hagel, Schnee und Sturm sich in fast ganz Österreich sowie Tornados im Osten häufen. Wendler stellte in ihrem Vortrag aber auch dar, was man als Developer, Eigentümer und Nutzer einfach umsetzen kann, um die Prämien nicht zu steigern und die Immobilien sogar „sicherer“ zu machen. Einfache Maßnahmen wie stabile Dachkonstruktionen, feste Verankerungen von Gerüsten sowie regelmäßiger Baumschnitt und Überprüfung bzw. Reinigung von Dächern etc. kann viele Schäden vermeiden und den Wert des Gebäudes sicherstellen. Im Gebäude lassen sich durch Überspannungsschutz und die aktive Wahrnehmung von

DIE WELTWIRTSCHAFT

Wie geht es weiter und was bedeutet das für die Immobilienwirtschaft sowie das Facility Management?

Alle Zentralbanken und Wirtschaftsforen sprechen von einer Abkühlung der Weltwirtschaft. Wenn man Deutschland, aber auch die osteuropäischen Länder besucht, merkt man auch dort die Sorge über einen wirtschaftlichen Abschwung. Am 12. Immobilien und Facility Management (IFM) Kongress der TU Wien bestätigte Dr. Valentin Hofstätter, Head of Market Strategy & Quant Research, Raiffeisen Bank Int., diesen Trend. Das Wirtschaftswachstum sinkt nachhaltig in den nächsten Jahren sowohl in den USA als auch in der EU. In der EU sogar auf rund 0,5 Prozent.

Österreich „über-performt“ und erholt sich auch schneller als Deutschland und die meisten EU-Länder Zentraleuropas, ist aber eher positiv zu beurteilen, vor allem da auch die Zinsen lange unter der Inflationsrate liegen werden. Auch die Arbeitslosenquote ist auf einem Rekordtiefstand.

Hofstätter stellte in seinem Vortrag insgesamt der Service-Branche eine positive Bilanz aus.

FOTO // shutterstock.com/IFM



Wetterberichten kostengünstig Präventionsmaßnahmen setzen und so in der Folge Prämien optimieren. Denn Schäden werden zwar von der Versicherung gezahlt, aber dies hat natürlich Auswirkungen auf die Folgeprämien. Partnerschaftliches Denken ist daher wichtig. Auf der Website Natural Hazard Overview and Risk Assessment Austria (hora.gv.at) kann jeder anhand einer Adresse das mögliche Naturkatastrophenpotenzial wie Hochwasser, Tornados etc. für einen bestimmten Standort abschätzen lassen. „In der Prämie gibt es einen Spielraum von plus minus zehn Prozent, je nachdem, ob man sich vorher mit der Versicherung abgestimmt hat.“, erklärt Wendler.

Emerging Technologies müssen nicht immer teuer sein. Der Vortrag von Dipl.-Ing. Wolfgang Huber von der BIG zeigte weitere Optimierungsmöglichkeiten durch den Einsatz von Emerging Technologies auf. Gemeinsam mit der TU Wien wurden die Anwendungsmöglichkeiten von „emerging technologies“ in den Bereichen Betrieb, Energieoptimierung und Safety analysiert und leicht umsetzbare Implementierungs-

szenarien definiert. In einem ersten Testprojekt wurden z. B. über 100 Sensoren verbaut und in der Cloud visualisiert, um den Implementierungsaufwand und die Möglichkeiten einschätzen zu können. In einem weiteren Case wurde der Energieverbrauch einer Liegenschaft der BIG optimiert. Dazu wurden IoT-Devices auf den Hauptverbrauchern installiert und die Daten im Internet visualisiert. Die Kosten waren vergleichbar mit einer einmaligen Beauftragung eines Energieaudits des Gebäudes. Aus den Daten war leicht erkennbar, dass die Steuerung der Klimatisierung in Abhängigkeit von der Anzahl der Nutzer nicht funktionierte. Allein durch diese Maßnahme rechnete sich die gesamte Investition. Im nächsten Schritt werden mehr die Details wie erhöhte Blindleistung analysiert, um weitere Optimierungsmaßnahmen abzuleiten. Basierend auf der Datenbank der Use Cases der TU Wien sollen weitere Szenarien wie Ressourceneffizienz, Optimierung der Verfügbarkeiten und Predictive Maintenance definiert und gemeinsam umgesetzt werden. An diesem Beispiel ist gut erkennbar, dass valide Daten die Basis für alle Entscheidungen sind.

„Beim Klimawandel bedenken nur wenige, dass Unwetter wie Starkregen und Stürme **unwillkürlich die Prämien von Versicherungen erhöhen.**“

Doris Wendler, Vorstandsdirektorin bei der Vienna Insurance Group, fordert partnerschaftliches Denken von Immobilienbesitzern und -betreibern.

OpenData – Entscheidungen auf Basis valider Daten. Meist sind aber die Generierung und der Zugang zu Daten mit erheblichen Kosten verbunden. Daher ist auch die Nutzung stark eingeschränkt. Mag. Wolfgang Jörg von Wien Digital zeigte, dass dies nicht immer der Fall sein muss, denn die Public-Sector-Information Richtlinie und deren österreichische Umsetzung in den Informationsweiterverwendungsgesetzen besagt, dass Behörden alle Daten, deren Generierung schon durch Steuern bezahlt wurde, den Bürgern maschinenlesbar, barrierefrei und kostenlos zur Verfügung stellen müssen. Daraus entsteht u. a. gerade die Europäische Geodateninfrastruktur (INSPIRE). In Österreich erfolgt der Zugang über das data.gv.at Web Service-Portal, in dem 487 Anwendungen und rund 26.600 Datensätze von über 1100 Organisationen zur Verfügung stehen. Beispiele für frei verfügbare Daten sind die Verwaltungsgrundkarte und das digitale Geländemodell mit Geodateninformationen der einzelnen Grundstücke in Österreich. Aber auch Flächenwidmung und Bebauungspläne inkl. der Schutzzonen sowie das AdressWebService mit taggenauen Adressen sind hier digital kostenfrei

abrufbar. Diese Daten lassen Details wie den Sonnenstand auf den Grundstücken analysieren. Über die GIP.at lassen sich sämtliche Verkehrswege zum Beispiel für ein automatisches Routing aufrufen. Jörg zeigte auch, wie einfach die Daten zu verwenden sind, ohne dass ein Nutzer eine Software kaufen muss. Durch die Verwendung von frei verfügbarer Cloud oder SaaS-Software lassen sich viele Analysen einfach und kostenlos durchführen. Eine Revolution für die Potenzialbewertung von Liegenschaften etc.

Insgesamt zeigt sich, sobald ein Gebäude errichtet wurde, erfordert es diverse Services, um es „nutzbar“ zu erhalten. Die Anforderungen steigen durch den Einsatz neuer Arbeitswelten. Aber diese Services rechnen sich in Wien. Bei einem durchschnittlichen Unternehmen gilt, einer Reduktion der Bürofläche um 25 Prozent entspricht einer Steigerung der produktiven Arbeitszeit der Mitarbeiter um fünf Minuten pro Tag. Entscheiden Sie selbst, welchen Weg Sie für Ihr Unternehmen gehen wollen.

Mehr Infos auf https://institute.tuwien.ac.at/ifm/12ifm_kongress_2019/DE/

„Wir sehen **über Sensoren**, wie viele Mieter sich im Gebäude befinden, und können dementsprechend die Anlagen energieeffizient steuern.“

Matthias Schmidt, Leiter Development Deutschland von CA IMMO, berichtet, dass im „Cube“ in Berlin über IoT-Sensoren, die aktuelle Nutzung, Belegung, der Energiebedarf etc. erfasst und in einem Management-Cockpit gesteuert wird.



Kein Strom? Wir helfen!

Energie im Katastrophenfall
Notstrom für Kommunen
Mieten oder Kaufen
24/7 einsatzbereit

TOPLAK
MOBILE POWER
STROM. HEIZEN. KÜHLEN

Ihr Partner in Österreich.
www.toplak.com



URBAN FUTURE
global conference

Sie wollen nachhaltige Städte und Gemeinden?
Wir auch!

Zusammen geht's leichter.
Wir sehen uns auf der #UFGC20 in Lissabon!

April 1-3 | 2020
Lisbon | Portugal





VIKTUALIA-Award: Preisträger sind Vorbilder gegen den Wegwerf-Trend

„Auch unsere diesjährigen VIKTUALIA-Preisträgerinnen und Preisträger sind starke Vorbilder gegen den Wegwerf-Trend“, betonte Nachhaltigkeitsministerin Maria Patek bei der Auszeichnung der herausragenden Ideen und Projekte gegen die Verschwendung von Lebensmitteln. Der begehrte Award des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus wird im Rahmen

der Ressort-Initiative „Lebensmittel sind kostbar!“ in insgesamt sechs Kategorien verliehen und steht für den verantwortungsbewussten Umgang mit kostbaren Ressourcen. „Die innovativen Projekte zeigen eindrucksvoll, wie wir Lebensmittelabfälle entlang der gesamten Wertschöpfungskette reduzieren können“, so Patek und verwies auf Projekte, wie „Too Good To

Go“. „Jede Österreicherin und jeder Österreicher wie auch jeder gastronomische Betrieb, kann mit Ideen wie dieser dazu beitragen, CO₂-Emissionen zu senken und Lebensmittel verantwortungsbewusst zu nutzen. Der Award soll auch in Zukunft zur Nachahmung anregen und zu weiteren Maßnahmen inspirieren.“ Mehr Infos unter: www.bmnt.gv.at

WISSENSCHAFT IN ALLER KÜRZE

Ländlicher Raum 4.0?

Schlagwörter wie „Open Government“ oder „Industrie 4.0“ sind in aller Munde und fast jeder ist mittlerweile in sozialen Netzwerken wie Facebook und Instagram unterwegs. Auch wenn viele Menschen mobiles Internet unterwegs über das Handy nutzen, so ist die zentrale Voraussetzung für die Internetnutzung für die meisten ein Breitbandanschluss zu Hause. Im Jahr 2018 verfügten 88 Prozent der österreichischen Haushalte über einen solchen Anschluss. Damit lag Österreich zwar über dem Durchschnitt der 28 EU-Staaten von 86 Prozent, jedoch deutlich hinter den Spitzenreitern Niederlande (97 Prozent) und Luxemburg (93 Prozent). ...

Der neueste Beitrag der wissenschaftlichen Serie von KOMMUNAL in Kooperation mit dem ECONet-Projekt zur ländlichen Entwicklung, an dem unter anderem die Donau-Universität Krems beteiligt sind, beschäftigt sich mit der Nutzung digitaler Technologien im ländlichen Raum Österreichs. Mehr auf kommunal.at/econet



» Für eine Neubewertung wird die EZB jeden Stein umdrehen.“

Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), will die Geldpolitik der EZB intensiv überprüfen

4,4 %

Mit 203.600 Arbeitslosen und einer Arbeitslosenquote von 4,4% sank die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres (226.000 bzw. 4,9%).

128.900

Die Zahl der offenen Stellen erhöhte sich im 3. Quartal 2019 geringfügig auf 128.900 (3. Quartal 2018: 126.300).



Um zu verhindern, dass irrtümlich Fahrzeuginsassen mit eingeparkt werden, erfolgt vor dem eigentlichen Parkvorgang ein Vitalscan des Autos.

Grazer entwickeln Tiefgarage der Zukunft

Die Grazer SUPsystem Holding GmbH hat ein vollautomatisiertes unterirdisches Parksystem entwickelt, das mehr Platz für urbanes Leben schaffen soll. Die Parkhäuser des Smart Urban Park System (SUP) haben „zylindrische Form, die dreidimensionale geometrische Form den größten Flächennutzen – ähnlich einem Bienenstock“, berichtet „ubm magazin“ online. So sei es möglich, auch dort zu

bauen, wo eine herkömmliche Tiefgarage keinen Platz findet: Auf mindestens zwölf unterirdischen Stockwerken können etwa 300 Autos in den tiefgeschossigen Anlagen untergebracht werden, aufgedoppelt sogar bis zu 600.

Das Ein- und Aussteigen erfolgt beim SUP im Gegensatz zu herkömmlichen Parkhäusern oberirdisch. Dann übernimmt ein vollautomati-

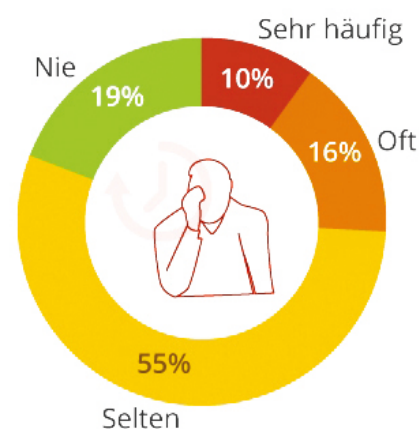
sches doppeltes bis dreifaches Liftsystem den Ein- bzw. Ausparkvorgang. Die Abwicklung eines gesamten Parkprozesses dauert laut „ubm magazin“ pro Lift rund 80 Sekunden. Um zu verhindern, dass irrtümlich Fahrzeuginsassen mit eingeparkt werden, erfolgt vor dem eigentlichen Parkvorgang ein Vitalscan des Autos. Mehr Infos und ein Imagevideo unter: www.up-system.com/

Arbeit: Überlastet und ausgebrannt?

Hoher Zeitdruck und zunehmende Arbeitsverdichtung, aber auch zu viel Arbeit für die eigentlich vereinbarte Arbeitszeit sind Faktoren, die bei vielen Beschäftigten in Deutschland zu Überlastung führen. Wie der aktuelle DGB-Report „Arbeiten am Limit“ zeigt, geben zehn Prozent der Beschäftigten an, dass sie die Arbeitsmenge sehr häufig nicht in der vorgesehenen Arbeitszeit schaffen.

Mehr Infos finden Sie unter <https://de.statista.com>

Wie häufig kommt es vor, dass Sie die Arbeitsmenge nicht in der vorgesehenen Arbeitszeit schaffen können?



statista



<https://kommunix.de/tevis-besucher-leitsystem-demo/>

Kommunix Software für Kommunen

URBAN FUTURE

3000 CityChanger
treffen sich in Lissabon
Seite 70

DROHNEN-REGELN

Bis zu 22.000 Euro
Strafrahmen
Seite 72

Nicht zufällig war Grünau im Almtal schon 2016 unter den oberösterreichischen Nominierten für die Show „9 Plätze – 9 Schätze“. Wolfgang Bammer ist Bürgermeister dieser idyllischen Gemeinde, die er mit seinen Eltern lieben gelernt hat und diese Erfahrungen nun seine eigenen Kinder machen lässt.

NAME: WOLFGANG BAMMER
ALTER: 33
GEMEINDE: GRÜNAU IM ALMTAL
EINWOHNERZAHL: 2058 (1. JÄNNER 2019)
BÜRGERMEISTER SEIT: MAI 2018
PARTEI: ÖVP

NAHAUFNAHME WOLFGANG BAMMER

HEIMATLIEBE WEITERGEBEN

TEXT // ANDREAS HUSSAK

Es wird wohl niemand der Feststellung widersprechen, dass das Almtal zu den schönsten Fleckchen zählt, die Österreich zu bieten hat. Dieses Trogtal nördlich des Toten Gebirges war nie ein Durchzugstal und konnte sich dadurch bis heute einen sehr ursprünglichen und natürlichen Charakter bewahren. Durchflossen wird es von der namensgebenden Alm, die dem Almsee entspringt und nach knapp 50 km in die Traun mündet. Das glasklare Wasser des Almsees erscheint fast noch reiner als die frische Bergluft. Der imposante Gipfel des Zwölferkogels, der das Tal quasi nochmals aufspaltet, ragt majestätisch in den Himmel, und wenn die (geschützten) Blumenwiesen über und über mit blühenden Narzissen überzogen sind, wähnt man sich leicht irgendwo zwischen Paradies und perfektem Alpenidyll.

Während sich das untere Almtal zum Alpenvorland hin öffnet, windet sich das beschriebene obere Almtal auf rund 25 km Länge in die Salzkammergut-Voralpen hinein. Dieses Gebiet gehört vollständig zur Gemeinde Grünau im Almtal. Zwar hat die Gemeinde nur rund 2000 Einwohner, flächenmäßig ist sie aber die größte Gemeinde in Oberösterreich und da sie zu 75 Prozent von Wald bedeckt ist, ist sie auch die walddominanteste Gemeinde des Bundeslandes.

Der Bürgermeister von Grünau heißt Wolfgang Bammer und beschreibt seine Heimat als „einen idyllischer Ort zum Entschleunigen. Zwar mit touristisch geprägten Einzelheiten, aber dennoch auf sanften Tourismus aufgebaut – wo man sich im Urlaub nicht gestresst fühlt, sondern wirklich entspannen

„**WIR SIND EINE DER WENIGEN HÄRTEAUSGLEICHSGEMEINDEN. DAS IST EINE SCHWIERIGE SITUATION.**“

Wolfgang Bammer über das Gemeindebudget von Grünau im Almtal

kann. Man hat unglaublich viele Möglichkeiten zum Bergsteigen, Wandern oder einfach nur spazieren gehen – also wirklich abschalten und in Ruhe Urlaub machen.“

Mit seinen Eltern durch den Ort zu spazieren, verrät Bammer, zählt für ihn zu seinen schönsten Kindheitserinnerungen. Heute macht er das genauso mit seinem eigenen Nachwuchs: „Ich habe zwei Kinder und zusammen gehen wir sehr viel in die Natur.“ Tatsächlich ist Grünau und das Almtal geradezu prädestiniert dafür. Für die Gemeinde ist daher neben der Holzwirtschaft der Tourismus der bedeutendste Wirtschaftszweig, und der ist in Grünau zweisaisonal. Neben dem Schigebiet Kasberg gilt die Umgebung von Grünau auch als Geheimtipp für Tourengänger und Schneewanderungen. Trotzdem hat der Sommertourismus die Nase vorn und bringt in der warmen Jahreszeit den Großteil der Gäste. Der Tourismus bereitet den Gemeindeverantwortlichen dennoch Kopfzerbrechen: „Wir sind zwar eher ein sanftes Tourismusgebiet, haben aber trotzdem das Problem der Wertschöpf-»



FOTO/© Tourismusverband Traunsee-Almtal-Genuss am Almfuss



FOTO/© Herr_ypsalon CC BY-SA 3.0



FOTO/© Schemberg Isival – CC BY-SA 4.0

fung der Eintagesgäste“, erklärt Bammer. „Wir schauen, dass wir wieder Betten in die Grünau bringen, sodass auch bezüglich des Schigebiets die Wertschöpfung wieder nach oben geht.“

Ein anderes Ausflugsziel in Grünau ist der Cumberland-Wildpark. Der von der Herzog von Cumberland-Stiftung geschaffene Park war früher im Besitz des Prinzen Ernst August von Hannover. Das Gelände gehört diesem auch heute noch, ist jetzt allerdings an einen Verein verpachtet, der den Park vor zehn Jahren vor dem Aus gerettet hat. Gegenwärtig erfreut sich der Wildpark wieder großer Beliebtheit und hat über 100.000 Besucher pro Jahr. „Doch ist er ein typisches Eintagesausflugsziel. Das bringt für Grünau außer ein bisschen Werbung nicht viel“, bedauert Bammer. Die Gemeinde ist daher bemüht, wieder mehr Gästebetten in der Grünau zu schaffen: „Wir sind auf einem guten Weg und haben jetzt eine touristische Fläche mit 12.000 Quadratmetern gewidmet, für die es auch schon Investoren und Projektanten gibt. Ein weiterer ganz wichtiger Punkt sind Leerstände von Häusern. Die wollen wir wieder revitalisieren. Da sind wir mit einem zweiten Projekt dabei, bei dem es um ein Meditations- und Fastenhotel geht, das in einem bestehenden Haus realisiert werden soll, damit auch das Ortsbild wieder ein bisschen in Schwung kommt.“

Auch beim Katastrophenschutz hat die Gemeinde Großes vor, erzählt Bammer: „Auf die nächsten zehn Jahre hinaus läuft ein Projekt, in

Das Almtal kann mit drei Seen aufwarten, die sich infolge eines spätglazialen Bergsturzes in der Hetzau vor ca. 13.000 Jahren gebildet haben: dem Almsee (oben), dem kleinen Ödsee, und dem großen Ödsee (rechts).

Ganz rechts: Blick über Grünau vom Kasberg aus. Die Alm fließt von links aus dem Almtal kommend in einer Schleife nach Norden Richtung Scharnstein und mündet nach 48 km in die Traun.

Rechts: Der Cumberland-Wildpark ist ein beliebtes Ausflugsziel und hält – einmalig in Österreich – Bären und Wölfe in einer Gemeinschaftsanlage. Darunter: Graugänse in jener Forschungsstelle, die Konrad Lorenz 1973 in Grünau gründete und die auch heute noch wichtige Erkenntnisse aus der Verhaltensbiologie liefert.



FOTO/© Cumberland Wildpark



FOTO/© Christine Noebauer-CC BY-SA 3.0 at

Zusammenarbeit mit der WLW ein Steinschlag-schutznetz entlang des Südhangs von Grünau zu montieren. Das verschlingt mehrere Millionen und ist für eine einwohnermäßig kleine Gemeinde sehr, sehr schwierig. Wir sind eine der wenigen Abgangsgemeinden bzw. Härteausgleichsgemeinden. Das ist eine sehr schwierige Situation.“

Ob er sich dieses Amt „antun“ soll, war für Wolfgang Bammer jedoch nie eine Frage. Ganz im Gegenteil. „Ich hab’ als kleiner Bub schon immer gesagt, ich will einmal Bürgermeis-

» Ich hab’ als kleiner Bub schon immer gesagt, **ich will einmal Bürgermeister werden.**«

Wolfgang Bammer hatte schon früh klare Zukunftspläne

ter werden.“ In die Politik kam er über einen ehemaligen Nachbarn. Der war Fraktionsobmann bei der ÖVP, ist eines Tages an den jungen Wolfgang Bammer herangetreten und hat gesagt: „Wolfgang, du willst einmal Bürgermeister werden, dann brauchst du auch eine Partei im Hintergrund.“ Bammer trat der Partei bei und begann so seine politische Laufbahn.

Gelernt hat er ursprünglich Sporthandelskaufmann bei der Firma Intersport. Danach war er rund zehn Jahre für ein Softwareunternehmen im Außendienst unterwegs. Mittlerweile arbeitet Bammer seit fünf Jahren bei der Firma Wolf und verkauft Fertighäuser. „Ich bin halbtags Bürgermeister und halbtags in meinem Beruf“, beschreibt Bammer seine Arbeitsaufteilung. Vor drei Jahren hat er übrigens selbst in Grünau ein Haus gebaut. Das war noch vor der Wahl. Die fand im Mai 2018 statt und ging denkbar knapp aus. „Wir haben zwei Wahlgänge gehabt. Einmal mit drei Kandidaten und danach die Stichwahl mit dem Kandidaten der SPÖ.“

In den gut eineinhalb Jahren seiner Amtszeit hat Wolfgang Bammer schon einiges erlebt. So lag aufgrund der vorangegangenen Extremwetterereignisse im Herbst und Winter dermaßen viel Schadholz in den Forstrevieren, dass Bammer im heurigen Frühjahr einen Assistenzersatz des Bundesheeres anfordern musste, um zu verhindern, dass sich der Borkenkäfer mit dem Schadholz als Brutstätte massiv vermehrt.

Ebenfalls noch gut in Erinnerung ist Bammer, „als wir knapp 30 Kinder vom Hochberghaus bergen mussten. Wir hatten im Schigebiet keinen Strom mehr. Durch den Windwurf und den Schneedruck wäre es einfach zu gefährlich gewesen, die Kinder mit Fahrzeugen oder Schi herunterzubringen. So haben wir uns schlussendlich dafür entschieden, sie mittels Hub-schrauber ins Tal zu bringen.“

Bammers Bürgermeisteralltag ist abwechslungsreich und erfordert viel Kommunikation, etwa mit den sechs anderen Gemeinden des Vereins Almtal (VERA), der eine Reihe von gemeindeübergreifenden Projekten durchführt – zum Beispiel „Almtal unterwegs“, bei dem (mit Leader-Förderung) an innovativen, bedarfsorientierten Verkehrslösungen gearbeitet wird.

Auf die abschließende Frage, ob Bammer etwas bereut, antwortet er entschieden: „Nein. Bis jetzt noch nicht. Und ich hoffe, es bleibt so.“ ●

DAS AMT UND SEINE TRÄGERINNEN

Sie tragen die politische Hauptverantwortung für die Lebensqualität in den 2098 Gemeinden Österreichs. Ihren Bürgerinnen und Bürgern gelten sie je nach Blickwinkel als Reibebaum oder Respekts-person, Geldbeschaffer oder -verteiler, machtlos oder machtbesessenen. KOMMUNAL fragt nach: Wie ticken unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister? Was treibt sie an? Wie interpretieren sie ihr Amt zwischen Erwartungsdruck, rechtlichen und budgetären Rahmenbedingungen? In Kooperation mit dem Verein Zukunftsorte porträtiert KOMMUNAL in einer losen Serie Gemeindeoberhäupter, die ihre Kommune nicht nur verwalten, sondern gestalten und ihre Visionen umsetzen wollen.

DIE UFGC: VON GRAZ ÜBER WIEN UND OSLO NACH LISSABON

FÜR NACHHALTIGERE KOMMUNEN WELTWEIT

Die URBAN FUTURE Global Conference (UFGC) ist der weltweit größte Treffpunkt für CityChanger*. Die UFGC wurde 2014 von Gerald Babel-Sutter ins Leben gerufen und findet jährlich in wechselnden europäischen Städten statt. Sie versammelt die innovativsten Köpfe unserer Zeit und versteht sich als neutrale Plattform ohne politische Agenda.

Nach den Konferenzen in Graz und Wien trafen im Mai 2019 in Oslo mehr als 2600 Experten und Expertinnen und urbane EntscheiderInnen aus rund 60 Ländern zusammen. Eine ähnliche Zahl erwartet Lissabons Bürgermeister Fernando Medina auch vom 1. bis zum 4. April 2020 in Europas Umwelthauptstadt. „Städte spielen in der aktuellen Klimaschutzdebatte eine besonders wichtige Rolle, da sie für die meisten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind und einen Großteil der Industriebetriebe beherbergen. Daher müssen sie in wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Hinsicht nachhaltiger werden, um auch nächsten Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Deshalb lassen wir uns von anderen Städten inspirieren und hoffen, dass auch unsere Initiativen für nachhaltige Stadtentwicklung von City-Changern aufgegriffen werden“, erzählt Medina.

Warum Lissabon? Dass die portugiesische Hauptstadt mehr zu bieten hat als bunte Fliesen, Hügel und gelbe Straßenbahnen, wird schnell klar. Lissabon versprüht einen beson-

* Mit dem Begriff „CityChanger“ sind engagierte und leidenschaftliche Menschen, die ihre Gemeinden, Städte, Branchen und Unternehmen nachhaltig verändern, gemeint. Sie kommen aus einer Vielzahl von Organisationen sowie Hierarchieebenen und aus mehr als 30 Disziplinen, darunter Mobilität, Energie, Stadtplanung, Architektur, Politik & Verwaltung, Immobilien, Finanzen, IT, Forschung, und Innovation.



» Ob klein oder groß, am Meer oder in Bergen gelegen, jede einzelne Kommune ist gefordert, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.“

Gerald Babel-Sutter,
Gründer und CEO der UFGC

deren Charme und ist stolz auf seine Identität. Tradition wird hier großgeschrieben, trotz des teilweise heftigen Touristenansturms, der die Infrastruktur gelegentlich an ihre Grenzen bringt. Für Gerald Babel-Sutter, CEO, Gründer und Programmdirektor der UFGC, ist Lissabon als Austragungsort für die Urban Future Global Conference im nächsten Jahr geradezu prädestiniert: „Lissabon wurde aufgrund seiner nachhaltigen Stadtentwicklung in den letzten zehn Jahren völlig zu recht als Europäische Umwelthauptstadt 2020 ausgezeichnet. Bemerkenswert ist nicht nur der Ansatz, den Mensch in den Mittelpunkt der Stadtplanung zu stellen, sondern auch die Fortschritte bei Energieeffizienz und Wassermanagement. Damit tritt Lissabon auch den Beweis an, dass nicht nur urbane Zentren im Norden Europas Vorreiter bei nachhaltiger Entwicklung sind. Ob klein oder groß, am Meer oder in Bergen gelegen, jede einzelne Stadt ist gefordert, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.“

Besonder stark traf Lissabon die Wohnraumkrise. Nach der Wirtschaftskrise hat rund ein Drittel der Bevölkerung mangels Perspektiven die Stadt verlassen – von 800.000 Einwohnern 1980 schrumpfte die Bevölkerung auf rund 600.000 2017. Das hatte und hat massive Folgen nicht nur für die Bausubstanz. Das Problem der „Zweitwohnsitzer“ (reiche Ausländer kaufen billig alte Häuser und Wohnungen und nehmen sie so vom Wohnungsmarkt) haben dazu ge-



führt, dass mittlerweile ein tourismusfeindliches – oder zumindest skeptisches – Klima in der an sich offenen und freundlichen Stadt Einzug gehalten hat.

Auch die Infrastruktur leidet unter erheblichen strukturellen Problemen. Vor allem der Verkehr und die Wasserversorgung sind ein Problem. Derzeit kämpft die Stadt darum, das Öffi-Netz unter kommunale Verwaltung stellen zu können – bislang war das staatliche Zuständigkeit. Und die Wasserversorgung? Durch Modernisierung der maroden Leitungen konnte der Wasserverlust von 30 Prozent auf unter zehn Prozent gedrückt werden. Für Straßenreinigung und Blumengießen wurde ein zweites Netz für recyceltes Wasser installiert.

Inhaltlich wird sich bei der UFGC nächstes Frühjahr alles um die vier großen Themen Mobilität, Wasser, Stadtviertel und Leadership drehen. Soeben wurden die ersten Speaker präsentiert, darunter bewährte Mitglieder der Urban Future Familie wie Mikael Colville-Andersen, Fabian Dattner oder Erion Veliaj, aber auch „neue Gesichter“ wie Schriftstellerin Margaret Heffernan oder Mario Raimondi, Gründer von El Desafio, einer Organisation zur Reduktion von urbaner Armut in Argentinien.

Tickets für die UFGC20 sind ab sofort verfügbar:
www.urban-future.org/ufgc20/

FOTOS // Geir Anders Rybakken Ørslie / Tove Laulutenodecam/shutterstock.com



Neben den Vorträgen bietet die UFGC auch zahlreiche Erfahrungen bei Exkursionen und Stadt-Erfahrungstrips an – bei jedem Wetter.



ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

60+

Sessions

20+

Side Events

30+

Exkursionen

250+

Vortragende aus vier Kontinenten

3000

Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus mehr als 60 Ländern

120+

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister

100+

Medienvertreter

KOMMUNAL ist auch 2020 Medienpartner der UFGC

DROHNEN: NEUE EU-VERORDNUNG

STRAFRAHMEN
BIS 22.000 EURO

Ab Juli 2020 gelten in der Europäischen Union einheitliche Regeln für den Betrieb von Drohnen. Damit wird der Einsatz unbemannter Flugobjekte staatenübergreifend reguliert.

TIPPS ZUM SICHEREN UND KORREKTEN UMGANG MIT DROHNEN:

- Bis 250 Gramm gelten Drohnen als Spielzeug, brauchen keine Registrierung und dürfen auf eine max. Höhe von 120 Metern aufsteigen.
- Drohnen der Kategorie „Offen“ müssen in einer maximalen Entfernung von 500 Meter immer in Sichtkontakt geflogen werden. Die maximale Flughöhe beträgt 120 Meter. Drohnen über 250 Gramm sind immer in einer sicheren Entfernung von Menschen zu fliegen.
- Drohnen der Kategorien „Spezifisch“ und „Zertifiziert“ unterliegen einer Genehmigungspflicht.
- Drohnenflüge sind nicht überall möglich. Die neuen EU Regelungen sehen für Mitgliedsstaaten die Schaffung von ausgewiesenen drohnenfreien Zonen vor (sogenannte „no-drone zones“).

Ohne Bewilligung mit einer Drohne in Österreich zu fliegen, stellt eine Verwaltungsübertretung dar. Das Strafausmaß beträgt bis zu 22.000 Euro.



» Die neue Rechtslage sieht für jedes Szenario der Anwendungen eine klare Regelung vor.“

Armin Kaltenegger, Leiter des Bereichs Eigentumschutz im KFV

Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) hat diese neue rechtlichen Grundlagen unter die Lupe genommen und präsentierte kürzlich die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage zur Akzeptanz von Drohnen in der Bevölkerung.

Drohnen (f)liegen voll im Trend: Nicht nur bei Hobby-Piloten erfreuen sich die unbemannten, ferngesteuerten Luftfahrzeuge großer Beliebtheit, auch für professionelle Anwender erschließen sich laufend neue Einsatzmöglichkeiten. Sei es in Land- und Forstwirtschaft, Transport und Logistik, Wissenschaft und Forschung, Industrie und Infrastruktur oder im Kontext polizeilicher und militärischer Sicherheitsaktivitäten und Hilfeinsätze: Drohnen sind Hoffnungsträger für eine Vielzahl von Anwendungen. Die zunehmende Nutzung unbemannter Flugobjekte birgt jedoch auch Herausforderungen im Zusammenhang mit der Sicherheit im Luftraum sowie dem Schutz und der Wahrung der Privatsphäre.

Chancen nutzen, Sicherheit gewährleisten

Um die Chancen der Technologie „Drohne“ nicht ungenutzt zu lassen, gleichzeitig jedoch ein größtmögliches Maß an Sicherheit im Luftraum zu gewährleisten, hat die Europäische Union europaweit gültige Regelungen für die Drohnenutzung erlassen. Die Verordnung (EU 947/2019) gilt grundsätzlich (mit Übergangsregelungen) ab dem 1. 7. 2020 in allen Mitgliedsstaaten und soll sicherstellen, dass Hersteller und Nutzer EU-weit die Sicherheit, Privatsphäre, den Umgang mit persönlichen Daten und den Umweltschutz respektieren.

Eine Befragung des KFV zu Thema Drohnen zeigt: Der Wunsch nach gesetzlichen Vorgaben zur Nutzung von Drohnen ist in der Bevölkerung deutlich ausgeprägt: So befürworten 62 Prozent der Befragten eine starke Regulierung seitens des Staates. Lediglich sechs Prozent sprechen sich für eine uneingeschränkte Privatnutzung aus. „Die neue Rechtslage kommt diesem Wunsch entgegen. Sie sieht für jedes Szenario der Anwendungen eine klare Regelung vor“,

so Dr. Armin Kaltenegger, Leiter des Bereichs Eigentumschutz im KFV.

Privatnutzer: Registrierung ab 250 Gramm

Abhängig von Gewicht und Einsatzbereich werden Drohnen künftig in drei Kategorien unterteilt: „Offen“, „Spezifisch“ und „Zertifiziert“. Für den Großteil der Nutzer ist die Kategorie „Offen“ relevant. Sie umfasst – je nach Einsatzgebiet – Drohnen mit einem Gewicht von bis zu 2,5 kg. Eine der wesentlichen Neuerungen der Verordnung ist, dass in der Kategorie „Offen“ die bisherige Genehmigungspflicht durch eine reine Registrierung ersetzt wird. Drohnenbetreiber mit Drohnen über 250 Gramm müssen sich ab 1. 7. 2020 bei Austro Control registrieren und bekommen eine individuelle Betreibernummer zugewiesen, die auf dem Fluggerät angebracht werden muss. Die Registrierung wird via online-Formular auf der Website dronespace.at möglich sein. Die Kompetenz des Piloten muss künftig mittels eines Tests nachgewiesen werden, wobei auch hier gilt, dass die Anforderungen vom Risiko des beabsichtigten Betriebs abhängig sind.

» Mehr auf kfiv.at

Alle Informationen zum sicheren Betrieb von Drohnen, inklusive standortbezogener Abfrage über die Luftraumstruktur, sind in der [dronespace-App](https://dronespace.at) der Austro Control zu finden.

ZERTIFIKAT STÄRKT KOMMUNALE STANDORTE

FAMILIENFREUNDLICH: DAMIT'S DEN KINDERN GUT GEHT

Ende November erhielten 111 Gemeinden und eine Region das staatlichen Gütezeichen familienfreundliche Gemeinde bzw. familienfreundliche Region.

Es ist beeindruckend, wie vielfältig die Maßnahmen der österreichischen Gemeinden sind, die durch den Auditprozess ‚familienfreundliche Gemeinde‘ umgesetzt werden können. Die Verantwortlichen haben damit einen großartigen Beitrag geleistet, um auf ihre Gemeinde zugeschnittene Lösungen zu finden und damit die Lebensqualität und Zufriedenheit der Menschen zu verbessern“, so Ines Stilling, Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend. 72 Gemeinden erhielten zudem das UNICEF-Zusatzzertifikat „Kinderfreundliche Gemeinde“.

Immer mehr Bürgermeisterinnen und Bürgermeister setzen auf gelebte Kinder- und Familienfreundlichkeit, auch als wichtiger Standortfaktor für die Kommunen. „Dass eine Gemeinde sich selbst ein Arbeitsprogramm für den Weg zur Familienfreundlichkeit gibt, fördert die nachhaltige Umsetzung und Verankerung der Maßnahmen. Insbesondere die Einbindung

der Bürgerinnen und Bürger ist einer der größten Erfolgsfaktoren für diesen Prozess“, meinte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl.

Und erstmals wurden mit der Kleinregion „Donau-Ybbsfeld“ mehrere Gemeinden als Gruppe ausgezeichnet und erhielten die „familienfreundliche Region“-Auszeichnung. Zum Zusammenschluss „Donau-Ybbsfeld“ zählen Ardagger, Blindenmarkt, Ferschnitz, Neustadt an der Donau, St. Georgen am Ybbsfeld und Viehdorf.

Am Beginn steht der Auditprozess familienfreundliche Gemeinde, ein kommunalpolitischer Prozess, in dem unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aller Generationen das bereits vor Ort bestehende familienfreundliche Angebot evaluiert und neue, bedarfsorientierte Maßnahmen entwickelt werden.

www.familieundberuf.at

Die Kleinregion Donau-Ybbsfeld erhielt die bislang einzige „familienfreundliche Region“-Auszeichnung.

FOTOS // © Harald Schlossko



FAMILIENFREUNDLICHES ÖSTERREICH

Insgesamt haben bereits über 530 Gemeinden österreichweit am Audit familienfreundliche Gemeinde teilgenommen, das sind rund 29 Prozent aller österreichischen Gemeinden und damit profitiert ein Drittel der Gesamtbevölkerung von den familienfreundlichen Maßnahmen.



Die Stadt Wels ist dabei. Sind Sie schon kommunos?

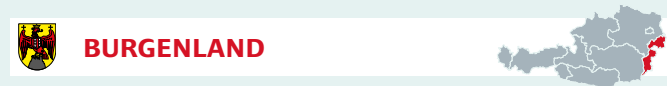
Viele Kommunen vertrauen auf unsere zukunftssichere Softwarelösung zum professionellen Bewerbermanagement und einem DSGVO-konformen Auswahlprozess.

Überzeugen Sie sich selbst unter kommunos.at – online registrieren und direkt losstarten

BASISVERSION
KOSTENLOS
TESTEN



kommunos.at



Der Sieg in der Kategorie 1 ging an die Gemeinde Bad Sauerbrunn. Im Bild: Bürgermeister Gerhard Hutter, Landesrätin Astrid Eisenkopf und der Vorsitzende der Fachjury, Landesamtsdirektor-Stellvertreter Josef Hochwarter.

Dorferneuerungspreise vergeben

Die Landesregierung hat im Jahr 2019 drei Dorferneuerungspreise vergeben. Die Preisträger:

- Bad Sauerbrunn: „Naturnaher Kinderspielplatz“
- Pöttelsdorf: „Gemeindezentrum mit Ordination“
- Architekten Kandelsdorfer ZT: „Türkenturm“ in Pamhagen

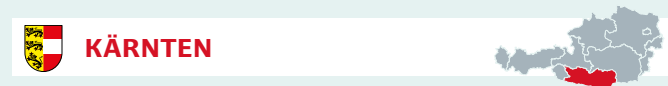
Anerkennungspreise gingen an:

- ⊙ Schattendorf: „Eltern-Kind-Zentrum“
- ⊙ Halbtorn: „Gemeindezentrum“
- ⊙ Oberwarter gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft reg. GenmbH: „Burgenlandhof“ in Jennersdorf

Mittel für Gratis-kindergärten

Mit dem neuen Kinderbildungs- und -betreuungs-gesetz hat das Burgenland den generellen Gratiskindergarten eingeführt. Das Fördersystem wurde auf eine Personalkostenförderung umgestellt. Zusätzlich zu den Ausgleichszahlungen unterstützt das Land die Gemeinden oder Rechtsträger bei der Umstellung auf das neue

Fördersystem mit Geld aus den Bedarfzuweisungen. Damit soll keine Gemeinde bei der Umsetzung des Gratiskindergartens finanzielle Verluste zu beklagen haben. Von den Betreibern dürfen nur mehr Beiträge für Zusatzleistungen wie zum Beispiel Essen, Sport- und Musikangebote oder Bastelutensilien eingehoben werden. Die Beiträge dürfen höchstens kostendeckend sein und keinesfalls einen Gewinn bringen.



„e5-Krone“ erstmals verliehen

Im Rahmen einer Veranstaltung, bei der e5-Gemeinden ausgezeichnet wurden, wurde auch erstmals die „e5-Krone“ für besonders innovative und nachahmungswürdige Projekte verliehen. Insgesamt waren 20 Projekte eingereicht worden, der Kriterienkatalog umfasste u. a. die Kategorien Innovation sowie soziale und/oder ökonomische Auswirkungen.

Den ersten Platz teilten sich die Marktgemeinden Gut-taring (Bildungszentrum) und Eisenkappel Vellach (Kindergarten) sowie die Gemeinde Ludmannsdorf (Bildungszentrum) mit je 7500 Euro Preisgeld. „Alle drei Gemeinden werden für Mustersanierungen ihrer Schul- bzw. Kindergartengebäude ausgezeichnet“, erläuterte Landesrätin Sara Schaar.



Neben der e5-Krone gab es auch e5-Zertifizierungen für neun Gemeinden.

Gemeinden als Slow-Food-Pioniere

Mit den weltweit ersten Slow-Food-Villages will das Tourismusland Kärnten international eine Vorreiterrolle einnehmen. Sieben Gemeinden, die sich in den vergangenen zwei Jahren durch Engagement und Leidenschaft für die Kärntner Kulinarik qualifiziert hatten, wurden nun als „Slow

Food Dörfer“ ausgezeichnet. Es sind dies Arriach, Berg im Drautal, Irschen im Drautal, Millstatt, Nötsch im Gailtal, Obervellach und St. Daniel im Gailtal. Das Konzept der Slow Food Villages wurde von Slow Food Kärnten in Zusammenarbeit mit der internationalen Slow Food Bewegung entwickelt und soll zum Vorbild für andere Länder werden



Die Unterzeichner der Charta der Zusammenarbeit für Biodiversitätsschutz mit den Bürgermeistern Martin Schuster (Perchtoldsdorf), Christoph Prinz (Bad Vöslau), Christoph Kainz (Pfaffstätten) und Stefan Szirucsek (Baden).

Ökologische Koalition in der Thermenregion

In der Thermenregion und im südlichen Wiener Becken wurden eine neue Allianz für die Erhaltung der herausragenden Biodiversität der Region sowie ein breites Natur- und Umweltbildungsangebot gestartet. Die artenreichen Offenlandflächen, die kleinstrukturierte Kulturlandschaft in der Thermenregion, die Steppenrasen des Steinfel-

des sowie die Feuchtwiesen der Feuchten Ebene sind Hotspots der Artenvielfalt im östlichen Österreich. Zur Sicherung dieses ökologischen Schatzes haben sich „Blühendes Österreich“, die Stiftung der REWE International AG sowie 14 niederösterreichische Gemeinden und Wien zusammenschlossen, um langfristig zu wirken.

Bonus für Auf-dem-Land-Bleiben

Um einen regionalen Ausgleich und einen Anreiz für das Leben auf dem Land sicherzustellen, gibt es für ländliche Regionen bis zu 20 Prozent mehr Förderung seitens des Landes. Damit ländliche Regionen als Wohnraum attraktiv bleiben, wurde ein Schlüs-

sel errechnet. Dazu wird die Bevölkerungsentwicklung von 2008 bis 2018 als Indikator herangezogen. Bei einer Abwanderung aus der Region im Ausmaß von 2,5 bis 4,9 Prozent gibt es einen regionsbezogenen Ausgleichsbonus von bis zu 3000 Euro. Beträgt das Ausmaß mehr als fünf Prozent, sind es bis zu 6000 Euro mehr.



Diskussion um Finanzhilfe bei Katastrophen

Gemeindelandesrätin Birgit Gerstorfer (SPÖ) wollte, dass Gemeinden im Katastrophenfall besser unterstützt werden. Konkret hätten Gemeinden, welche von extremen Schneefällen betroffen worden sind, Aufwendungen für Kosten ersetzt bekommen sollen, die über den üblichen Winterdienst hinausgehen. Der Antrag wurde im Unterausschuss des Landtages allerdings mehrheitlich ab-

gelehnt. Gerstorfers Regierungskollege Max Hiegelsberger (ÖVP) meinte dazu, dass die Winterdienstkosten ohnehin ausreichend ausgeglichen werden. So bleibt es dabei, dass lediglich Gemeinden, die sich im Härteausgleich befinden, ihre Mehraufwendungen im Winterdienst anerkannt und durch Bedarfswisungs-mittel des Gemeinderessorts ersetzt bekommen (Ab-gangsdeckung).



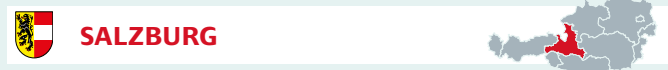
Kosten, die über den normalen Winterdienst hinausgehen, werden den Gemeinden oft nicht ersetzt.

Mehr Flexibilität bei Dienstposten

Ab 1. Jänner 2020 können Gemeinden ihre Dienstposten ohne Genehmigungsverfahren beim Land Oberösterreich flexibel und Stellenangebote individueller ausschreiben. Ausgehend von der Grundbewertung besteht innerhalb der Dienstpostengruppe festgelegten

Rahmens und unter Beachtung auf die Grundsätze der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit jeweils eine auf fünf Jahre befristete Umreifungsmöglichkeit (flexible und aufgabenorientierte Einreihung). „Damit haben die Gemeinden Spielraum, um einen modernen Dienstleistungsbetrieb mit gut ausgebildetem Personal zu führen“, meint Landesrat Max Hiegelsberger.

FOTOS: Bgld, Landesmedienservice, Studiohorst, Blühendes Österreich/Christian Dusek, Shutterstock/Maria Dryfhout



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Lehrgangs mit Landesrat Josef Schwaiger.

Fortbildung für Bodenbeauftragte

Bodenknappheit, Ressourcenschonung, Ortskernstärkung und leistbares Wohnen sind für die Gemeinden große Herausforderungen – nicht nur in naher Zukunft, sondern bereits heute. Mit einem viertägigen Lehrgang konnten sich kommunale Raumplanungs- und Bodenbeauftragte zu diesen Themen weiterbilden und

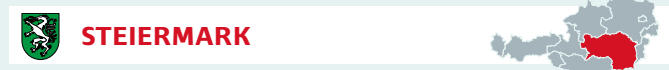
ihr Wissen vertiefen. Der Lehrgang vermittelte ein kompaktes Basiswissen für eine erfolgreiche Bodenpolitik. Zwei Tage wurden bereits im Oktober im Kärntner Velden abgehalten. Den Abschluss bildeten ein Seminar in Abtenau und eine Exkursion zum Landschaftsschutzgebiet Egelsee in Unterach am Attersee.

Schon 100 „Green Events“

Rund 100 „Green Events“ wurden im vergangenen Jahr in Salzburg durchgeführt. Das ist gegenüber 2018 eine Steigerung um über 60 Prozent. Veranstalter, die Green Events ausrichten, setzen Maßnahmen, die zur Schonung der Umwelt und zum Klimaschutz beitragen. Dazu zählt etwa, dass sie saisonale, regionale und

vorzugsweise biologische Lebensmittel anbieten, Mehrweggeschirr ausgeben, Getränke in Groß- und Mehrweggebinden kaufen und eine klimafreundliche Mobilität bewerben. Weitere Maßnahmen sind eine konsequente Abfalltrennung und -sammmlung, der Einsatz erneuerbarer Energie sowie der Verzicht auf Einweg-Dekoration und -Geschenke.

greenevent.salzburg.at



Auszeichnungen für energiesparende Projekte

Bei einer Veranstaltung in Weiz wurden Weiz und Liezen für ihr energie- und klimapolitisches Engagement im e5-Programm für energieeffiziente Gemeinden ausgezeichnet. Für das Erreichen von 75 Prozent der gemeinsam erarbeiteten Klimaziele erhielt Weiz mit dem fünften „e“

die höchstmögliche Auszeichnungsstufe. Liezen errichtete nicht nur eine Biomasseanlage, an die alle kommunalen Gebäude angeschlossen wurden, sondern initiierte auch einen Innenstadtentwicklungsprozess mit Bürgerbeteiligung. Dafür erhielt die Stadt das vierte „e“.

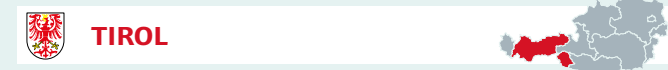


Landtagspräsidentin Gabriele Kolar, GR August Singer (e5-Teamleiter Liezen), Bgm. Roswitha Glashüttner (Liezen), Klimaschutzkoordinatorin Andrea Gössinger-Wieser, Bgm. Erwin Eggenreich (Weiz), Barbara Kulmer (e5-Teamleiterin Weiz) und Energieagentur-Geschäftsführer Edgar Chum bei der Überreichung.

Wie man Bauland mobilisiert

Die Steiermark zählt zu den am stärksten zersiedelten Regionen der EU. Aussterbende Ortskerne und hohe Folgekosten für die öffentliche Hand sind die Konsequenzen. Bei einer Veranstaltung am Grazer Flughafen zeigten das Land Steiermark und die Kammer der ZiviltechnikerInnen Wege auf, um dem Problem zu begegnen.

Der Tenor: Die Mobilisierung von bereits gewidmetem und erschlossenem unbebautem Bauland ist ein wichtiger Schritt, um eine raumplanerisch gewünschte Gemeindeentwicklung zu erreichen. Eine Befragung in 21 Gemeinden zeigt, dass sich die Steirer seitens des Landes vor allem Unterstützung in Form von verständlichen Musterverträgen und einer Ansprechperson für das Thema wünschen.



Im Wohngebiet müssen Hundehalter ihre Vierbeiner künftig mit Leine oder Maulkorb führen.

Neue Regeln für Hunde und ihre Halter

Mit dem tirolweit einheitlichen Vollzug von Leinen- bzw. Maulkorbpflicht soll der „Fleckerlteppich“ an einzelnen Gemeinderegungen künftig der Vergangenheit angehören. An öffentlichen Orten im Ortskern und im Wohngebiet müssen Hundehalter ihre Vierbeiner künftig mit Leine oder mit Maulkorb führen. Im Gesetz wird auch festgeschrieben, dass ein

Maulkorb immer den tierschutzrechtlichen Bestimmungen zu entsprechen hat. Darüber hinaus steht es den Gemeinden frei, per Verordnung Hundefreilaufräume auszuweisen. Von der Leinen- und Maulkorbpflicht ausgenommen sind Rettungs-, Therapie-, Assistenz-, Dienst- und Jagdhunde während ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung.

Glasfasernetze vereint

Mit einem Festakt in Nauders wurde der Zusammenschluss der Glasfasernetze von Tirol und Südtirol gefeiert. Unter dem Motto „Mit Lichtgeschwindigkeit durch die Europaregion“ wurde die neue Nord-Süd-Datenachse als Verbindung zwischen den großen internationalen Netzknoten Mailand und Frankfurt von

den Landeshauptmännern Günther Platter und Arno Kompatscher eingeweiht. Tourismus, Wirtschaft, Gemeinden und private Haushalte sollen vom Zusammenschluss am Reschenpass gleichermaßen profitieren. „Eine leistungsfähige Glasfaserinfrastruktur ist wichtig, um Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu halten und einer Landflucht vorzubeugen“, betonte Platter.



Frauen erhalten Tipps für die politische Praxis

Um mehr Frauen für öffentliches Engagement zu gewinnen, veranstalteten das Land Vorarlberg und das Fürstentum Liechtenstein schon zum 17. Mal gemeinsam den bewährten Politiklehrgang für Frauen. Er soll Frauen, die sich politisch engagieren wollen, das nötige fachliche Rüstzeug liefern.

Unter anderem führte eine Exkursion die Teilnehmerinnen in den Vorarlberger Landtag, wo sie eine

Landtagssitzung beobachten. Im Gespräch mit Frauenlandesrätin Katharina Wiesflecker und Landtagsmitgliedern aller Fraktionen gab es wertvolle Tipps für die politische Praxis. Insgesamt haben schon rund 330 Frauen an dem Kurs teilgenommen.

vorarlberg.at/frauen

Der nächste Lehrgang startet am 14. Februar 2020. Anmeldungen sind noch bis spätestens 10. Jänner 2020 möglich.



Die Absolventinnen des Politiklehrganges.

Spitalsambulanzen entlasten

Die Vorarlberger Landesregierung will die Spitäler entlasten und mehr Leistungen in den günstigeren niedergelassenen Bereich auslagern. Bisherige Bemühungen wie die Ambulanzgebühr waren wenig erfolgreich. Die Ärztekammer fordert, mehr Leistungen in den

niedergelassenen Bereich auslagern. Junge Ärzte sollen mit attraktiven Angeboten in Primärversorgungszentren gelockt werden, fordert Ärztekammerpräsident Michael Jonas. Auch müsste mehr in Lehrpraxen im niedergelassenen Bereich investiert werden. Davon stehe im Regierungsprogramm aber nichts, kritisiert der Ärztekammerchef.

FOTOS/Land Salzburg/Neumayr – Leopold, Land Steiermark, Shutterstock/Africa Studio, VLK/Bernd Hofmeister

PERSONALIA

Amtsübernahme war Sprung ins kalte Wasser

TEUFENBACH-KATSCH // Lydia Künstler-Stöckl wurde Ende Oktober zur Nachfolgerin von Thomas Schuchnig gewählt, der sein Amt aus gesundheitlichen Gründen zurücklegen musste. Künstler-Stöckl, seit Jänner 2019 Vizebürgermeisterin, sprang ein. „Für mich war die Amtsübernahme schon ein Sprung ins kalte Wasser“, sagt sie, Dazu kommt, dass die neue Ortschefin eine Gemeinde übernahm, die Fusionierungsmaßnahmen zum Opfer gefallen ist und noch mit den Nachwehen kämpft. „Es war für uns eine Zwangsfusionierung, gegen die wir uns bis zuletzt massiv gewehrt haben“, schildert Lydia Künstler-Stöckl. „Den Menschen wurde damit auch ein kleines bisschen von ihrer Identität genommen. Deswegen wird es auch noch einige Zeit dauern, bis sich die Bevölkerung damit angefreundet hat“, so die Bürgermeisterin.



Ich liebe es zu gestalten und Dinge in die Hand zu nehmen

HAGENBERG // Mit David Bergsmann hat die Marktgemeinde im Bezirk Freistadt einen neuen Bürgermeister. Der 30-Jährige folgt seiner Vorgängerin Kathrin Kührtreiber-Leitner nach und wurde am 10. Oktober vom Gemeinderat zum neuen Ortschef gewählt. Bergsmann ist seit 2015 im Gemeinderat und nebenbei in zahlreichen Vereinen in Hagenberg engagiert. „Ich liebe es, zu gestalten und Dinge in die Hand zu nehmen“, beschreibt der junge Ortschef seine Motivation, in der Kommunalpolitik aktiv zu sein und nun auch an der Spitze stehen zu dürfen. Dankbar ist der Neo-Bürgermeister seiner Vorgängerin, die ihn im letzten Jahr intensiv begleitet und unterstützt hat. So konnte er sich ein gutes Bild machen und auch schon Gedanken zu eigenen Ideen und Plänen machen. Er will sich verstärkt für eine Balance zwischen Wirtschaft, Arbeitsplätzen und sozialem Gefüge vor Ort einsetzen.



Zwischen Bezirksgericht und Gemeindeamt

ALLHAMING // Jutta Enzinger ist seit 10. Oktober Bürgermeisterin der 1100-Einwohner-Gemeinde Allhaming. Nach mehr als 16 Jahren räumte Joachim Kreuzinger den Chefsessel für Enzinger. Ein historischer Wechsel, denn Enzinger ist nun die erste Frau in diesem Amt in Allhaming. Das politische Engagement der Tausendsasserin entstand laut Enzinger aus „dem positiven Zuspruch meines Umfelds, für eine politische Tätigkeit geeignet zu sein“. 2015 startete die 47-Jährige ihre Karriere im Gemeindeamt als Ersatz-Gemeinderatsmitglied, ab 2017 war sie Gemeinderätin und Obfrau des Umweltausschusses. Enzinger arbeitet als Justizbeamtin und Diplomrechtspflegerin in Grundbuchs- und Schiffsregister-sachen.



EHRUNGEN



MIT ENTSCHLISSUNG VOM 4. NOVEMBER 2019 HAT BUNDESPRÄSIDENT DR. ALEXANDER VAN DER BELLEN VERLIEHEN:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

Johann Hofbauer, Bürgermeister der Gemeinde Großgöttfritz, Niederösterreich, und an **Friedrich Nagl**, ehem. Vizebürgermeister der Markt-gemeinde Gunskirchen, Oberösterreich

TERMINE



25 / Februar

Lehrgang zum Verwaltungsmanager

Angehende Führungskräfte aus der kommunalen Verwaltung, Gemeindeverbänden, anderen öffentlichen Institutionen und verwaltungsnahen Bereichen haben 2020 die Chance, an der Donau-Universität Krems im Rahmen des Programms „Verwaltungsmanager“ effektive und effiziente Anwendungen von strategischen Managementkonzepten kennen zu lernen. Der Lehrgang zielt darauf ab, Fertigkeiten und Know-how zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen für kommunale Verwaltungen zu vermitteln. Die Teilnehmer erwerben nicht nur neue Erkenntnisse im verantwortungsvollen Führen der Gemeindeverwaltung, sondern auch Verknüpfungen mit Kollegen, die bei der täglichen Arbeit behilflich sein können.

<https://www.donau-uni.ac.at/de/studium/verwaltungsmanager.html>
Ort: Donau-Uni Krems

23 / Jänner

Grundlagen des Bundesvergaberichts

August 2019 ist das Bundesvergabegesetz 2018 in Kraft getreten. Es bringt einige Änderungen mit sich, die sich auch auf die Vergaben der Gemeinden auswirken. Das Grundlagenseminar „Bundesvergabericht“ des steirischen Gemeindebundes stellt die Änderungen anschaulich und kompakt dar, weist aber auch auf die Bestimmungen hin, die inhaltlich unverändert geblieben sind und besonderer Berücksichtigung bedürfen. Dieses Seminar bietet Ihnen einen kompakten Überblick über das Bundesvergabegesetz 2018 und stellt die Neuerungen dar. Die Anmeldung erfolgt über die Homepage des Steirischen Gemeindebundes (www.gemeindebund.steiermark.at/akademie/seminare-lehrgaenge/details/?id=723) und ist bis 16. Jänner 2020 möglich.

www.gemeindebund-steiermark.at
Ort: Graz, Gemeindebund Steiermark

FOTOS // ©Ing. Christian Königstorfer



MEHR PERSONALIA

gemeindebund.at



„STADT, LAND, FLUSS“ AUF ÖSTERREICHISCH

Wir sind schon beim „O“ des österreichischen „Stadt-Land-Fluss“-Spiels angelangt. Wenn auch Sie Vorschläge haben, mit welchen Berg- oder Ortsnamen man das Spiel gewinnen kann, mailen Sie uns: redaktion@kommunal.at
PS: Vor allem beim Q könnten wir Hilfe brauchen!

FLUSS

Das **OBERSULZBACHTAL** ist ein rund 13 km langes rechtes Seitental des oberen Salzachtals im Südwesten Salzburgs. Es liegt im Oberpinzgau und gehört gänzlich zur Gemeinde Neukirchen am Großvenediger. Das Obersulzbachtal ist eine unbewohnte Almregion und Teil des Nationalparks Hohe Tauern.

BERG

Der **ÖZTALER URKUND** ist ein 3554 m hoher Berg in den Öztaler Alpen. Der Gipfel in Form eines Felskopfes ist Bestandteil des Wildspitzen-Südgrats und wird bei der Besteigung der Wildspitze über den Grat überschritten. Er liegt 600 Meter südöstlich der Wildspitze.

PERSÖNLICHKEIT

JOHANN „HANS“ ORSOLICS, gelegentlich auch als „Hansee“ bezeichnet (* 14. Mai 1947 in Wien) ist ein populärer ehemaliger österreichischer Profiboxer, dessen Karriere nach frühen Erfolgen (jüngster Europameister 1967) einen unglücklichen Verlauf nahm. Er avancierte durch einen überraschenden Erfolg als Sänger zeitweise zu einer Art österreichischer Kultfigur.

LAND (BEZIRK)

OTTAKRING ist der 16. Wiener Gemeindebezirk und wurde 1892 aus den selbständigen Gemeinden Ottakring und Neulerchenfeld gebildet. Der noch in der Nachkriegszeit Verslumungstendenzen aufweisende Bezirk erlebt seit der Jahrtausendwende einen Aufschwung. Heute steht Ottakring für Multikulturalität, Revitalisierung öffentlicher Räume und ein regem Kulturbetrieb.

TIER

Die **OSTSCHERMAUS**, auch kurz Schermaus oder Große Wühlmaus (*Arvicola terrestris*, Syn.: *Arvicola amphibius*), ist eine Art der Säugetiere aus der Unterfamilie der Wühlmäuse (*Arvicolinae*). Das Verbreitungsgebiet der Art reicht von Großbritannien bis zur Lena in Sibirien. Die Art gilt als ungefährdet.

PFLANZE

Der **ORANGEFUCHSIGE RAUKOPF**, auch Orangefuchsigiger Raukopf (*Cortinarius orellanus*, Syn.: *Dermocybe orellana*), ist einer der gefährlichsten Giftpilze Europas. Die Pilzart gehört zur Familie der Schleierlingsverwandten (*Cortinariaceae*) und der Untergattung der Rauköpfe. Die Art kommt in Europa, Asien und Nordafrika vor.

STADT/GEMEINDE

OTTERTHAL ist eine Gemeinde mit 584 Einwohnern im Bezirk Neunkirchen im nö. Industrieviertel. Die Fläche der Gemeinde umfasst 6,18 Quadratkilometer. 61,72 Prozent der Fläche sind bewaldet. Otterthal liegt am Fuße des Otters und wird vom Otterbach durchflossen, welcher in die Feistritz mündet.



IMPRESSUM

Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at
Geschäftsführung Mag. Michael Zimmer
Redaktion Tel.: 01/532 23 88; Mag. Hans Braun – DW 516 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl – DW 515 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak – DW 537 andreas.hussak@kommunal.at;
Adressverwaltung Elisabeth Leitner – DW 518 elisabeth.leitner@kommunal.at oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:



<http://kommunal.at/leserservice/>

Grafik Thomas Max – DW 542 thomas.max@kommunal.at

Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;

Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann – DW 512, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak – DW 528, mravlak@kommunal.at; Martin Pichler – DW 511, martin.pichler@kommunal.at;

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Wolfgang Schneider (BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Daniel Kosak (BM für Nachhaltigkeit und Tourismus), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Michael Zimmer (Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfel; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at

Druckauflage KOMMUNAL: 34.963 (Halbjahresschnitt 2018)

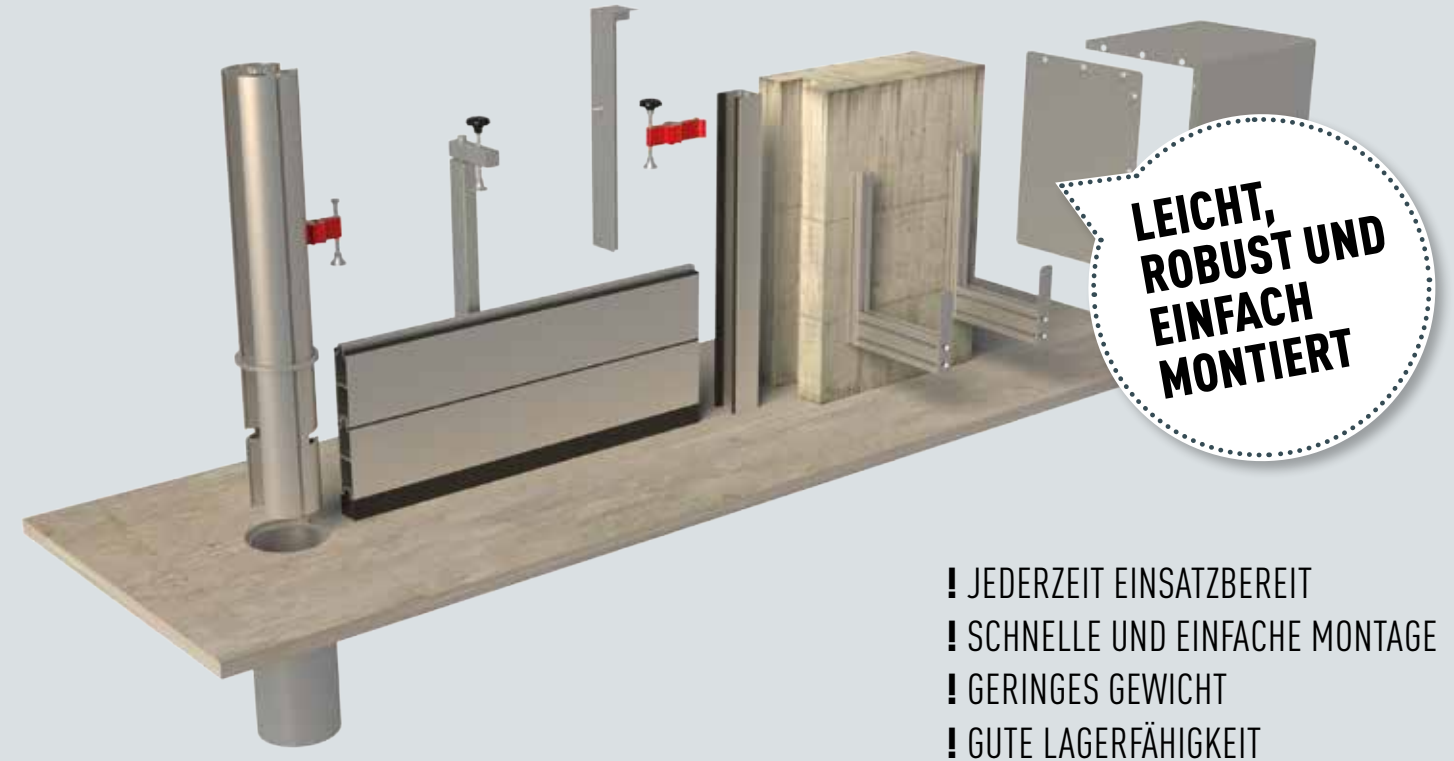
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung
Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.



SCHUTZ VOR HOCHWASSER

EINFACHE MONTAGE, SCHNELLER SCHUTZ



LEICHT, ROBUST UND EINFACH MONTIERT

- ! JEDERZEIT EINSATZBEREIT
- ! SCHNELLE UND EINFACHE MONTAGE
- ! GERINGES GEWICHT
- ! GUTE LAGERFÄHIGKEIT



PREFA HOCHWASSERSCHUTZ – LEICHT, ROBUST UND EINFACH MONTIERT

Die mobile Hochwasserschutzwand aus robusten Aluminium-Dambalken wird als Objekt- wie auch als Landschaftsschutz eingesetzt. Aluminium eignet sich perfekt, da es bruchfest, rost-sicher, witterungsbeständig und trotzdem besonders leicht ist.

Bereits beim Einlegen der ersten Balken bietet die Schutzwand volle Sicherheit. Mit steigender Wasserhöhe können auch die Anzahl der Dambalken erhöht werden.



HeldInnen
von
heute

Für ein lebenswertes
Morgen ... Batterien **niemals**
im Restmüll entsorgen!

Batterien sind kleine Energiekraftwerke, die den reibungslosen Betrieb all unserer Elektrogeräte ermöglichen. Je nach Batterietyp können sie neben wichtigen Rohstoffen wie Nickel, Mangan, Kobalt, Kupfer oder Lithium auch Quecksilber und andere Schwermetalle enthalten, die giftige Emissionen verursachen. **Aus diesem Grund haben Batterien und Akkus – egal welcher Art und Größe – nichts im Restmüll verloren.**

HeldInnen von heute besiegen ihre Bequemlichkeit und werfen Batterien – auch wenn sie noch so klein sind – keinesfalls in den Restmüll. Sie übernehmen Verantwortung und bringen sie zur Sammelstelle oder zur Sammelbox im Handel.

Die Umwelt braucht HeldInnen – heute und morgen!

Informationen, Adressen,
Öffnungszeiten aller
Sammelstellen auf
elektro-ade.at



ELEKTROALTGERÄTE
KOORDINIERUNGSSTELLE
Austria GmbH